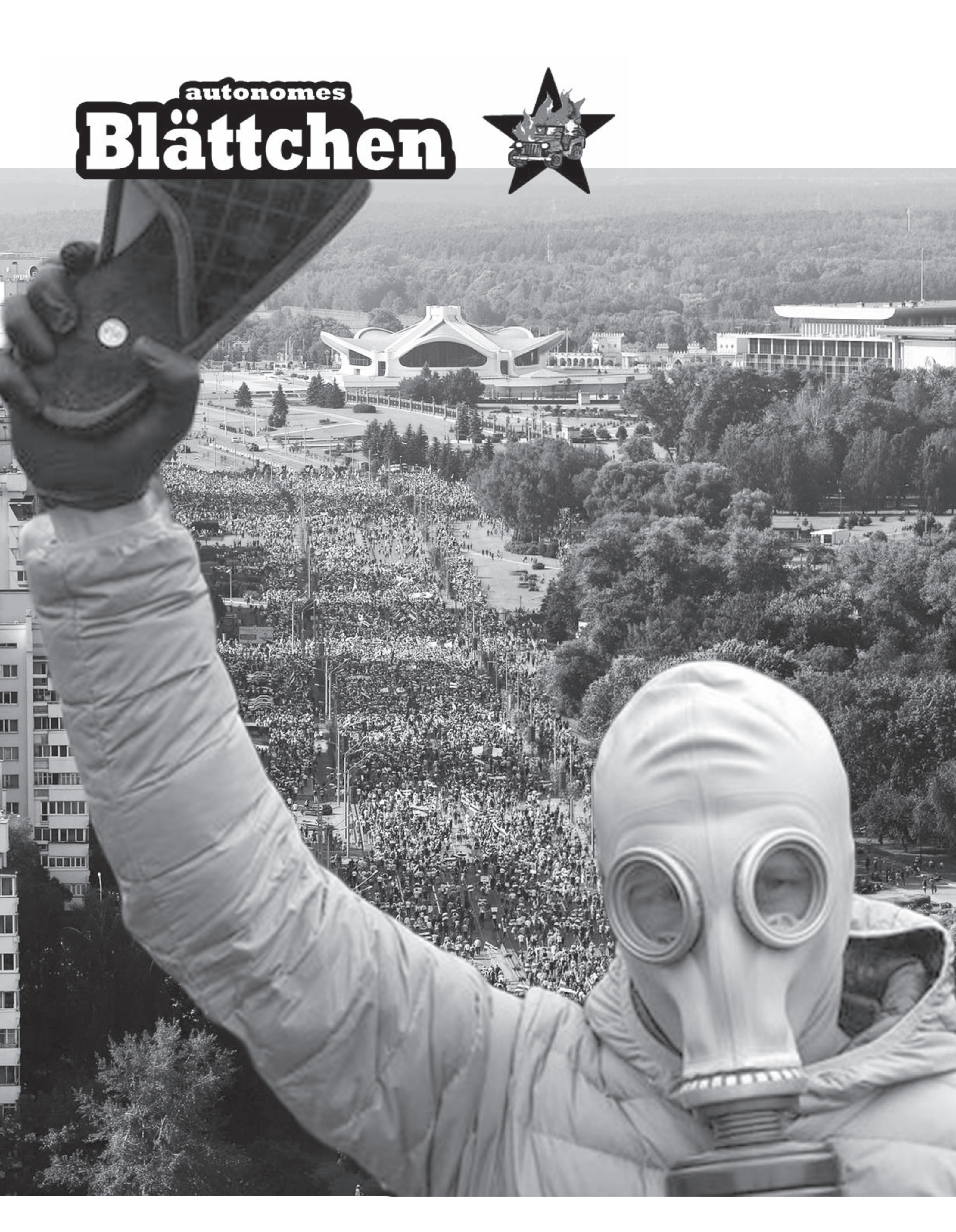


#42 Sep - Nov 20

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

wichtige Links:

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Indymedia ist auch im "Darknet" erreichbar (nur über den Tor-Browser) .

https://de.indymedia.org
indy: http://4sy6ebszykvcv2n6.onion/

derzeitige Indy-Spiegel unbekannter Herkunft:
leftspace: http://zf2r4nfwx66apco4.onion
ompf: http://mphvik4btkr2qknt.onion/
ompfII: http://raxuatgmxdvnp4no.onion/

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen !!! Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

weitere Seiten:

https://chronik.blackblogs.org
https://barrikade.info
https://emrawi.org/
https://zuendlumpen.noblogs.org/
https://kanaille.noblogs.org/

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.



Impressum:

Nr. 42 September - November 2020

E-Mail:
autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

962E E3CF F873 19AA 5647
5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: *alle drei Monate:*
1. Dezember, 1. März, 1. Juni, 1. September

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage(s):
autonomesblaettchen.noblogs.org
autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepages schicken.

ViSdP:
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Inhalt

Hallo? Haallooooo???

Seid ihr noch da? Es ist seltsam still geworden, seit indymedia kaum noch erreichbar war. Jetzt, Anfang September, scheint es, als wären die Abwehrmaßnahmen gegen die Angriffe auf indymedia endlich erfolgreich und die Seite wieder öfter erreichbar. Das ist gut.

Was passierte in den letzten Monaten da draußen? Uns wurde sehr deutlich, wie angreifbar linksradikale Projekte im Netz sind. Denn wo nach dem Verbot von linksunten noch groß geschlaumeiert wurde, dass es ja nur Tage oder Wochen dauern könne, bis es Ersatz gäbe, machte sich nun Schweigen breit. Es zeigt sich, wie wichtig Kommunikationsorte sind – sei es im Netz oder im örtlichen Zentrum, an der Theke oder das anarchistische, autonome, revolutionäre Heft - wie es auch immer heißen mag. Wir brauchen Internet-Präsenzen, Zeitungen, oder soziale Orte, wo wir Infos bekommen und loswerden können. Aber nur, wenn viele Leute einen solchen Ort auch nutzen, gelingt es, genügend mit zu bekommen. Was gab es in Berlin zur Räumung des Syndikats? Welche Aktionen haben stattgefunden? Wie verhalten sich Anarchist_innen aktuell in den USA oder in Belarus?

Früher (in grauen Vorzeiten) traf man sich ständig Abends in der Kneipe oder im autonomen Zentrum. Da bekam man mit, was los war und konnte es gleich diskutieren. Jetzt arbeiten Alle 40 bis 168 Stunden die Woche und da bleibt keine Zeit mehr für 4 Stunden Kneipe täglich. Logo. Außerdem leben jetzt Alle gesünder. Dann gab es mal die Zeitschriften die Alle haben wollten, die sich als autonome Revolutionär_innen verstanden: radikal, interim etc. So las man die gleichen Texte, ärgerte sich gemeinsam über doofe Aktionen und freute sich über die guten. Wie die Erzählung weitergeht, ist ja klar. de.indymedia und linksunten.indymedia wurden das Medium, über das man mitbekam, was los war. Ja, es gibt noch ganz viele andere gute Seiten von guten Leuten im Netz – wissen wir selber. Aber wer arbeitet die jeden Tag ab? Eine handvoll Leute vielleicht. Es ist wichtig, dass möglichst viele Leute über die gleichen Texte und Aktionen diskutieren; ja erstmal überhaupt von ihnen mitbekommen. Wie sollen wir uns z.B. zu Repression verhalten, wenn wir gar nichts von ihr gehört haben? Wenn ich von der Räumung der Besetzung in Kleindödeldings nichts mitkriege, kann ich auch keine Soli-Aktion machen. So einfach ist das.

Die Bewegungsmanager_innen werden jetzt sagen: Twitter, Twitter Twitter! Oder: Insta! Oder: Whats App! Wir sagen: Nö.

Wenn wir jedoch aus dem Verbot von linksunten und den Angriffen auf Indy keine Lehre ziehen würden, wären wir schön blöd. Anscheinend ist eine zentrale Kommunikationsplattform zwar praktisch, aber schon in nicht-revolutionären Zeiten ein zu leichtes Angriffsziel für Nazis, Geheimdienste und Bullen. Es gibt Modelle vernetzter lokaler Info-Seiten, auf denen die Inhalte der anderen automatisch kopiert werden. So was könnte doch vielleicht funktionieren. Eine angegriffene Seite würde dann nicht zum Ausfall des kompletten Informationsflusses führen. Denkt mal drüber nach, diskutiert es und quatscht mit den Digi-Nerds von Nebenan. Wir tun's auch – und wünschen uns gleichzeitig sehnlichst ein funktionierendes de.indymedia zurück (Gruß an die Macher_innen!).

Es zeigt sich, für uns nicht überraschend, dass die analogen revolutionären Medien kein Auslaufmodell sind. Auch das Autonome Blättchen könnte selbstverständlich durch Repression ins Geschichtsbuch geschickt werden. Zum Einen hoffen wir aber, einigermaßen gut aufgestellt zu sein, um das Projekt im Repressionsfall am Leben und lebendig zu halten. Zum Anderen gibt es ja noch einige andere Zeitschriften. Wir denken, Alle sollten die örtlichen Infoläden stärken. Sie sind im Zweifelsfall die Orte, an denen die

Infos auf Papier und die mündlich überlieferten Verbreitung finden – und sie können nicht einfach von reichen Nazis in dunkelbraunen Pantoffeln platt gemacht werden, die nur am Rechner rumlümmeln müssen. Das gilt auch für Geheimdienste. Nur das diese gerne grau-braune Pantoffeln tragen. Lest das Autonome Blättchen, diskutiert die Texte, schreibt selber welche, spendet Geld! Oh, etwas viel Befehlsform. Also wir würden uns drüber freuen und es wäre mega supi für Alle. In echt jetzt.

Die Angriffe auf erkämpfte Räume gehen nach der Räumung des Syndikats in Berlin weiter. Wie verhindern wir weitere Räumungen? Gibt es Konzepte oder Ideen dafür? Wir reden nicht davon, welches Auto irgendeines an der Räumung beteiligten Unternehmen man abfackeln könnte. Wir meinen: Räumungen verhindern! Das würde uns interessieren. Leute aus Berlin, schickt uns doch mal was dazu. Gibt es Ideen? Oder werden schon welche umgesetzt? Was wird diskutiert?

Leider haben wir in dieser Ausgabe nichts zu der aktuellen Situation in den USA. Wir hätten sehr gerne Analysen aus einem antagonistsichen Blickwinkel gehabt; wie sich die Dinge auf der Straße und gesamtgesellschaftlich entwickeln und zuspitzen. Es fällt schwer aus der Ferne einen Überblick zu behalten.Es scheint klar zu sein, dass weder die massive brutale und hetzerische Repression der Trump-Administration, noch das teils tödliche Vorgehen von Neonazis und weißen Milizen, die antirassistische Bewegung auf der Straße stoppen können. In manchen Städten wird sich täglich seit dem Tod Georg Floyds die Straße genommen, nicht nur in Portland. Es wurden Polizeistationen, Gefängnisneubauten und Justizgebäude angezündet und teils bis auf die Mauern niedergebrannt. Immer wieder war davon zu lesen, dass im Kontext der Riots scharf geschossen wurde, in Richtung von Staatsgebäuden aber auch auf Bullen. In Portland lag ein Anhänger einer extremrechten Gruppierung tot auf der Straße, nachdem Trump-Supporter*innen in der Stadt provozierten – und die Bullen haben später den (dann unbewaffneten) Antifa, der die Schüsse in Notwehr abgegeben hatte, in einem Kugelhagel ermordet. Weiterhin werdend fast täglich BPoCs von Bullen ermordet.

Was ist mit den weißen Rassisten-Milizen? Wie wird mit der seit Jahren bestehenden Bedrohung umgegangen von Seiten unserer revolutionären Freund*innen? Ist die schwarze Miliz NFAC (Not Fucking Around Coalition) eine antiautoritäre Antwort.....oder ist sie doch Führungszentriert? Was passiert bei den Wahlen auf der Straße und in der Gesellschaft? Es sieht nach bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen aus. Wie kann darin eine revolutionäre, anarchistische Perspektive gestärkt werden?

Viele Fragen kommen uns in den Kopf, die wir aus den situativen Beschreibungen von Vorort nicht beantworten können. Wir sind aber weiter auf der Suche. Fragt doch selbst mal rum oder helft durch übersetzten, Interviews etc. Es wäre uns wichtig, was zum Thema in der nächsten Ausgabe zu haben.

Zu dieser Ausgabe

Wir freuen uns mal wieder über die vielen Zusendungen und besonders über diejenigen Texte, die Leute extra fürs Blättchen geschrieben haben.

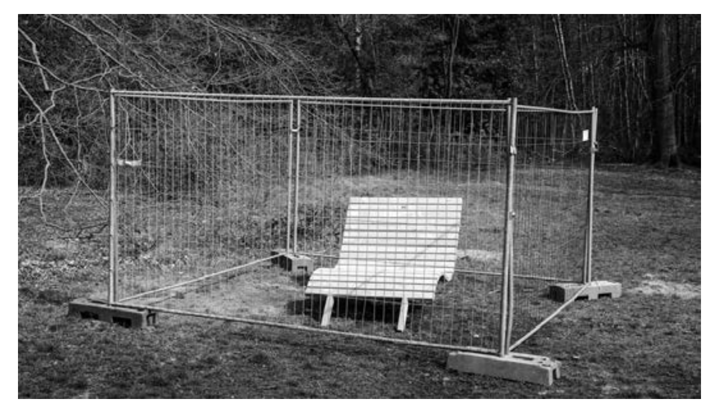
Es gibt informative Texte zu Corona und zu Technolgiekritik, einige Aktionserklärungen, Berichte aus Belarus und Serbien, der Schweiz und vieles mehr. Eine echt interessante Ausgabe. Wie du rauskriegen kannst, ob Bullen versuchen deinen Aufenthaltsort per stiller SMS zu orten, dazu gibt's eine Anleitung im Heft. Wir finden es super, dass Leute sich die Mühe gemacht haben, den Testaufbau sorgfältig zu testen und die Anleitung geschrieben (und dem Blättchen geschickt) haben.

Wir haben uns entschieden, eine eigenmächtig von uns gekürzte Version einer Prozesserklärung von Loic zu veröffentlichen. Die Erklärung ist im Original doppelt so lang. Der G20-Prozess gegen ihn ist mittlerweile beendet und er soll demnächst seine Knastzeit absitzen. Wir fanden viele Aspekte sehr eindrücklich beschrieben und wollen lieber einen Teil abdrucken, als wegen der Länge auf die Weiterverbreitung zu verzichten.

Achso: Wegen Corona sind viele Spenden-Töpfe leer, das ist klar. Aber so eine Ausgabe des Autonomen Blättchen kostet mal locker 2500 Euro. Das sind 10000 Euro im Jahr. Mindestens! Bitte lasst uns Geld zukommen. Auch kleine Spenden summieren sich. Und nur mal als Beispiel: Es gibt Leute, die schicken vor jeder Ausgabe nen 10er. Sehr vorbildlich, finden wir. Ihr könnt das Geld auch im Infoladen im UJZ Korn in Hannover abgeben, wenn euch schicken zu unsicher scheint.

Aus Platzmangel leider draußen bleiben mussten dieses mal folgende Artikel:

„Vereint im Kampf gegen den Westen?", „Tönnies-Schlachtfabrik besetzt", „Geld oder Leben", „Zwei Streifenwagen mit Steinen angegriffen", „Athen: Erklärung zum Angriff auf Ford Autohaus", „Auf den Spuren der Frau Holle". Veröffentlichte Aktionen werden im Aktionsticker am unteren Seitenrand erwähnt. Verschoben auf die Nr. 43 wird: „Mobilfunk und Applikationen als Teil des technologischen Angriffs"



Die drei von der Parkbank

+++Brandgutachter abgelehnt+++Besonders schwere Brandstiftung laut Gericht nicht haltbar+++Haftbefehle bleiben bestehen+++4. Oktober 16Uhr Knastkundgebung+++

Als Solidarisches Umfeld der drei angeklagten Anarchist*innen im Parkbankprozess melden wir uns endlich mal wieder zu Wort. Trotz der Unterbrechung der Verhandlung mit all seinen willkürlichen Entscheidungen, Einschränkungen von Knastbesuchen und langwierigen Streitereien im Gerichtssaal über den Fortgang des Prozesses gab es doch einige Entwicklungen, die wir euch nicht vorenthalten wollen. Doch sei erstmal vorweg gesagt, dass es den drei Angeklagten nach wie vor gut geht und auch nach 14 Monaten Knast und 8 Monaten Prozess alle Drei den Kopf oben behalten und nicht mit den Repressionsbehörden kooperieren. In den letzten Monaten haben sie sich immer wieder mit Analysen des Knastalltags, Einschätzungen zu Repression, etc. aus dem Gefängnis nach draußen gewandt. Vor dem Knast versammeln sich regelmäßig Menschen, um die Gefangenen zu grüßen und ihnen zu zeigen, dass sie nicht allein sind!

Unter der **Anklage Brandanschläge auf eine Hamburger Politikerin und den Wohnungsriesen VONOVIA geplant zu haben** läuft seit Anfang 2020 ein Gerichtsverfahren gegen die Drei, welches mittlerweile mehr als 40 Verhandlungstage auf der Uhr hat. Von Anfang an haben wir klar gemacht, dass es für uns keine Rolle spielt, ob die Drei schuldig oder unschuldig sind. In einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung, Zerstörung und Unterdrückung von Menschen und Umwelt basiert, während sich gleichzeitig Menschen und Konzerne an der Not anderer bereichern oder ihre Rüstungsgüter in Kriegsgebiete verkaufen, können wir nicht in den Kategorien von Polizei und Justiz denken.

Auf die Sauereien des größten privaten Wohnungseigners in Deutschland VONOVIA wurde bei zahlreichen Aktionen, Angriffen und Veröffentlichungen der vergangenen Jahre hingewiesen. Erst vor einigen Tagen wurde öffentlich, dass VONOVIA bei der Vermietung runtergekommener Wohnungen in einem Frankfurter Szeneviertel nicht nur drastisch die Miete erhöht und somit langjährige Mieter*innen mit der Wohnungslosigkeit bedroht. Der Konzern – welcher nach eigenen Angaben über 450 000 Wohneinheiten in Deutschland besitzt – profitiert auch ordentlich von Subventionen durch die Stadt Frankfurt, indem Mietsubventionen aus alten Verträgen nicht an die Bewohner*innen weitergeben werden. Welche Machtposition börsennotierte Unternehmen wie VONOVIA einnehmen wird mit der Ausbreitung des Corona-Virus und der erwarteten Wirtschaftskrise nochmal offensichtlicher als ohnehin schon: Immer mehr Menschen müssen Angst davor haben ihre Wohnungen zu verlieren, aus ihrem langjährigen Lebensumfeld verdrängt zu werden oder auf der Straße zu landen, weil sie ihren Job verlieren und im Anschluss die Miete nicht mehr zahlen können. Aus Angst vor den Konsequenzen wird sich noch seltener als vorher über den Schimmel in der Wohnung oder die scheiße ausgeführten Reparaturen beklagt. Im Falle von VONOVIA ist das Wohlergehen der Bewohner*innen absolut nachrangig. Was zählt ist Rendite der Aktionäre.

Wie gesagt: Was unsere Gefährt*innen nach Ansicht von Bullerei und Staatsanwaltschaft gemacht oder nicht gemacht haben sollen, ist uns scheißegal! Was wir wissen ist, dass sie für angeblich geplante Aktionen gegen einen Dreckskonzern vor Gericht gezerrt werden. Einen Konzern, dem wir keine Träne nachweinen würden, sollte er sich zusammen mit seinen Aktionären von heute auf morgen in Luft auflösen. KEINE PROFITE MIT DER SCHEIß MIETE oder besser noch: DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN!

Im Folgenden wollen wir auf einige Entwicklungen in dem Prozess gegen die drei Hamburger Gefährt*innen eingehen. Wir glauben, dass hier deutlich geworden ist, welcher Personen sich von Seiten der Ermittlungsbehörden bedient wird, wenn es darum geht, vermeintliche Straftaten in politisch brisanten Prozessen mittels Gutachten zu untermauern. Es soll hier nicht darum gehen, den Einsatz eines zwielichtigen Gutachters gegen die Angeklagten zu skandalisieren. Vielmehr soll exemplarisch gezeigt werden, welcher Seilschaften zwischen Ermittlungsbehörden und wohlgesonnenen „neutralen Gutachtern" sich in politischen Prozessen bedient wird, um zu Ergebnissen zu gelangen, die sich für eine spezifische Anklage möglichst gut nutzen lassen. Vielleicht regt das Beispiel ja dazu an, in vergangenen und kommenden Verfahren genauer hinzuschauen.

In diesem Prozess scheint die Anklage wegen Vorbereitung einer schweren Brandstiftung maßgeblich auf das Gutachten eines gewissen Sebastian Herrgesell zu fußen. Dieser führt ein Sachverständigenbüro mit einigen Mitarbeiter*innen am Badepark 3 in Schönebeck an der Elbe und ist nach eigenen Angaben mit den „Ermittlungen von Brand- und Explosionsursachen" beschäftigt. Er wurde von LKA und Staatsanwaltschaft für die Erstellung eines Gutachtens im Zusammenhang mit den angeblich ermittelten Zielen der angeblich geplanten Brandstiftungen beauftragt. Gutachter und Gutachten wurden jetzt vom Gericht zurückgewiesen. Warum?

Anfang August führte die Verteidigung einer der Angeklagten in einer ausführlichen Begründung aus, warum der Sachverständige Herrgesell sowie dessen Gutachten zur Stützung der Anklage abzulehnen sei. Dabei wurden sowohl die Verstrickung des Sachverständigen und seiner Mitarbeiter in Polizeikreise, als auch seine politischen Ansichten offenbar. Darüber hinaus kam heraus, dass dem Gutachter anfangs explizite Theorien über den angenommenen Tathergang präsentiert wurden, welche er bloß noch in seiner Funktion als „neutraler Sachverständiger" abnicken konnte. Dass von Seiten der ermittelnden Bullen keine Zweifel an der günstigen Einschätzung durch den

Gutachter Herrgesell bestanden haben dürften, wird bei genauerer Betrachtungen des Gutachters Herrgesell und seines Teams aus „Brandursachenermittlern“ mehr als deutlich:

Der ehrenwerte Sachverständige Herrgesell betrieb – neben einer Facebook-Seite seines Unternehmens – auch einen privaten Account mit dem Namen „Sebastian Herrgesell“. Darin äußerte er sich abfällig und extrem rassistisch („südländisch aussehende, arabisch sprechende und messerstechende Täter […] sicher nur Einzelfälle!“, „Kinderficker“ in seinem „ARME[N] DEUTSCHLAND“). Das alles gipfelt bei Herrgesell in einem wutbürgerlichen Rundumschlag: „Unglaublich was hier passiert! Und keiner hilft der Polizei! Danke Frau Merkel!“ Likes wurden unter anderem für Fascho-Zitate des Bundesvorsitzenden der DPolG Rainer Wendt und einen gewissen Patrick Berg verteilt. Zweiter forderte im oben genannten Missbrauchsprozess, der Angeklagte gehöre „gesteinigt und der Richter gleich mit“. Letzteres schien das Gericht dann doch augenscheinlich zu empören, weshalb die Richterin den Sachverständigen daraufhin als Zeuge ablehnte. Wenn es halt um ihre eigenen Ärsche geht….. Die Facebook-Seite von Herrgesell ist seit dem Tag des Befangenheitsantrags gegen den Sachverständigen Herrgesell nicht mehr erreichbar.

Bei der Recherche auf der Internetseite des Büros (https://www.sachverstaendigenbuero-herrgesell.de/) kam heraus, dass praktisch alle Mitarbeiter*innen des Sachverständigenbüros eine Karriere bei der Polizei hinter sich haben. Herrgesell selbst hat nach eigenen Angaben ein Praktikum bei den Cops gemacht, wobei er „wertvolle Praxiserfahrung [...] im Laufe einer praktischen Zeit bei der Kriminalpolizeiinspektion Saalfeld/Thüringen“ habe sammeln dürfen. Seine beiden Mitarbeiter sind ehemalige Kriminalbeamte außer Dienst, die mit ihrer gesammelten Erfahrung aus Zeiten bei den Ermittlungsbehörden nun in einemvorgeblich unabhängigen Sachverständigenbüroglänzen dürfen. Laut der Internetseite des Büros sei der Mitarbeiter Klaus Günther bis 2014 bei der „Kriminalpolizeiinspektion Saalfeld im Sachbereich gemeingefährliche Delikte tätig“ gewesen, wobei er im Rahmen zahlreicher Weiterbildungen „an den Polizeischulen Thüringen, Hessen, Bayern und Sachsen sowie beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden zu Gast“ gewesen sei. Der ehemalige Kriminaloberkommissar und spezialisierte Kriminaltechniker Holger Bautz „bringt 30 Jahre Berufserfahrung“ mit in das Sachverständigenbüro. Bautz war nicht nur 30 Jahre bei den Cops, sondern ist auch Vorsitzender des Motorrad/Rockerclub „Blue Knights“ Chapter Thüringen. Laut OTZ sind in Deutschland „Etwa 1400 Polizisten, Feldjäger oder Zollbeamte“ in dem Rockerclub organisiert. Der Motorradclub „Blue Nights“ kommt ursprünglich aus den USA und hat in Deutschland seinen größten Ableger. Auf die Frage der ermittelnden LKA Beamtin Roos ob eine Nähe zu Ermittlungsbehörden bestehe, gab Herrgesell lediglich an, in der Vergangenheit schon für die Polizei gearbeitet zu haben. Dies schien der frisch gebackenen LKA Beamtin als Beweis für dessen Neutralität zu genügen. Trotz der oben genannten und für jeden frei zugänglichen Informationen über Herrgesell und dessen Team. Das Sachverständigenbüro Herrgesell war ihr von Seiten des für Brandermittlungen zuständigen LKA 45 mangels eigener Kapazitäten empfohlen worden: Man habe schon in der Vergangenheit „gut zusammengearbeitet“.

Zur Sichtung der vermeintlichen „Tatorte“ ließ sich der Gutachter von der genannten Kriminalbeamtin dann auch einfach mal mitnehmen und dort herumführen. In ihrer Vernehmung durch die Anwält*innen der Verteidigung wurde klar, dass dem Gutachter Herrgesell hier schon Theorien über geplante Taten in Form angeblich fertig ermittelter Tatsachen und Schlussfolgerungen als Grundlage für seine Beurteilung als Sachverständiger vorgetragen wurden. Dazu wurden ihm ausgewählte Aktenbestandteile und vom LKA produzierte Videos zu Tests mit Nachbauten der angeblichen Brandsätze zur Untermauerung der polizeilichen Theorien vorgelegt. Gutachter Herrgesell wurde also schön an der Hand durch die Geschichte der Ermittler*innen geführt und durfte am Ende sein neutrales JA! drunter schreiben. Bezüglich seines Gutachtens wurde Herrgesell auch mitgeteilt, er möge sich doch etwas sputen, da man gern zeitnah mit dem Prozess starten wolle. All dies stellen Vorgänge dar, die mit einer behaupteten Neutralität von Gutachter*innen an mehreren Punkten rein gar nicht vereinbar sind. Vielleicht ist es auch deshalb interessant, dass vom ganzen Vorgang des Zustandekommens des Gutachtens sich in den Akten, die der Verteidigung vorliegen, nichts zu finden scheint und dies erst durch die Vernehmung der Ermittlerin Roos als Zeugin ans Licht kam. Diese sagte aus, sie habe dem ganzen Vorgang keine große Bedeutung beigemessen und deshalb auch nichts zur Akte gebracht.

Am Prozesstag des 03.09.2020 ließ sich die Richterin dazu herab, zumindest mündlich kundzutun, dass aus Sicht der Kammer der Vorwurf der Vorbereitung schweren Brandstiftung (§306a StGB) nicht zu halten sei. Wohl aber weiterhin der Vorwurf der Vorbereitung einer Brandstiftung (§306 StGB). An der U-Haft der zwei Gefährten hält sie aber fest. Von Seiten der Verteidigung wurde beantragt, die Haftbefehle aufzuheben. Dazu gibt es noch keine Entscheidung. Des weiteren wurde bekannt, dass die UHA Anwaltspost geöffnet und teils gelesen hat.

Von Seiten des Gerichts ist die Beweisaufnahme jetzt abgeschlossen. Das Gericht will augenscheinlich jetzt schnell zum Ende kommen. Aktuell hat das Gericht den Prozess gegen die Drei bis zum Jahresende terminiert. Ob sich der Prozess und die Untersuchungshaft allerdings noch einige Zeit hinziehen oder bald ein Ende finden, ist für uns zum jetzigen Moment nicht absehbar. Es kann also noch einige Zeit ins Land gehen, bis diese Show ein Ende hat. Wir wissen aus den Erfahrungen und Widrigkeiten des vergangenen Jahres, dass es beschwerlich sein kann einen Prozess über eine so lange Zeit zu verfolgen und sich solidarisch mit den Angeklagten zu zeigen. Die Tatsache, dass es eine so breite Solidarität mit den Angeklagten gegeben hat und immer noch gibt, macht jedoch alle Beteiligten zuversichtlich und gibt besonders den Angeklagten viel Energie!

Wie sich der Prozess noch entwickelt, wann die Inhaftierten aus dem Knast rauskommen oder wie gar am Ende ein Urteil aussehen könnte, darüber kann und soll hier nicht spekuliert werden. Klar ist nur, dass das Gericht von Anfang an klar gemacht hat, dass sie einen zackigen Ritt durch die Beweisführung und die kategorische Ablehnung von Anträgen durch die Verteidigung einer kritischen Beurteilung der teilweise sehr stumpfen und zwielichtigen Ermittlungsarbeit der Bullen vorzieht. Für uns bleibt klar: Wir glauben weder an die Gerechtigkeit einer Justiz, egal, ob sie sich rechter, den Repressionsbehörden nahestehender Sachverständiger bedient oder nicht. Wir kämpfen für eine Welt ohne Knäste und Gerichte, ohne Grenzen, Staaten und ihre Kriege. Mit denen, die sich wegen ihrer kämpferischen Haltung mit Knast und Strafprozessen konfrontiert sehen, zeigen wir uns solidarisch und werden immer an ihrer Seite stehen!

Bleibt also weiter wachsam und solidarisch! Was hier angeklagt und verurteilt werden soll, ist nichts anderes als die kompromisslose Haltung dreier Anarchist*innen gegenüber der Justiz, welche sich jeder Kooperation und Mithilfe bei der eigenen Verurteilung widersetzt.

Solidarität für die drei Angeklagten im Parkbankverfahren! Freiheit für alle! Gegen die Stadt der Reichen und jede Autorität!

Kommt am 4. Oktober um 16:00 Uhr zur Knastkundgebung am U-Haftknast Holstenglacis!

Nächste Prozesstermine: 22.09. 29.09. 01.10. 06.10. 8.10 *parkbanksolidarity.blackblogs.org*

Zum Stand der Dinge bei de.indymedia

....knickt de.indymedia.org ein ? NEIN. Genau das war und ist es, was wir tun.

Wir kämpfen mit dem 6. DDoS – Angriff in diesem Jahr und wehren auch diesen ab. Das braucht Zeit und Energie, da die Infrastruktur angepasst werden muss. Dank der umfangreichen Unterstützung der Hoster, die zum Teil auch betroffen sind, kommen wir gut voran. Trotzdem können wir noch nicht genau sagen, wann wir wieder am Netz sind. An dieser Stelle einen Riesendank an die mutigen und couragierten Spender und Spenderinnen ! Die Kosten des laufenden Betriebes für die nächste Zeit sind gedeckt, was auch bei uns viel Freude auslöste :)

Im letzten halben Jahr wurden immer größere Mittel aufgebracht, um uns mundtot zu machen. Sie, die Angreifer*innen (Rechte und ihre Parteifreund*innen, bis hin zu Bundesbehörden und Regierungsvertreter*innen), sehen es anscheinend als eine Möglichkeit, niederträchtig technische Mittel zum Einsatz zu bringen, um eine der Stimmen der Gegenöffentlichkeit mundtot zu machen.

Wie die Fachpresse schreibt, liegen die Tagespreise für einen DDoS-Angriff bei 200 – 400 € am Tag. Das macht diese niederträchtigen Angriffe einfach und bezahlbar. Gewalt und Geld ist das, womit die Rechten schon immer operierten.

Ob nun Drohbriefe – DDoS-Attacken oder Verbote – wir knicken nicht ein. Das wird nicht funktionieren !

Wir stellen dem emanzipatorischen Widerstand in allen ihren/seinen Facetten eine Open-posting-plattform zur Verfügung, um inhaltliche und praktische Kritik am herrschenden System öffentlich zu machen.

Die Analyse und (praktische) Kritik im deutschsprachigen Raum «formuliert» sich gegen die strukturelle rassistische, patriarchale, lebensgrundlagen-zerstörende und kapitalistische Herrschaft in allen ihren Gewaltformen. Dazu zählen die repräsentative bürgerlich-demokratische nationalstaatliche Ordnung und ihre Ordnungsorgane (u.a. Polizei, Gerichte und BfV).

Diese Ordnung mit allen politischen Mitteln anzugreifen, um eine emanzipierte sozial gerechte, lebensermöglichende Welt zu schaffen, die frei von Unterdrückung und Ausbeutung ist, ist das Ziel jeder Befreiungsbewegung. Ob eine Bewegung diese Anforderungen erfüllt, misst sich an ihren strategischen Schritten und an den eingesetzten Mitteln. Diese müssen öffentlich verhandelt werden können, um die Zielsetzung zu diskutieren, solidarisch kritisch zu begleiten und zu transformieren. Dafür ist die Öffentlichmachung grundsätzlich erforderlich und theoretisch auch in der repräsentativ-demokratisch bürgerlichen natioanlstaatlichen Ordnung gewährleistet. Sowie die Tatsache, dass den Menschen ein grundsätzliches Anrecht auf Information zugesprochen wird.

Nur immer dann, wenn es darum geht, die nationalstaatliche gewaltförmige Ordnung (sprich: Verfassung) in eine sozial-gerechte emanzipierte und von Unterdrückung und Ausbeutung befreite Gesellschaft zu überführen, tritt der gesamte Macht- und Repressionsapparat auf den Plan, um die Gegenöffentlichkeit mundtot zu machen.

Und hier kommen wir, die die Gegenöffentlichkeit ermöglichen, ins Spiel.

Solange die Hofberichterstattung der Öffentlich-Rechtlichen funktioniert und nach marktkonformen Kriterien Nachrichten produziert werden, besteht keine Gefahr.
Die Gefahr kommt erst dann zustande, wenn die inhaltliche und praktische Kritik am herrschenden System sich in Form einer Open-posting-plattform materialisiert. Die inhaltliche und praktische Kritik bezieht sich immer auf die herrschenden Gewaltverhältnisse/Entscheidungen und ihre Apologet*innen.



Somit verwundert es auch nicht, dass die AFD am 1.7. einen de.Indymedia-Verbotsantrag in den Bundestag einreichte. In diesem Antrag konstruiert sie Lügen und Fakenews, wie sie inzwischen schon zur Normalität der rechten Realität geworden sind. Trotzdem oder genau deswegen hat sich der Horst das rechte Konstrukt zu eigen gemacht und verurteilt «die Gewalt der Öffentlichmachung» und setzt den Verfassungsschutz auf eine von der Verfassung geschützte Instituion der Öffentlichkeit an.

anonym 21.07. 2020

Bullenwache in Hannover-Davenstedt angegriffen

Dokumentation: „In der Nacht vom 26.07 haben wir die Bullenwache in Hannover-Davenstedt angegriffen. Wir haben ihre Scheiben eingeschlagen und ihre Fassade mit Bitumen beschmiert.

Diese Tat soll dem Hass und der Verachtung Ausdruck verleihen, die wir für die Polizei empfinden.

Grund dafür sind nicht nur die rassistischen Morde (Oury Jalloh, Halim Dener, Yaya Jabbi, Aman Alizada…), Grund dafür sind nicht nur die rechten Netwerke, wie sie bspw. als NSU 2.0 innerhalb der hessischen Polizei sichtbar werden, Grund dafür sind nicht nur Racial Profiling oder die alltäglichen Schikanen gegenüber Wohnungslosen oder Menschen, die irgendwie aus dem Raster fallen. Grund dafür ist, dass die Polizei ganz einfach ihre Arbeit tut: Gesetze durchsetzen, die die Welt der Herrschaft stützen. Sei es in der Verteidigung von Eigentum oder in der Ausführung rassistischer Gesetze. Die Gewalt, die die Bullen dabei anwenden wird nicht einmal formal verschleiert. Sie haben das Gewaltmonopol in einem Staat, der auf patriarchalen Prinzipien beruht, kapitalistische Ausbeutung stützt und koloniale Kontinuitäten fortführt.

Wir wollen ein freies Leben für alle! Ein Leben ohne Staat, Sexismus, Kapitalismus und Rassismus. Ein Leben ohne die Zerstörung der Natur und ohne Knäste und Bullen.

Wir freuen uns, dass die rebellische Gefangene Hülya wieder aus dem Knast ist und sind mit unseren Gedanken bei den Gefährt*innen von der Parkbank, von denen zwei seit mittlerweile über einem Jahr in U-Haft sitzen. Den drei wird die Planung militanter Aktionen im Kontext von Gentrifizierung vorgeworfen. Liebste Grüße und eine feste Umarmung.

Glück und Freiheit für alle!“

anonym

Antwort auf die Kriegserklärung

der Stadt Berlin an die Anarchist*innen

Am 3. Juni 2020 hat die Justiz mit ihrem Urteil den weiteren Weg zur Räumung und Zerstörung der Liebig34 eröffnet. Sie handelte dabei wie gewohnt ohne eigenen Antrieb und lediglich als Instrument der demokratischen Gewalt. Ihre Auftraggeber in Bezirksversammlungen und Abgeordnetenhaus verfolgen unbeirrt die Agenda einer Stadt der Reichen, für die alles andere beseitigt werden muss. Legitimiert fühlen sie sich dabei durch die Teilnahme von etwa der Hälfte der Bevölkerung an dem Ritual, das Wahl genannt wird. Zur Durchsetzung ihrer Ordnungsphantasien und ökonomischen Interessen bedienen sie sich einer Polizei, die immer versucht ihr sexistisches und rechtsradikales Profil als Fehltritte einzelner Beamt*innen zu verkaufen, die weder für rassistische Übergriffe noch für Mord Konsequenzen zu befürchten haben.

Doch es sind nicht allein zugekokste Manager*innen, die mit Politiker*innen hinter verschlossenen Türen die Stadt zum Spekulationsobjekt erheben. Zu der systemimmanenten Logik, nach der Kapitalist*innen dem höchsten Profit nachjagen, kommt ein weiteres Phänomen hinzu, das anarchistischen Perspektiven das größte Hindernis in den Weg legt. Die Bewohner*innen der Stadt werden durch Jahrzehnte neoliberaler Propaganda, Konsumterrors, Sozialchauvinismus und das Framing einer äußeren Bedrohung aka „Flüchtlingskrise“ auf den individuellen Aufstieg, private Absicherung und egoistisches Einzelkämpfer*innentum abgerichtet. Ein Blick in die renovierten und neugebauten Viertel zeigt Familien auf ihren privatisierten Spielplätzen oder junge Software-Entwickler*innen in den hippen Cafés, alle auf der Suche nach ihrem individuellen Lebensglück und in völliger Ignoranz ihrer Umwelt.

Diesen Zustand gilt es zu bekämpfen und dafür brauchen wir Orte, die nicht im selben Moment jenen Sachzwängen und Normen zum Opfer fallen und die Strukturen Platz

bieten, mit denen wir nicht immer völlig übereinstimmen müssen, um sie mit Gewalt zu verteidigen.

Wähler*innen, Politiker*innen und Verwaltung werden in wenigen Wochen, direkt oder mittelbar durch pauschale Legitimation, die Liebig34 und ihre Nachbarschaft mit paramilitärischen Methoden angreifen, Menschen ihre Wohnungen nehmen und sie auf die Straße setzen – in der Hoffnung, damit der Auflösung des anarchistischen Raums einen Schritt näher zu kommen. Im Friedrichshainer Nordkiez sind die Liebig34 und die Rigaer94 Ausgangsort offensiver selbstbestimmter Praxis außerhalb gesellschaftlicher Normen und staatlicher Normalität. Ob der Millionär und Hausbesitzer Padovicz ein weiteres Haus zur Spekulation erhält, ist für den kapitalistischen Betrieb der Stadt bedeutungslos. Unter anderem auch in dieser Nachbarschaft jedoch kristallisiert sich die Frage der Stärke und Propaganda, die die anarchistischen Kämpfe, ausgehend vom Dorfplatz, im letzten Jahrzehnt heraus bildeten. Der Senat und auch Innenminister Geisel sind sich jener Lage bewusst und versuchen daher aus der Deckung heraus, ohne großen Paukenschlag wie der Vorgänger Frank Henkel, die Sache abzuwickeln. Gleich seinen Vorgängern manövriert sich auch der aktuelle Kommandeur der Sicherheitsdienste in die Sackgasse der anvisierten Zerschlagung eines der verbliebene sichtbaren Orte des Widerstands.

Dieser Strategie setzen wir unsere Nadelstiche entgegen, die flächendeckend in Solidarität mit der Liebig34 auf Resonanz stoßen werden. Denn der anarchistische Raum erstreckt sich nicht nur auf die sichtbaren Projekte und die Menschen, die sie bewohnen oder nutzen, sondern auch auf viele weitere unsichtbare Netze, die das scheinheilige Image Berlins als weltoffene, prosperierende Stadt nicht ertragen. Den angekündigten Überfall der Bullenarmee auf die Liebig34, deren Ansatz einzigartig und mit ansteckender Konfliktualität ist, werten wir nicht nur als den üblichen Gentrifizierungsterror, sondern auch als expliziten Angriff auf den Charakter des Hauses und als Konsequenz der faschistischen Hetze, die sich seit Jahren auf die kleine Anzahl besetzter Räume ergießt.

Bei aller Kritik, die Anfang der 90er an den ersten Gruppen geübt wurde, die Verdrängung mit Ansätzen einer Kiezmiliz beantworteten, muss doch festgestellt werden, dass bestimmte Schichten und Akteur*innen nur die Sprache verstehen, in der wir am 8. Juni auf dem Arkonaplatz in Mitte zu ihnen gesprochen haben: Vier Nobelkarossen (Porsche, SUV u.a.), mit umgebendem teuren Spielzeug des Mittelschichtpacks, wurden als Erwiderung ihrer Kriegserklärung angezündet. Es sind nicht jene Schichten, die wir erreichen können mit Aufrufen sich dem Casino und Konkurrenzkampf zu entziehen. Aber sie sind es, die Verantwortung tragen, gravierende Entscheidungen treffen und in die Politik vertrauen, die ihr Eigentum zu schützen versprach.

Im Sommer 2016 zeigte sich, wer Henkel wählte, erntete Feuer, Glasbruch und Randale. Bei vier geplanten Räumungen (Liebig34, Potse, Syndikat, Meuterei) ergibt sich eine inflationsbedingte Steigerung der Schadenssumme für das Klientel der regierenden Parteien.

Autonome Gruppen

[FAZ] Mili tanzt für Liebig:

The big.ger they get, the brighter they burn!

Dokumentation: „In unseren Städten kämpfen wir zunehmend um Raum. Während Überwachung, Ausgrenzung, Verdrängung und Privatisierung stattfinden, gilt es (Frei-) Räume zu schaffen und zu verteidigen. Wir schauen daher nicht tatenlos zu, sondern organisieren uns und greifen an.

So haben wir uns nicht lumpen lassen und in der Nacht vom 31. Juli auf den 01. August 2020 in Karlsruhe big. gezündelt, also drei Fahrzeuge der Big Security mit Grillanzünder angesteckt. Ein paar Nächte später sind wir nochmal losgezogen und haben zwei Jaguars, die vor einem Autohaus in selbiger Stadt schliefen, vernichtet. All dies, um unserer Wut über die geplante Räumung unserer Gefährt*innen aus dem anarcha-queer-feministischen Hausprojekt Liebig34 in Berlin feurigen Ausdruck zu verleihen und noch mehr Sachschaden zu produzieren. Ein Angriff auf unsere Projekte bleibt nicht folgenlos und wir haben darauf eine klare Antwort: Militanter Widerstand!

Während letztes Wochenende mehrere tausend Menschen gegen Verdrängung und die angekündigten und drohenden Räumungen der linken Projekte Syndikat, Meuterei, Potse, Rigaer94 und Liebig34 bei einer Großdemo der Interkiezionalen, sowie bei Kleingruppenaktionen, wütend die Straßen (un)sicher gemacht haben, haben wir in Karlsruhe, der sogenannten „Residenz des Rechts“, unseren Teil zu diesem Protest und Widerstand beigetragen und senden solidarische Grüße. Insbesondere denken wir dabei auch an das Syndikat, welches am 7. August seinen Räumungstermin hat. Es wurde in der Vergangeheit schon häufig anstatt von sachschaden nur schaden sagen. Mit unseren Aktionen schließen wir uns dem Konzept an, schon vor der Räumung möglichst hohen Sachschaden zu verursachen. Darum haben wir uns auch zwei Luxuskarrossen ausgesucht.

Freiräume sind wichtig und notwendig und momentan sind viele davon (nicht nur in Berlin) akut bedroht. Unterstützt die Kampange der Interkiezionalen (:https://interkiezionale.noblogs.org/), zeigt euch solidarisch und lasst uns gemeinsam für den Erhalt dieser Orte kämpfen!

Sicherheitsdienste

Für die Sicherung des Konzeptes Stadt und damit auch für die Sicherung von Interessen wie Aufwertung von Stadtvierteln, das Anlocken von Investor*innen usw. und die damit einhergehende Verdrängung, sowie wer an verschieden Orten erwünscht ist und wer eben nicht, sind verschiedene Akteur*innen verantwortlich. Neben vielen anderen sind das Polizei, Ordnungsamt, Justiz und auch private Sicherheitsfirmen. Letztere sind diejenigen, die Ausschluss und Eigentum durchsetzen.

Securities stellen sicher, dass alles im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System möglichst reibungslos abläuft. Dabei sind sie und ihre für den Ablauf notwendigen Dienstleistungen, wie Geld- und Warentransport oder Schutz von Infrastruktur, häufig nicht so sichtbar im Funktionieren von Unternehmen, obwohl sie genauso dazugehören und von den Machenschaften eben dieser Unternehmen selber stark profitieren.

Securities sind die Menschen, die den aktiven Teil der Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen übernehmen. Sie führen aus, was ihnen aufgetragen wird und beteiligen sich somit an rassistischen und sexistischen Diskriminierungsmustern, die tief in der Gesellschaft verankert sind.

Auch die sogenannten Landeserstaufnahmestellen LEA, in denen die rassistische und menschenfeindliche Asylpolitik der EU und Deutschland umgesetzt werden, könnten ohne die Hilfe von Sicherheitsunternehmen wie Securitas (Link?) oder auch big nicht umgesetzt werden.

Auch bei Räumungen und Schikanierungen unserer Projekte machen sich immer wieder Sicherheitsfirmen durch ihre eifrige Unterstützung auf sich aufmerksam, so zum Beispiel auch kürzlich wieder in der Rigaer94 in Berlin (https://rigaer94.squat.net/). Doch dieser Angriff bleibt nicht ohne Antwort Sicherheitsfirmen tragen aktiv dazu bei, dass die Welt so unerträglich scheiße ist, wie sie im Moment ist. Sie verteidigen und bestärken diese Verhältnisse!

Big. Big solutions, big problems, big fire!

Aus all diesen Gründen haben wir beschlossen mit der big. bechthold-Gruppe eine*n Player aus der Region anzugreifen. Es gibt kaum Bereiche in Sachen Hausverwaltung, Ingenieurswesen und Sicherheit, in denen big nicht aktiv ist. Laut eigener Aussage schützen sie „Personen, Gebäude und den guten Stil“. Sie vermieten Arbeitskraft von der Empfangsperson über Hausmeister*innen bis zu Chauffeur*innen und führen auch Kontrollen im Nahverkehr durch. Zu ihren Dienstleistungen gehören auch der Objekt- und Personenschutz, der Einsatz von Ladendetektiv*innen, sowie Transport von Geld, Wertsachen und Datenträgern. Big stellt auch Sicherheits- und Kommunikationstechnologie zur Verfügung. Im Endeffekt bieten sie also ein Rund-um-Sorglos-Paket für alle Immobilienspekulant*innen und solche, die es gern werden wollen.

Big hat den Hauptsitz hier in Karlsruhe, ist aber deutschlandweit und auch international in vier europäischen Ländern vertreten. Die schwarzen Autos in verschiedenen Größen mit dem roten Big Logo sind ständig und überall in der Stadt anzutreffen. Außerdem scheinen sie auch in der LEA in Karlsruhe als Securities aktiv zu sein (http://4sy6ebszykvcv2n6.onion/node/26422). Darüber schreiben sie jedoch nichts. Stattdessen prahlen sie mit Partner*innenschaften mit der Ölraffinerie in Karlsruhe, verschiedenen Flughäfen und der Karlsruher Messe. Sie tragen zur Aufrechterhaltung und Stärkung von Armut, der Einschränkung der Mobilität und zum Erhalt des Systems Knast bei.

Sicherheit in Frage stellen

Wir befinden uns seit Jahren in einer konstruierten Bedrohungslage, in der uns das Gefühl vermittelt wird, dass wir bei uns zu Hause, auf der Straße, in der Bahn etc. ständig einer Gefahr ausgesetzt sind. Als Gefährder*innen werden insbesondere ausländische Männer und Geflüchtete instrumentalisiert. Der Staat nutzt dieses Märchen um schärfere Einwanderungs-, Polizei- und Überwachungsgesetze zu verabschieden, die AfD zum Wahlkampf und Securities eben zur Anwerbung von Kund*innen.

Wir wollen nicht in Frage stellen, dass Menschen, beispielsweise BIPoC oder FLINT-Personen in ihrem Alltag Gefahren ausgesetzt sind und sich im öffentlichen (sowie privaten) Raum oft nur schwer „sicher“ fühlen können. Doch die Ausweitung von Überwachung und Kontrolle im öffentlichen, sowie privaten Raum unter dem Slogan für mehr Sicherheit nützt nur der Durchsetzung und Verstärkung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Oder ist die Kontrolle von Fahrkarten in der Bahn wirklich deinem Sicherheitsempfinden zuträglich?

Statt es Menschen zu ermöglichen, sich sicher zu fühlen, wird ihnen durch den aktuellen Sicherheitsdiskurs und dessen Umsetzung der Zugang zu Selbstbestimmung, Mobilität und Gemeinschaft verwehrt. Andere entscheiden über dein Wohlbefinden hinweg, wo du wie hin darfst, wie du dich zu bewegen und zu verhalten hast, um zugelassen zu werden.

Diese Sicherheitspolitik richtet sich vor allem gegen die Menschen, die tatsächlich von Diskriminierung betroffen und damit schutzbedürftig sind.

Dass Staat und Securities nicht für die Menschen da sind, die eigentlich Schutz bräuchten, um in dieser sexistischen, rassistischen etc. Gesellschaft angemessen leben zu können, ist nicht verwunderlich. Wer blind und gehorsam dem Geld hinterherläuft, dem kann es nicht um das Wohl von Menschen gehen. Eins ist jedenfalls sicher: Polizei und Securities bringen vor allem reichen weißen Männern Sicherheit, für alle anderen sind sie eine Gefahr. Diese Machtausübung wollen wir ihnen nicht kampflos überlassen. Wir wollen gemeinsam entscheiden, wie wir zusam-

men nach welchen Regeln leben und das nicht Staat und Wirtschaft überlassen.

Sicherheit – nur mit uns!

Sicherheit kann nicht durch (noch mehr) bewaffnete Securities und Polizei erreicht werden. Echte Sicherheit kann es nur in auf Vertrauen gebauten Freundschaften und Netzwerken geben, durch Zuverlässigkeit und Verständnis gefestigt und durch klare Absprachen anwendbar gemacht werden, sie kann nicht durch Gewalt erzwungen werden. Solidarität, Gemeinschaft, ein kritischer Umgang mit den eigenen Privilegien und Empathie sind die Grundbausteine, auf der sie steht. Diese andere Form von Sicherheit bietet uns den Entscheidungsfreiraum und die Selbstbestimmung, sie hilft uns gegen Zwänge wie Geldnot, Belästigungen und Naziangriffe einzustehen und unterstützt zu werden. So gibt es mir Sicherheit, die Entscheidungsmacht über meinen eigenen Körper zu haben, genauso wie, dass die bestehenden Herrschaftsverhältnisse offen und ehrlich von den Menschen an privilegierter Stelle angegangen werden und erlernte gewaltvolle Verhaltens- und Denkmuster individuell und kollektiv abgebaut werden.

Feminismus und Militanz

Nun stehen wir hier – als feministische Kampftruppe mit unseren Feuerzeugen in der geballten Faust. In unserer Organisierung und Wahl unserer Ziele sehen wir für uns insbesondere Feminismus als Ansatz, um gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse im Kleinen und Großen zu rebellieren. Es braucht einen militanten Feminismus, um einer befreiten Gesellschaft wirklich näher zu kommen, um wirklich Gerechtigkeit zu schaffen und um uns selber als Utopist*innen und Kämpfende zu hinterfragen und verbessern.

Militanz ist (gelinde gesagt) angebracht, denn die Unterdrückung von FLINT-Personen im Patriarchat ist keine neue Modeerscheinung, sondern seit Jahrtausenden fester Bestandteil von den Lebensrealitäten von FLINT-Personen. Dieses ständige Unterdrückt werden – mag es untergründig oder sehr offensichtlich passieren – ist dabei kein Nebenphänomen eines kapitalistischen Systems oder eine vage Theorie, sondern heißt im Klartext regelmäßige Traumata, wie Einschränkungen Ohnmacht und Verletzungen bis hin zu Feminiziden. Für diese alltägliche Kackscheiße Rache zu fordern, ist nicht nur legitim, sondern heißt auch selber aus der Unterdrückung auszusteigen und gemeinschaftlich organisiert dem Patriarchat den Kampf anzusagen.

Die direkte, militante Aktion hilft uns, den Kampf aus Diskussionen direkt zu den Akteuren des Patriarchats zu tragen. Sie ermöglicht uns Selbstermächtigung, weil wir unsere Kämpfe selber führen. Sie gibt uns Selbstbestätigung und die Möglichkeit zur Handlungsfähigkeit, sowie uns zu verteidigen und zu kämpfen. Sie zwingt die Profiteure des Patriarchats in die Öffentlichkeit, jeder unserer Angriffe macht sie sichtbar und verwundbar. Zahlreiche Menschen haben dies bereits getan: Schwarze Frauen im Kampf gegen die Sklaverei, die mujeres libres im Spanischen Bürgerkrieg, jüdische und nicht-jüdische Partisan*innen im 2. Weltkrieg, Widerstandskämpfer*innen gegen die Nazis, die Kämpfer*innen der YPJ – nur um einige zu nennen. Militanter Feminismus war, ist und muss die Grundvoraussetzung für eine ernstzunehmende Anarchistische Bewegung sein! Militanter Feminismus heißt für eine*n selber die eigene (Handlungs-)Macht zu erkennen und zu ergreifen! Militanz ist unser Widerspruch zu zugewiesenen Rollenbildern und Verhaltensweisen! Feminismus in die Offensive!

Gruß und Kuss,“ *eine Feministische Autonome Zelle*

(FAZ) Wegen alledem

Reaktion auf einen Artikel im 'Zündlumpen'

Wir möchten uns im Folgenden mit dem Artikel '*Wozu dann der Name?*' auseinandersetzen, der am 15.1.2020 im anarchistischen Wochenblatt 'Zündlumpen' veröffentlicht wurde. Wir freuen uns über die ausführliche Auseinandersetzung mit den Texten der Feministischen Autonomen Zellen (FAZ), die prinzipiell positive Wahrnehmung der von den FAZ ausgeführten Aktionsformen und die Veröffentlichung von Gedanken dazu, die es uns ermöglicht, uns damit auseinanderzusetzen und darauf zu reagieren.

Wir entnehmen dem Artikel folgende Hauptstränge:

(1) Kritik an der (ausführlichen) öffentlichen Begründung von Aktionen der FAZ,

(2) Kritik an der Sammlung von Aktionen unter einem Gruppennamen, dem

(3) daraus resultierenden Entstehen von (vermeintlichem) Expert*innenstatus und Bindung von Aufmerksamkeit auf benannte Gruppen und der folgenden

(4) Unsichtbarmachung von Aktionen ohne Gruppennamen.

Anhand ausgewählter Textstellen aus dem Zündlumpen-Artikel möchten wir der Kritik in den Worten der*s Autor*in Platz geben und formulieren anschließend ein paar Gedanken dazu. Der komplette Artikel ist zu finden unter zuendlumpen.noblogs.org/post/2020/01/15/wozu-dann-der-name/, Zündlumpen Ausgabe Nr. 048. Für den englischen Text (s.u.) waren wir so frei, die ausgewählten Textausschnitte möglichst originalgetreu in Wortwahl und Ton zu übersetzen.

(1) „Interessierte [können auf indymedia] ein Bekenntnis einer »Feministischen Autonomen Zelle« (...) nachlesen, dass sich dieser Brandanschlag [Dezember 2019 gegen ein Bosch-Auto in Hamburg, barrikade.info/article/2957] (...) gegen Bosch als Entwickler von Sicherheits- und Überwachungstechnik richtete und zum Glück erlaubt es dieses Bekenntnis (...), Kritik an diesem Angriff zu üben (...) und außerdem fest[zu]stellen, dass unter dem Namen »Feministische Autonome Zelle« (...) noch ganz andere Aktionen stattgefunden haben (...) Spricht ein solcher Angriff nicht für sich? Und wenn nicht: Warum nicht? Zugegeben, ich könnte mir Situationen vorstellen, in denen ich das Bedürfnis haben könnte, einen Angriff kurz zu erläutern. Ein Hinweis auf das Betätigungsfeld eines Unternehmens, die Erkenntnis, dass die*der Besitzer*in eines Autos Politiker*in ist, die Information, dass ein Auto ein Zivilfahrzeug der Polizei ist, usw. Aber spätestens dann, wenn ich das Gefühl hätte, dass ich ein ganzes Manifest verfassen müsste, um meinen Angriff zu erklären, würde sich mir die Frage stellen, inwiefern mein Angriff als Vorschlag dienen kann, die Herrschaft anzugreifen. Vielleicht soll er das ja gar nicht. Wenn ich häufig die seitenlangen Erklärungen lese, die Personen anlässlich eines Angriffes abgeben, gewinne ich nicht selten den Eindruck, dass diese Angriffe nur Vorwand sind, um sich und den eigenen Ideen Gehör zu verschaffen. Eine Strategie, um Aufmerksamkeit zu erregen, sei es innerhalb einer »Szene« oder auch darüber hinaus. Eine Strategie, die leider viel zu häufig aufgeht."

(Lange) Bekenner*innenschreiben sind für uns keine Rechtfertigung oder Versuche, unserer Sache abgeneigte Leute für unser Handeln zu erwärmen. Aber: Für uns ist zentral, Aktionen zu wählen, die wir richtig, machbar und effektiv finden – denn Militanz bedeutet auch Verantwortung für sorgfältige Arbeit, gerade, weil es danach keinen Dialog geben kann. Dafür betreiben wir ausführliche Recherchen und wollen unser Wissen teilen - auch, wenn lange Hintergrundtexte sicher höherschwelliger sind und nicht von allen (zu Ende) gelesen werden. Genau so, wie wir Recherchen Anderer nutzen, können dann Weitere von unsrer Arbeit profitieren. Dass das funktioniert, zeigen etwa die Verweise auf die Recherche der FAZ in Bekenner*innenschreiben zu auf unsere folgende Aktionen gegen Bosch. Die Vorstellung, (bestimmte) Aktionen und politische Gegner*innenschaften seien sowieso selbsterklärend, halten wir zudem für eine Position Erfahrener und Älterer in der „Szene", die hierarchiebildend wirkt: Wenn als selbstverständlich dargestellt wird, warum etwas auf eine bestimmte Weise getan, warum die*derjenige nicht gemocht wird, kann das nur noch schwer er- oder hinterfragt werden. Niedrigschwellig handeln heißt daher für uns auch, uns nochmal neu darauf zu befragen, was und warum wir Dinge tun, und das sichtbar bzw. lesbar zu machen. Zum Vorwurf, „Angriffe [seien] nur Vorwand (...), um sich und den eigenen Ideen Gehör zu verschaffen": Nein, denn direkte Aktionen gegen Herrschaft und Unterdrückung sind und bleiben für uns Selbstzweck. Und: Ja, denn natürlich wollen wir mit unseren Aktionen Effekte erzielen - durch die Verbreitung feministischer Ideen, möglichst große Sachschäden, Konsequenzen für unsere Anschlagsziele, z.B. auch durch mediale Aufmerksamkeit, wie etwa die breite öffentliche Kritik an der reaktionären christlichen Politik der 'Tübinger Offensive Stadtmission' im Anschluss an die FAZ-Aktion um Weihnachten, 2019 (https://de.indymedia.org/node/56865), die sogar kirchliche Institutionen teilten.

Queere, arme, „kranke", rassifizierte und FLINT* Menschen und alle, die von gesellschaftlichen Normen abweichen, sind ständig gezwungen, mehr oder minder öffentliche „Bekenntnisse", „outings" zu produzieren. Als Medium für selbstbestimmte Statements über unsere politischen Standpunkte, unsere Handlungen, wird es für uns ein emanzipatorisches Tool. Das umzudrehen und uns deshalb ein „persönliches Geltungsbedürfnis" (Zitat 2) zu attestieren, steht für uns in einer Tradition der (oh, so projektiven) Pathologisierung von starken Frauenfiguren, insbesondere Frauen of Color, Queers & Feminist*innen. Warum könnt ihr uns nicht ertragen? Und wieso wird eigentlich im ganzen Artikel kein Wort über unsere feministische Positionierung oder die (leider so rare) Verbindung von Feminismus und Militanz verloren? Feministische Wehrhaftigkeit und insbesondere feministische Militanz werden immer und immer wieder unsichtbar gemacht und weggeredet. Entweder werden konfrontativen Aktionen feministische Inhalte abgesprochen oder feministische Kämpfe unterliegen dem Dogma der 'Gewaltfreiheit'. Daher finden wir wichtig, dieser Verbindung Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Dass Feminismus als das Grundthema unserer Texte und Organisierung im gesamten Zündlumpen-Text ignoriert wird, zeigt leider deutlich, was wir mit Unsichtbarmachung unserer Sache im linken militanten Diskurs meinen.

(2) „Während ich in einer Erklärung durchaus den Versuch sehen kann, die Hintergründe eines Angriffs zu erklären, scheint mir die Etablierung eines Namens viel eher Ausdruck eines persönlichen Geltungsbedürfnisses oder, wie es eine »Feministische Autonome Zelle« ausdrückte, der insgeheime Wunsh [sic] nach »Status« zu sein. Ich verstehe nicht, warum ein wiederkehrender Name »Kritisierbarkeit« schaffen sollte. Immerhin kann ich einen Angriff ja auch ohne ein solches Namensbekenntnis kritisieren. Egal ob ich meine Kritik mit »Unbekannte haben ein Auto abgefackelt« oder mit »Eine Feministische Autonome Zelle hat ein Auto abgefackelt« einleite, so kann sie doch in beiden Fällen mit »Deshalb halte ich diesen Angriff für fehlgeleitet« enden. Das gleiche gilt übrigens für eine positive Rezeption eines Angriffs. (...) [E]s erscheint mir nicht besonders sinnvoll, meine Meinung zu einer Handlung an einer Identität, an einer Reihe von Handlungen aus der Vergangenheit, die ein Profil einer Person oder gar einer Personengruppe schaffen, festzumachen. Wozu dieser militante »Lebenslauf« mit all seinen Referenzen?"

Im von der*m Autor*in zitierten FAZ-Gründungstext wurden einige Erfahrungen mit verschiedenen Organisierungsformen reflektiert, die mit zur Gründung der Zellen-Struktur geführt haben. Konkret hierzu ist unsere Erfahrung mit Aktionen ohne Gruppennamen - abgesehen von leider seltenen „outings" anonymer Aktionsgruppen als FLINT* Gruppen - ein Schweigen nach außen über Organisierungsformen, Reflexionen und „Problemberichte"

– das sich unserer Ansicht nach über die Notwendigkeiten von Sicherheitskultur hinaus zu einer Art Tabu in der autonomen Szene verselbstständigt hat. Somit gab und gibt es aber auch kaum Erfahrungen, auf die andere und künftige Menschen sich beziehen und von denen sie lernen (oder sich abgrenzen) könnten. Und gleichzeitig wird auch innerhalb einzelner Strukturen meist geschwiegen über Zukunftspläne, größere Sorgen übers Leben und Älterwerden mit militantem Aktivismus. Wenn Gruppen es schaffen, nach außen anonym und ohne Namen zu handeln, aber intern nachhaltige Strukturen aufzubauen, diese stetig zu reflektieren und ihre Erfahrungen zu teilen, dann finden wir das bemerkenswert und toll. Für uns hat aber erst die Arbeit als FAZ ein committment zu langfristiger gemeinsamer Aktion und gegenseitiger Verantwortung - emotional, in Sachen Vertrauensbildung, Antirepression, gemeinsamer Professionalisierung... - bedeutet - und diese Belangen teilweise auch schon verwirklicht. Die Wahl eines öffentlichen Namens soll aber nicht nur Zwecke für uns erfüllen, sondern soll auch Bezugspunkt für Weitere sein und mehr kontinuierliche Gedanken und Diskussionen in der „Szene“ um uns herum anregen. Wann wurden schon mal (solidarisch und abseits der „Militanzdebatte“) einzelne anonyme no-name-Aktion öffentlich bzw. in der „Szene“ diskutiert? Und das auf dauerhafter Basis? Und wurde von den Angesprochenen darauf reagiert? Wir empfinden das als unwahrscheinlich und rar - auch, weil autonome Kleingruppen sich eben meist Event-bezogen oder kürzerfristig bilden, und oft nach einzelnen Aktionen oder spätestens mit dem nächsten „Lebensabschnitt“ ihrer Mitglieder zerfallen.

Was ist gemeint mit Kritisierbarkeit durch einen dauerhaften Namen? Als FAZ können wir unsere Reflexionen, Entwicklungen, Umdenken und Fehler über einzelne Aktionen hinaus sichtbar machen - was durch voneinander unabhängige, anonyme Einzeltexte eben nicht in dieser Weise möglich wäre. Und wir können so auch den größten Teil der Arbeit hinter Aktionen, der sonst verborgen bleibt, über einzelne Events hinaus thematisieren und sichtbar(er) machen - und z.B. aktionsunabhängigen Reflexionstexten (z.B. emrawijhwegozfze.onion/?FAZ-Auf-das-Feuer-hinter-den-Zellen-504) und Texten über nicht komplett erfolgreiche Aktionen wie die gegen Vonovia 2019 in Berlin (emrawijhwegozfze.onion/?FAZ-Flammende-Solidaritat-mit-der-Liebig34-527) mehr Aufmerksamkeit ermöglichen, entgegen der patriarchalen Vorstellung „alles was zählt, ist die Aktion“. Denn: Es zählen auch die internen Prozesse, Emotionen, Umgänge mit Repression, Fehler und Scheitern, Spaß und all die Zwischenschritte, die halt auch verdammt viel Arbeit sind. Schon der Name FAZ positioniert uns feministisch und weist auf die Verbindung von Feminismus und klandestiner Organisierung hin, soll zum Diskutieren und Mitmachen bei explizit feministischen Militanzen anregen. Zudem erlaubt der immer wieder auftauchende Name Lesenden eine Einordnung von Aktionen in eben den theoretischen Rahmen, den die FAZ mit ihren ersten Texten gesetzt haben, sowie dessen Erweiterung und Kritik. Dass Aktionen oder Konzepte unter dem Namen der FAZ nicht nur theoretisch kritisierbar sind, sondern das auch getan wird und hilfreich sein kann, beweist ja der Zündlumpen-Artikel selbst.

(3) „[Solche Dynamiken, dass] ich einem Namen, unter dem bereits viele Angriffe begangen wurden, einen Expert*innenstatus einräume, (...) sind (...) absehbar und – ich behaupte – von denjenigen, die sich einen wiederkehrenden Namen geben, in der Regel gewollt. Wer Angriffe als Handlungsvorschläge versteht – und davon gehe ich aus, wenn von Reproduzierbarkeit und Einfachheit, sowie einem DIY-Charakter die Rede ist –, die*der sollte vielleicht auch darauf achten, dass das eigene Auftreten diesen nicht im Wege steht. (...) [Es geht] (scheinbar) gar nicht darum (...), Angriffe im Allgemeinen, wie sie täglich stattfinden, sichtbar zu machen, sondern eher darum, die eigenen Angriffe in große Worte zu kleiden.(...) [F]ür mich fallen darunter nicht nur die – oft betrunkenen – Bekenntnisse, um anderen zu imponieren oder sie zu beeindrucken, sondern auch die vergleichsweise nüchternen Bekenntnisse unter einem wiederkehrenden Namen. Auch diese Bekenntnisse führen zu einer Idolisierung einer bestimmten Gruppe oder auch nur eines Namens.“

Bestimmt haben Entscheidungen für und gegen Organisierungsformen solche und solche Folgen: Sie ermöglichen Dinge, die wir uns erhoffen, haben aber auch nicht abgesehene oder unerwünschte Nebenwirkungen. Gleichzeitig wünschen wir uns, dass die Unterstellung einer absichtlicher Herstellung von Hierarchie mal nicht (nur) feministisch-herrschaftskritischen Strukturen vorgeworfen würden, sondern auch und vor allem eben solchen Polit-Strukturen, in denen Mackertum und Angeberei ganz offen und unhinterfragt bestehen, akzeptiert oder sogar stolz vor sich hergetragen werden. Die hier vorgetragene Argumentationsweise erleben wir oft als Doppelmoral, mit der z.B. queere_feministische Akteur*innen delegitimiert werden. Auf welcher Ebene oder von wo herab wird hier theoretisch kritisiert und wessen Anerkennung sollen wir da erstreben?

In gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen uns Gehorsam vor Autoritäten, Individualismus, Wissenshierarchien und Informationshoheiten als normal und richtig dargestellt werden, läuft emanzipatorischen Projekten alles zuwider. Aber wir probieren es - explizit nicht mit dem Anspruch, „Expert*innenstatus“ innezuhaben, sondern weil wir es ganz notwendig finden, mit dem, was wir eben zum aktuellen Zeitpunkt können und wissen - anzufangen. Wenn wir Dinge herausfinden und lernen, die Anderen helfen können, dann geben wir sie gerne weiter. Wenn wir etwa einzelne Aktionsformen genau beschreiben, dient das dazu, sie niedrigschwelliger zu machen; und bewusst wurden von Zellen auch immer wieder Aktionen mit geringerem Aktionslevel ausgewählt, z.B. die Angriffe auf Amazon Locker mit Farbe und Werkzeug in Freiburg und Berlin 2019 (barrikade.info/article/2517 und emrawijhwegozfze.onion/?FAZ-Auch-Amazon-ist-kein-guter-Nachbar-Amazon-Locker-angegriffen-528).

Unsere Organisierungsform bedeutet für uns viel Arbeit unter hohen Sicherheitsstandards und Risiken und läuft stets anonym. Status, der FAZ-Aktionen vielleicht oder vielleicht auch nicht zugeschrieben wird, werden wir also ohnehin nie persönlich „genießen“ - aller Fame gilt

feministischen Ideen und Strategien, aller Aufwand der nachhaltigen Organisation militanten Widerstands gegen die autoritäre, patriarchale Gesellschaft.

(4) „[Beeindruckte Reaktionen auf FAZ-Aktionen scheinen mir] beinahe unvermeidbar, während gleichartige Angriffe, vielleicht sogar kreativere, inhaltlich ausgefeiltere, elegantere und vor allem reproduzierbarere zugleich meist ungehört verhallen.“ (...) „Dadurch, dass sich zu diesem Angriff [auf einen Amazon-Locker mit Farbe in Berlin] als »FAZ« bekannt wurde, erfuhr dieser, so behaupte ich, insgesamt mehr Aufmerksamkeit als viele andere, in dieser Zeit ebenfalls stattfindenden Angriffe ähnlichen Inhalts (...). Indem (...) der eine Angriff unter einen wiederkehrenden Namen gestellt wird, der ihn mit weiteren Angriffen und zum Teil auch einer theoretischen Einbettung bündelt, scheint er mir verhältnismäßig stärker wahrgenommen zu werden. Das liegt meines Erachtens nach daran, dass auch ein Name, unter dem sich zu Angriffen bekannt wird, idolisiert wird. Freilich ist das zumindest auch die Schuld derer, die einem Namen eine solche Autorität zugestehen, aber da ich in einem solchen Namen kaum einen anderen Sinn sehe, denke ich, dass auch diejenigen, die ihre Angriffe mit einem Namen signieren, ihren Teil dazu beitragen.“

Die Hierarchisierung von FAZ-Aktionen gegenüber Aktionen ohne Namen empfinden wir als einen wichtigen Kritikpunkt. Wir stehen zur Diversität von (Organisierungs-) Taktiken und solidarisch mit allen feministisch-herrschaftskritischen Aktionen, auch und gerade, wenn sie anonym verübt werden, und wünschen uns für all diese Aufmerksamkeit und Credit, in der Szene und darüber hinaus. Und uns ist klar (geworden), dass die Arbeit mit Gruppennamen das eher ermöglicht. Das kann für uns aber kein Argument sein, unsere Aktionen (auch) verhallen zu lassen, zumal auf unsere spezielle Position verschiedene Unsichtbarmachungen wirken: etwa als linke gegenüber mainstream-Themen, militante gegenüber bürgerlichen Protestformen, feministische Auseinandersetzungen gegenüber Mackerei und männlich dominierten linken Themen. Wir denken, dass es unermessliche Kräfte mobilisiert, Bezugspunkte zu setzen, an deren Existenz Andere sich freuen, die sie nachmachen, auf die sie sich - jetzt oder in der Zukunft - beziehen können. Wie das Problem der Hierarchisierung lösen, darauf haben wir keine abschließende Antwort - und an solche glauben wir eh nicht. Als einen Versuch, Aufmerksamkeit auf Aktionen besser zu teilen, schließen wir an diesen Text eine Chronik verschiedener feministischer militanter Aktionen der letzten Zeit an.

Abschließend bedanken wir uns bei der*m Autor*in und dem Zündlumpen für die kritische Auseinandersetzung mit FAZ-Themen und deren Veröffentlichung, die uns Anstoß für viele Gedanken und Gespräche gegeben hat. Mit diesem Text hoffen wir, eine verständliche und hilfreiche Sammlung einiger Gedanken dazu bieten zu können, und freuen uns auf künftigen solidarischen Austausch. Gruß und Kuss,

eine Feministische Autonome Zelle

Dunkle Ecken und unvorhersehbare Situationen

während widerständiger Aktionen - eine Erfahrung

(Der Text beinhaltet Schilderungen von physischer und sexualisierter Gewalt)

Wir wurden im Zuge einer nächtlichen Aktion zu Zeug*innen eines sexuellen Übergriffes. Wir wollen im Folgenden mit euch das Geflecht aus verschiedensten Ebenen teilen. Wir werden sowohl über das Geschehene berichten als auch Gedanken und Teile unserer Reflexionen darlegen und erhoffen uns dazu beitragen zu können, dass wir selbst und andere in Zukunft auf gegebenenfalls ähnliche Situationen vorbereitet sind.

Was geschah

Es war eine ruhige Nacht. Die Straßen waren erstaunlich leer und weder Bullen noch groß andere Leute lungerten herum. Wir* fühlten uns gut vorbereitet auf unsere Aktion. Alle Absprachen waren getroffen, verschiedenste Szenarien durchgespielt und wir fühlten uns sicher.

Unser letzter Treffpunkt war ein dunkler kurzer Grünstreifen ganz in der Nähe des Zielobjektes. Die Stimmung war angespannt, wir blieben wartend in Deckung der Dunkelheit um unnötige Zeug*innen zu vermeiden. Ein paar Mal durchquerten Passant*innen den Grünstreifen auf den beleuchteten Wegen, ein paar auf dem Fahrrad, einige zu Fuß. Schließlich bog eine Person mit ihrem (vermeintlichen) Hund in die Büsche ein und verschwand in der Dunkelheit. Zu weit weg um genauer sehen zu können.

Nach einigen Minuten gingen zwei von uns noch einmal los, um zu checken, ob die Luft rein ist. Dann ging alles schnell und gleichzeitig wie in Zeitlupe. Außerdem gibt es verschiedene Perspektiven auf das Geschehene. Diese verschiedenen Perspektiven auf das Folgende werden aus verschieden Standpunkten geschildert und fließen hier zu einem Gesamtgeschehen zusammen.

Der Übergriff

Wir hörten Holz und Äste knacken und einen lauten Hilfeschrei, darauf schnell folgendes Wimmern/Rufen und “lass mich”, vor allem aber: “Hilfe”. Just in diesen Moment kamen die beiden um die Ecke, die genau auch diesen Schrei hörten, gefolgt von dem klatschenden Geräusch kräftiger Schläge.

Die gesamte Gruppe reagiert: Die beiden, die gerade in diesem Moment in den Grünstreifen einbiegen und nur wenige Meter von dem Täter entfernt sind, begeben sich sofort in Richtung des Schreis und beginnen den Typ anzuschreien und festzuhalten – drohen mit Gewalt und bringen den Täter zu Boden. Die etwas weiter entfernte Gruppe kommt teilweise zum Ort des Geschehens gerannt, gelaufen – Unsicherheit herrscht vor. Einige bleiben beim Material.

Für manche von uns ist die Situation sofort selbsterklärend: Eine Vergewaltigung. Einige stellen sich auf das Fahrrad des Mannes und ihm in den Weg, einige versuchen die Frau* anzusprechen, die völlig fertig auf dem Boden liegt. Sie steht langsam auf und versucht sich die Hose hochzuziehen. Sie ist offensichtlich benommen. Er wird angeschrien: „Was hast du gemacht?", „er hat sie vergewaltigt" wird gerufen, der Typ bleibt erstaunlich ruhig, redet etwas von seinem Geld, das er wieder haben wolle, fängt sich einige wenige Schläge, geht kurz zu Boden. Sie ruft leise, benommen und dennoch klar, dass wir ihn gehen lassen sollen: "Lasst ihn!".

Einige aus der Gruppe sind völlig irritiert, wollen die Situation nicht vorschnell einordnen, nicht alle haben das gleiche gesehen. Und: In komplexen und undurchsichtigen Situationen können verschiedene Informationen untergehen, wenn sie durcheinander gerufen werden .

Gleichzeitig wird aus dem nahestehenden Häuserblock gerufen: "Was ist da los? – Ich rufe die Polizei!". Wir geraten unter Druck. Nach wie vor ist nicht klar, was da gerade passiert ist. Einer von uns ruft weiter: "Alter, der hat die vergewaltigt!". Der Impuls, sofortige Konsequenzen aus dem Gesehenen zu ziehen und der Impuls, der Frau zuzuhören, stehen sich gegenüber. Im Handgemenge müssen wir uns schnell entscheiden. Währenddessen ziehen sich welche aus der konkreten Situation zurück, um das Material einzusammeln. Das ist definitiv der falsche Ort, die falsche Gruppe und die falsche Uhrzeit um von den Bullen, die (vermeintlich) gerufen wurden, kontrolliert zu werden.

Der Typ wird angeschrien, er solle sich verpissen und haut schließlich ab. Unsere Materialien werden eingepackt und von einigen aus der Gruppe weggebracht. Ein Teil der Gruppe kümmert sich nun um die Frau* und bringt sie an einen von ihr genannten sicheren Ort. Die Frau* hat ein fettes Veilchen im Gesicht. Sie beginnt sofort ihre Perspektive auf das Geschehene zu erzählen

Sie erzählt von einem Deal um Kokain und von Schlägen. Sie habe es „für so wenig nicht machen wollen" und hätte sich gewehrt. Sie redet von Kügelchen (…)

Wir erinnern uns, dass der Typ auch etwas von einem Deal und davon gesprochen hat, dass sie ihm noch was schuldet. Wir bringen sie an einen Ort ihrer Wahl. Während zwei von uns sie begleiten, laufen zwei weitere mit Abstand hinterher. Und merken dadurch, dass der Typ offensichtlich nach ihr sucht, denn wir begegnen ihm noch zweimal. Kurz danach treffen wir uns alle wieder, besprechen unseren Schock und entscheiden uns dafür, die Aktion abzubrechen.

Danach

Wir alle kennen die Prozentzahlen, nach denen 90 Prozent der sexuellen und sexualisierten Gewalt im engen Bekannten- und Familienkreis stattfindet. Auch in diesem Fall kannten sich Täter und Betroffene zumindest etwas. Wir waren auf diese Konfrontation mit einer Vergewaltigung und einem Vergewaltiger nicht vorbereitet. Natürlich nicht. Wir waren aus ganz anderen Gründen vor Ort.

Im Nachgang stellen wir uns folgende Fragen und denken, dass diese auch für andere Gruppen, die nachts und in dunklen Ecken unterwegs sind, wichtig sein können.

- Für wen oder welches Milieu sind die Ecken, in denen wir uns nachts aufhalten, ebenfalls interessant?

- Was hat Vorrang? In was mischen wir uns ein? Das erscheint im Falle einer Vergewaltigung klar, aber es gibt noch unzählige andere Szenarien, in denen Menschen Hilfe brauchen.

- Die Orte, an denen wir uns bewegen, an denen wir handlungsfähig und organisiert sind, sind auch das Terrain anderer randständiger Gruppen, bspw. Drogenkonsument*innen, Obdachlose, Dealer*innen, Sexarbeiter*innen. In welchem Verhältnis stehen wir zu ihnen, bzw. was wissen wir über diese Gruppen? Was wissen wir über einzelne Akteur*innen?

- Gibt es konkrete Orte für Deals, für Überfälle, für Vergewaltigungen? Gibt es sichere Orte in der Nähe, an die Opfer von Übergriffen gebracht werden können?

- Müssen Sachen weggeschafft werden, falls die Polizei eintrifft? Wohin können sie schnell gebracht werden?

- Wer sollte nicht zusammen kontrolliert werden?

- Kann die Aktion noch abgebrochen werden? Soll sie durchgezogen werden? Haben wir einen Treffpunkt für unabsehbare Situationen vorab besprochen?

Umgang mit dem Geschehenem und Reflexion

Wir haben uns danach mehrmals zum Austausch und zur Reflexion getroffen. Wir haben darüber nachgedacht, was wir machen können und dabei verschiedene Perspektiven ausgetauscht. Das mag banal klingen, war aber wichtig, um uns überhaupt eine gemeinsame Version der Geschehnisse zu erarbeiten. Wer hat wann was mitbekommen? Wie schnell wurde reagiert, was lief zu langsam? Wessen Impulse haben sich durchgesetzt? Wer hat warum gezögert?

Ein weiterer Punkt war, herauszufinden, mit wem wie geredet werden kann und ob es das Bedürfnis gibt, dies auch außerhalb der Gruppe zu tun. Wer braucht emotionale Unterstützung und von wem kann diese geleistet werden?

Die emotionale Belastung einzelner war hoch und musste aufgefangen werden. Nach dem emotionalen Umgang mit der Situation, für den wir viel Zeit verwendet haben, fingen wir an über einen politischen Umgang zu sprechen. In Bezug auf die Thematik, in Bezug auf den Täter aber vor allem in Bezug auf die Betroffene. Wir überlegten, was wir im Nachgang für die Betroffene tun können. Unsere ehrliche Antwort lautete: nichts. Einerseits müssen wir uns vor Repression schützen und trauen uns keine (professionelle) Unterstützungsarbeit zu und das ist auch nicht unsere Aufgabe. Den nachträglichen Kontaktaufbau mit der Betroffenen, mit dem Ziel individueller Unterstützung, konnten wir nicht leisten. Das ist bitter und gleichzeitig realistisch. Hinzu kommt, dass eine Zusammenarbeit mit den Bullen für uns nicht in Frage kommt, weder als Zeug*innen noch irgendwie anders.

Was blieb, war der Wunsch, unsere Erfahrung zu teilen, unser Handeln zur Diskussion zu stellen und andere Nachtaktive zu fragen:

Seid ihr auf solch eine Situation vorbereitet?

(Nachtrag: kurze Zeit später haben wir die Aktion erfolgreich durchgeführt.)

anonym

Corona-Solutionismus

SINN UND UNSINN VON CORONA-WARN-APP, PCR- UND ANTIKÖRPERTESTS

*Es ist derzeit unklar wann und sogar ob es einen wirksamen Impfstoff gegen das sich verändernde Corona-Virus Sars-CoV-2 geben wird. Wir erinnern daran, dass nach mehr als 40 Jahren Beforschung des HI-Virus der Aids-Pandemie noch immer kein Impfstoff in Sicht ist. Nach aktuellem Forschungsstand ist (abhängig von der Schwere des Verlaufs der Krankheit Covid-19) nicht einmal eine andauernde Immunität bereits Infizierter gegeben. Es wurden zahlreiche Fälle von Corona-Infizierten registriert, die sich nach überstandener Krankheit erneut infiziert haben. Die Folgen der Krankheit für Herz, Lunge und Hirn können schwerwiegend sein - selbst bei vermeintlich leichter Erkrankung jüngerer „Nicht-Risiko-Patient*innen“.*

Weltweit wird „bis zur Verfügbarkeit eines Impfstoffes“ auf PCR-Tests gesetzt um akute Infektionen zu erkennen. Viele Länder wählen zusätzlich Smartphone-Apps zur Kontaktnachverfolgung um ein individuelles Infektionsrisiko abzuschätzen und Infektionsketten nach Möglichkeit zu unterbrechen. Zusätzlich sollen Antikörpertests eine (zeitlich begrenzte) „Immunität“ als Unbedenklichkeitsnachweis bescheinigen. Dieser Text zeigt auf, wie (absehbar) wenig geeignet die Nutzung dieser drei Techniken zur Bekämpfung der Pandemie ist. Wir sehen darin eine taktische Instrumentalisierung der Krise zur Durchsetzung einer umfassenden Kontrollstruktur, die über die Corona-Krise hinaus in einem „neuen Normal“ in Anwendung bleiben soll.

Die Corona-Warn-App

Wir verstehen die nun folgende Kritik an der Corona-Warn-App der Bundesregierung als Ergänzung und in Teilen als Aktualisierung zur bereits veröffentlichten Kritik des Kollektivs capulcu [0].

Das Paradigma einer Kontaktnachverfolgung der (nach Möglichkeit) gesamten Bevölkerung ist unhinterfragt vom Gesundheitsministerium gesetzt worden. Debattiert wurden in der Öffentlichkeit lediglich Fragen des Datenschutzes und technische Details der Umsetzung. Apple und Google rollen mit ihren neuen Betriebssystemupgrades nun ein Fundament aus, welches auch zukünftig und für unbestimmte Anlässe eine Kontaktverfolgung per Smartphone und Bluetooth ermöglicht. Die Menge der Interessent*innen an einer solchen Kontaktverfolgung ist unüberschaubar groß: Gesundheitsämter, Repressionsorgane, aber auch Werbetreibende, Versicherungen und Datingportale. Wo ein Trog ist, da kommen die Schweine.

Fatal erscheint diesbezüglich das viel zu kurz greifende „Unbedeklichkeitsattest“ von „Datenschützern“ des CCC. Es ist zwar richtig, dass ein zentraler Zugriff auf die Kontaktdaten zur Zeit durch das Design der App unmöglich ist. Ein dezentraler Zugriff z.B. nach der Beschlagnahmung eines Smartphone ist in der öffentlichen Debatte kaum diskutiert: Bei derzeitigem Stand hat die App keinen verschlüsselten Container, in dem die Kontaktdaten und die verwendeten Schlüssel hinterlegt sind. Da Repressionsorgane grundsätzlich alle auffindbaren Smartphones beschlagnahmen, wäre es möglich, soziale Kontakte zumindest partiell zu rekonstruieren. Die Welle neuerlich verschärfter Polizeigesetze erlaubt diversen Behörden „Staatstrojaner“ einzusetzen, also Software unter der Kontrolle der jeweiligen Behörde auf dem trojanisierten Smartphone zu installieren und auszuführen. Das könnte die Behörde in die Lage versetzen, kontinuierlich Tagesschlüssel auszulesen zu können und damit einen Großteil der Kryptographie der App, die den Datenschutz sicherstellen soll, unwirksam zu machen.

Unbrauchbare Entfernungsabschätzung

Für die Ermittlung des Infektionsrisikos über die Corona-Warn-App werden Dauer und Nähe eines Kontakts zwischen zwei Smartphones in Bluetooth-Reichweite

erfasst. Verschiedene Risiko-Konstellationen führen dazu, dass die beiden Smartphones sich in pseudonomisierten Listen merken, dass sie in Kontakt waren. Z.B. länger als 15 Minuten in weniger als 2 Meter Abstand zueinander. Da Smartphones keine Entfernungen messen können, versuchen die App-Programmierer*innen aus der gemessenen Signalstärke der empfangenen Bluetooth-Funksignale die Distanz zwischen den beiden beteiligten Smartphones zu erahnen. Das ist jedoch unzuverlässig, wie wir im Folgenden sehen werden.

Die Übertragung des Coronavirus im öffentlichen Nahverkehr wurde als eines der wichtigsten Szenarien für die digitale Kontaktverfolgung beworben. Forscher vom Trinity College in Dublin zeigten bereits im Juni 2020 [1], dass die Corona-Warn-App in Bussen und Bahnen nicht wie geplant funktioniert. Das Ergebnis der Studie ist vernichtend: Unter optimalen Bedingungen, in denen alle Passagiere die Corona-Warn-App aktiviert haben, würde kein einziger Kontakt registriert. Gemessen wurde mit fünf Android-Smartphones, die sich über 15 Minuten in einem Radius von weniger als zwei Metern befanden. Das entspricht den Vorgaben der deutschen Tracing-App.

Leith, Inhaber der Lehrstuhls für Computersysteme am Trinity College, bekräftigt: „Basierend auf unseren Messungen, ist die App in Straßenbahnen und Bussen nutzlos." Das Ministerium von Gesundheitsminister Jens Spahn stellt die Glaubwürdigkeit der Studie infrage und verweist stattdessen auf die Messungen des Fraunhofer Instituts, in denen „rund 80 Prozent der Begegnungen" richtig erfasst worden seien. Hierbei verschweigt das Ministerium, dass die Tests am Fraunhofer Institut in einem großen offenen Raum durchgeführt wurden. Das Bahn-Szenario wurde dort lediglich nachgestellt. So lassen sich keine Reflexionen der hochfrequenten Bluetooth-Strahlung untersuchen, die gemäß der Studie die Hauptursache ist für die massiv gestörte Entfernungsabschätzung.

Die Studie macht ein grundsätzliches Problem deutlich, auf das zuvor bereits eine umfangreiche wissenschaftliche Untersuchung vom Mai 2020 [2] hinwies: Der theoretisch eindeutige Zusammenhang zwischen gemessener Signalstärke des Bluetooth-Funkchips einerseits und der Distanz der miteinander funkenden Smartphones andererseits unterliegt in der Praxis so starken Schwankungen, dass eine aussagekräftige Entfernungsmessung nicht möglich scheint.

Vier voneinander unabhängige Fehlerquellen sorgen in der Summe dafür, dass ein risikoreicher zwei Meter Abstand zwischen zwei Smartphoneträger*innen für die Corona-Warn-App als sichere bis zu 20-Meter-Distanz fehlinterpretiert werden kann.

(1) Eine genaue Abstandsmessung erfordert eine optimale (parallele) Ausrichtung der Bluetooth-Antennen der beiden Smartphones. Abhängig vom Winkel der beiden Smartphones zueinander ist das empfangene Signal schwächer. Die schwächere Signalstärke wird als größere Distanz fehlinterpretiert. Dieser Effekt ist der kleinste der vier.



(2) Nimmt die Strahlung nicht (ausschließlich) den direkten Pfad zwischen Sender und Empfänger (z.B. über Reflexionen an metallischen Oberflächen wie im Fall von Bussen und Bahnen) können sich diese verschiedenen Pfade abschwächend überlagern und ebenfalls zu einer Überschätzung des Abstands führen. Dieser Effekt ist doppelt so groß wie Effekt (1).

(3) Der menschliche Körper dämpft elektromagnetische Strahlung. Befindet sich eine oder beide Smartphoneträger*innen (in der direkten Verbindungsline) zwischen den beteiligten Geräten, schätzt die App die Distanz als zu groß ein. Dieser Effekt ist dreimal so stark wie (1).

(4) Smartphones unterschiedlicher Hersteller haben unterschiedliche Bluetooth-Funkchips (mit unterschiedlicher Sendeleistung) verbaut. Selbst zwei „baugleiche" Smartphones senden nicht in gleicher Signalstärke, denn die Bluetooth-Technologie nutzt aus Kostengründen keine geeichte Sende- und Empfangselektronik. Diese Ungenauigkeit ist im Vergleich dreimal so stark wie (1).

Fazit: Die Bluetooth-Technologie ist für die Abstandsmessung weder gedacht noch geeignet.

Verbreitung der Corona-Warn-App

Circa 17 Millionen Menschen in Deutschland haben die Corona-Warn-App runtergeladen (Stand Ende August). Wie viele sie aktiv nutzen, lässt sich nicht feststellen. Es wäre sehr überraschend, wenn mehr als 80% derer, die sie in der Welle der „Gemeinsam gegen Corona"-Mobilisierung heruntergeladen haben, die App dauerhaft nutzen (Umzug auf neues Smartphone, Absprung wegen der zahlreichen Funktionsstörungen, wegen der immer noch nicht flächendeckend anonym funktionierenden Infiziert-Meldung, wegen Akku-problmen, wegen der Notwendigkeit, die Standortermittlung zuzulassen, ...). In der Schweiz wird der Anteil der aktiven Nutzer*innen auf nur 60% der Downloads geschätzt.

Nehmen wir dennoch an, alle 17 Mio Menschen, also 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland nutzten die App aktiv, hätten Bluetooth permanent aktiviert und aktualisierten für die korrekte Funktionsweise einmal am Tag ihre Kontaktlisten, dann liegt die Wahrscheinlichkeit, dass zwei Menschen mit installierter Corona-Warn-App aufeinandertreffen bei gerade mal 4 Prozent aller Begegnun-

gen. Das heißt in 96 Prozent aller Kontakte kann keine nachträgliche Kontaktrekonstruktion stattfinden, schlicht weil nicht beide die App installiert haben. Es drückt eine gewisse Hilflosigkeit der Bundesregierung gegenüber der Pandemie aus, wenn die App als der zentrale Baustein zur Virus-Bekämpfung dargestellt wird, dieser Baustein derzeit in 96% aller Fälle aber gar nicht zur Anwendung kommen kann.

Nach anfänglich raschem Anstieg der Download-Zahlen verzeichnet das RKI in den letzten Wochen nur noch geringen Zuwachs. In Deutschland haben 57,7 der 83,2 Mio Einwohner ein Smartphone, 20% von diesen jedoch ein zu altes. Das bedeutet: nur 55 Prozent der Bevölkerung kommt überhaupt für die Corona-Warn-App in Frage.

Würden alle, die könnten, die Corona-Warn-App herunterladen, aktivieren und „pflegen", dann läge die Wahrscheinlichkeit, dass die App ein Kontaktereignis zwischen zwei in Deutschland lebenden Personen nachvollziehbar macht, immer noch lediglich bei 30 Prozent. Das heißt: selbst eine Verpflichtung zur Nutzung der Corona-Warn-App würde weniger als ein Drittel der potenziell infektiösen Kontakte registrieren können. Ein beschämendes Resultat für das RKI, die Politik und eine kritische Öffentlichkeit, die sich technikgläubig an einen bereits (konzeptionell) abgeknickten Strohhalm klammert.

Hat sich die App dennoch bewährt?

1500 „Tele-Tans" seien seit dem Start der Corona-Warn-App ausgegeben worden - also in rund 12 Wochen. Diese Codes bekommt man, indem man nach einem positiven Corona-Bescheid bei einer Hotline anruft und sich dort identifiziert. Wie viele Menschen sich danach auch wirklich mit ihrer Tan in der App als infiziert gemeldet haben, weiß das RKI nach eigenen Angaben nicht. Selbst wenn sich niemand von der leider immer noch nicht überall anonymen (telefonischen) Meldeprozedur abschrecken ließe, sind 1500 Infiziert-Medungen derzeit gerade einmal die Anzahl an Neuinfektionen eines Tages(!) Also, eine magere Ausbeute für 12 Wochen App-Geschichte. So ist es verständlich, wenn Mitarbeiter*innen der Gesundheitsämter mitteilen, dass sich ihre Arbeit „durch die App in keiner Weise vereinfacht hat". Der Beitrag der App zur Bewältigung des Infektionsgeschehens ist nicht messbar. Hier wird (bewusst) eine riesige Überwachungsstruktur mit massivem Missbrauch-Potenzial ausgerollt ohne auch nur die Aussicht auf einen positiven Beitrag zu haben.

In einer Meta-Studie werteten Braithwaite et. al über 100 Studien zur Effizienz verschiedener Corona-Warn-Apps weltweit aus: „Es wurden keine empirischen Belege für die Wirksamkeit der automatisierten Ermittlung von Kontaktpersonen (in Bezug auf die ermittelten Kontakte oder die Reduzierung der Übertragung) gefunden." [4]

Fazit: Die Corona-Warn-App ist kein geeignetes Instrument, die manuelle Kontaktrekonstruktion der Gesundheitsämter zu automatisieren bzw. spürbar zu erleichtern.

Zweifelhaftes Vertrauen in Google und Apple

Die Bundesregierung versuchte eine zentrale Lösung durchzusetzen, scheiterete aber zum einen an der öffentlichen Debatte und zum anderen an den Smartphone-Betriebssystemherstellern Apple und Google. Letztere hatten eine dezentrale Lösung erzwungen, die ihnen einen exklusiven Zugriff auf die Tracing-Daten ermöglicht. Mittlerweile ist die Kontaktnachverfolgung als Anwendung ins Betriebssystem der beiden Hersteller gewandert, die der Anwender auf Wunsch bewusst ausschalten muss. Die befürchtete „Normalisierung" dieser Funktionalität ist also eingetreten – sie wird „nach Corona" nicht wieder entfernt.

Für eine korrekte Funktionsweise der Corona-Warn-App muss bei einem Smartphone mit dem Google-Betriebssystem Android die Standortermittlung aktiviert sein. Das erlaubt anderen Apps auf dem Smartphone die Standortdaten auszuwerten und aufzuzeichnen. Für Android gilt die für das Tracing notwendige Bluetooth-Technologie als Standortdienst, deshalb müssen diese Dienste aktiviert werden; GPS gehört ebenfalls dazu. Die Ortskoordinaten werden zwar nicht von der Corona-Warn-App genutzt, so das Robert-Koch-Institut, aber Google zeichnet die Standortdaten mit Zeitstempel auf. Nutzer*innen bleibt bislang nichts anderes übrig, als Google zu vertrauen. Das hat sich bislang noch nie als gute Idee erwiesen: Eine (per Ausnahmezustand im Infektionsschutzgesetz begründete) Kooperation von Google mit den Gesundheitsämtern könnte aus dem anonymen Tracing nachträglich ein personalisiertes Tracking machen. Die Daten liegen aufgezeichnet vor.

Sicherheitsforscher*innen der Universität Marburg hatten zudem bereits im Juni nachgewiesen, dass ein Angriff auf das Google-Apple-Protokoll der Corona-Warn-App das Erstellen von Bewegungsprofilen sogar Dritten ermöglicht [5].

"Download und Nutzung der App sind vollkommen freiwillig."

Diese Zusicherung der Bundesregierung war absehbar hohl. Auch wenn niemand per Gesetz zur Installation der Corona-Warn-App gezwungen wird, ist das eingetreten, was wir in einem Gedankenspiel Anfang April befürchtet haben. Privatwirtschaftliche Unternehmen und Dienstleister knüpfen ihre Dienstleistung oder ihr Arbeitsangebot an die Voraussetzung, die Corona-Warn-App installiert und aktiviert zu haben. Gesellschaftliche Teilhabe wird damit faktisch und unfreiwillig beschnitten.

Wir haben Kenntnis darüber erlangt, dass mehrere Arbeitgeber in der Altenpflege und in der Gastronomie von ihren Mitarbeiter*innen verlangen, die App auf dem Smartphone aktiviert zu haben. Ein Campingplatz im Landkreis Aurich lässt nur noch Camper mit Corona-Warn-App aufs Gelände [3]. Auf Nachfrage hat das drei Gründe: zum einen, erhofft sich der Betreiber tatsächlich mehr Sicherheit für sich und seine Mitarbeiter*in-

nen, zum anderen wirbt er mit dieser „Hygiene-Maßnahme“ als besonders verantwortungsbewusst. Der dritte Grund ist bemerkenswert: Durch die Maßnahme will er „in erster Linie verhindern, dass Urlauber auf seinen Campingplatz kommen, die das Thema Corona nicht ernst nehmen oder sogar leugnen.“ Hier wird eine Art Gesinnungsprüfung vorgenommen und die Bandbreite des Diskurses von „Corona fürchten“ bis leugnen auf die Bereitschaft zur Installation der App reduziert.

Solutionismus -
Technische Lösung eines Ersatzproblems

In der Technologiekritik kursiert seit einigen Jahren der Begriff des „Solutionismus“. Er beschreibt die selbstbewusste „Lösungsorientierung“ einer technozentrierten Programmierer-Kaste, die jegliche (auch soziale) Probleme für technisch beschreib- und lösbar hält. Solutionismus sucht nach Lösungen über (neue) Technologien, die vielfach an den Problemen vorbeigehen. Das eigentliche Problem wird wie im Fall der Corona-Warn-App zwar nicht gelöst, aber für lösbar erklärt - wenn nur genügend Leute mitmachen .

Der Solutionist löst zu seiner eigenen Legitimation als „Problemlöser“ technologisch fassbare, leichter zu lösende Ersatzprobleme, die sich der Technokrat gerne zunutze macht. Gemeinsam suggerieren Solutionist und Technokrat die Kontrollierbarkeit selbst von (denormalisierenden) Krisenphänomenen wie eine Pandemie oder die Klimazerstörung.

Der Solutionismus steht dabei vielmehr für die Vertauschung von Problem und Lösung: Statt ein Problem mit einer technischen Erfindung zu lösen, preist der Solutionist technische Erfindungen als Lösung für Probleme an, von denen man nicht weiß, nicht wissen will, oder verschleiern will, welcher Art und Komplexität sie sind. Der Solutionismus gibt vor, mit seinen „pragmatischen“ Problemlösungsstrategien „post-ideologsch“ zu sein. Tatsächlich ist die Radikalität, mit der Technokraten den Solutionismus zum einzig „denkbaren“ Ansatz für gesellschaftliche Probleme erheben, alles andere als unideologisch. Man muss die konsequente Art, lediglich digitale Pflaster auf die eklatantesten Wunden eines krisenhaften Kapitalismus zu kleben, sehr wohl als Ideologie, – nämlich als Ideologie der Politik-Vermeidung – begreifen. Mit der machtvollen Neusetzung gesellschaftlicher Strukturen im Zuge der Renormalisierung (nach der Pandemie) etablieren Solutionismus und Technokratie eine „neue Normalität“ und machen ihrerseits wirkungsvoll (eine andere) Politik.

Im Kern versuchen Technokrat und Solutionist alles außer den Markt zu zerstören und zu revolutionieren. Die neu geschaffenen digitalen (Lösungs-)Welten sind Orte der Spaltung und Individualisierung, nicht der gegenseitigen Hilfe und Solidarität.

PCR- und Antikörper-Tests

PCR steht für Polymerasekettenreaktion. Dazu wird aus einem Rachenabstrich das Erbgut des Erregers isoliert und in einem Labor über mehrere Runden so vervielfältigt, dass es messbar wird. Die Virus-RNA lässt sich in der menschlichen DNA jedoch nur in einem bestimmten Zeitfenster der Infektion nachweisen. Hat sich jemand gerade erst angesteckt, haben sich die Viren möglicherweise noch nicht ausreichend vermehrt, um angezeigt zu werden. Laut einer Studie im Fachblatt „Annals of Internal Medicine“ schlagen PCR-Tests nicht zuverlässig an, wenn noch keine Symptome auftreten.

So fielen die Tests am ersten Tag nach der vermuteten Infektion in 100 Prozent der untersuchten Fälle negativ aus, obwohl die Patienten nachweislich infiziert waren. Demnach liegt der optimale Zeitpunkt für die Probeentnahme am achten Tag nach der Infektion. Im Schnitt war die Chance, ein falsch-negatives Ergebnis zu bekommen, größer als eins zu fünf.

Zudem ist bekannt, dass mit Fortschreiten der Infektion die Erregerlast im Rachen wieder abnimmt. Auch in diesen Fällen kann ein Test möglicherweise ein falsch-negatives Ergebnis liefern. Das heißt, der Betroffene ist laut Testergebnis nicht infiziert, obwohl er das Virus in sich trägt. Entscheidend ist ebenfalls die korrekte Probeentnahme. Für ein möglichst zuverlässiges Ergebnis muss ein Abstrich tief aus dem Rachen oder der Nase entnommen werden.

Nach Einschätzung der meisten Bundesländer spielen Urlauber*innen eine signifikante Rolle beim aktuellen Infektionsgeschehen. Wer aus einem Risikogebiet nach Deutschland einreist, ist seit Anfang August verpflichtet, dem heimischen Gesundheitsamt einen negativen PCR-Test zu melden, der nicht älter als 48 Stunden ist. Ein PCR-Test kann aber (jenseits aller Ungenauigkeiten) erst vier bis fünf Tage nach einer Infektion das korrekte Ergebnis „positiv“ liefern. In der gegenwärtigen Testpraxis haben wir also einen Zeitraum von bis zu einer Woche, in der sich Reisende infizieren und trotzdem bei der Einreise ein negatives Ergebnis vorweisen können. Die aktuellen Kapazitätsproblemen bei den auswertenden Laboren verlängert diese Zeit der nicht angezeigten Ansteckungsgefahr um weitere Tage.

Die Aussagekraft bei den sogenannten Antikörper-Tests, basierend auf der Suche nach Antikörpern im menschlichen Blut, ist ähnlich schwach: In der ersten Woche nach Beginn der Symptome erkennen die Tests nur 30 Prozent aller Infizierten. Erst in der dritten Woche ergibt sich gemäß Eleanor Riley, Professorin für Infektionskrankheiten an der University of Edinburgh eine Erkennungsquote von 91 Prozent: „Wie auch immer das Ergebnis ausfällt, die Information ist im Grunde bedeutungslos für den Einzelnen.“ Es ist nicht sicher, ob das Vorliegen von Antikörpern tatsächlich heißt, dass der Mensch gegen eine erneute Infektion immun ist. Und selbst wenn, ist unklar, ob der Schutz bei allen Menschen gleichermaßen ausfällt und wie lange er anhalten würde. Asymptomatisch Infizierte bildeten

demnach weniger Antikörper als Patienten mit Krankheitszeichen. Binnen acht Wochen nach der Genesung konnten bei 13 Prozent der vormals Erkrankten und bei 40 Prozent der asymptomatischen Probanden keine Antikörper mehr nachgewiesen werden. Ein Antikörper-Test verliert also auch mit größerer zeitlicher Distanz zur Infektion seine Aussagekraft.

Fazit: Die Instrumente PCR- und Antikörper-Tests sind ungeeignet, das individuelle Ansteckungsrisiko (z.B. durch Reiserückkehrende) aussagekräftig abzubilden. Massentests lassen die Virologie Wissen über verschiedene Nachweismethoden sammeln und ermöglichen statistische Aussagen über den Verbreitungsgrad des Virus - mehr nicht.

Die derzeit einzig wirksame Methode der Quarantäne für Reiserückkehrer soll aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schadwirkung vermieden werden. Die politische Forderung nach „flächendeckenden Tests“ ist mehr als partei-politische Profilierung im Wahlkampf. Es ist der wissenschaftlich ungerechtfertigte Versuch statistische Kontrolle des Infektionsgeschehens in der Gesamtheit auf (soziale) Kontrolle des einzelnen Individuums zu übertragen.

Regelmäßige Tests statt „Immunitätsnachweis“

Eigentlich wollte Bundesgesundheitsminister Spahn einen Immunitätsausweis einführen. Das war mehr als der Versuch, in der aktuellen Corona-Unsicherheit Kontrolle zurückzugewinnen. Die erwünschte Renormalisierung nach einer für alle gleichermaßen geltenden Kontaktbeschränkung der ersten Welle sollte bewusst ein „neues, individualisiertes Normal“ herbeiführen:

Ein Immunitätsausweis soll bescheinigen, dass jemand eine COVID-19-Erkrankung überstanden hat und nun – wahrscheinlich – immun ist. Ein solcher Pass soll die Inhaberin von Beschränkungen befreien: beim Reisen, beim Job oder beim Altenheimbesuch. Doch sowohl das Virus als auch ein Teil der Zivilgesellschaft machten nicht mit - bislang.

Die Kritik: Ein bescheinigter Immunstatus stellt nicht nur eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit dar, indem er kontraproduktive Anreize schafft, sich selbst absichtlich zu infizieren, oder den Nachweis zu fälschen - er ist zudem eine Art „definierte Ungleichheit der Gesellschaft“ und produziert darüber soziale Spaltung und Entsolidarisierung. Eine unbeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben bliebe nur den Ausweisinhaber*innen vorbehalten.

Der Verweis auf Chinas Praxis, wesentlich mehr sensible Gesundheitsdaten als nur den COVID-19-Krankheitszustand in einem solchen digitalen Zeugnis abzulegen, gibt Anlass für die Befürchtung: „Die Immunitätspässe von heute könnten die allumfassenden biologischen Pässe von morgen werden“[6]. Die Debatte hält weiter an. In Reaktion auf die breit vorgetragene Kritik delegiert das Bundesgesundheitsministerium das Thema an einen Ethikrat weiter. Dieser wartet mit einem Ratschlag ab.

Da weder Immunität noch Impfung in Sichtweite sind, nimmt der (mitunter mehrfache) PCR-Test ersatzweise die Funktion der zeitlich begrenzten Bedingung für Teilhabe oder Zugang ein. Flughäfen, Konzertveranstaltungen, Messen, ... experimentieren mit Corona-Warn-App und/ oder PCR-Tests.

Ein Beispiel dafür gibt ein unternehmensfinanziertes Experiment an einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern, in der die Schüler*innen sich „freiwillig“ regelmäßig testen lassen können, um mit einem negativen Testergebnis Vereinfachungen im Schulalltag zu erlangen [7]. Negativ PCR-getestete erhalten einen Unbedenklichkeitsausweis in Form eines grünen Punkts auf ihrem Namensschild. Mit dem dürfen sie ohne Mundschutz über eine „Fast Lane“ das Gymnasium betreten und sich auch ohne Mundschutz im Gebäude bewegen. Die Schule sieht sich als Pionier der „neuen Eigenverantwortung“, wie man wieder einen normalen Schulalltag realisieren und auch Lehrer im Risikoalter einsetzen kann. Die Schule wird hier zum Experimentierfeld für Strategien, wie man den Zugang zu Räumen und das Verhalten in ihnen kontrollieren kann. Ein Parade-Beispiel für Foucaults „Disziplinierungsverfahren“, das alle Schüler zwingt sich der „freiwilligen“ Maßnahme zu unterwerfen, um nicht als Außenseiter oder Gefährder kenntlich zu werden. Mit Erfolg: 90 Prozent der 1100 Schüler*innen machen mit.

Hier ist der „Sponsor“ des Experiments nicht unerheblich: Das Rostocker Biotech-Unternehmen Centogene entwickelt mit anderen Firmen einen app-basierten Immunitätsausweis und hofft auf ein Milliardengeschäft, wenn alle Schulen ein solches Konzept umsetzen würden.

Notwendiger linker Skeptizismus

Einige linke halten eine über den Datenschutz hinausgehende Kritik an der Corona-Warn-App für nicht faktenbasiert und damit für nicht zulässig. Sie mache „verschwörerische“ Annahmen über ein nicht erkennbares, sondern lediglich herbeigeredetes Interesse von verschiedenen Akteuren an einem nur vage angedeuteten Bevölkerungs- / Versicherten- / Kund*innen-managemnt.

Wir halten an dieser weiter gehenden Kritik fest und erachten es als richtig und notwendig, einzelne Coronamaßnahmen, ihre Durchsetzung und auch das Projekt „individualisierte Gesundheit“ zu analysieren und zu kritisieren ohne die real bestehende Corona-Gefahr zu leugnen und ohne sich mit rechten Akteuren oder Aluhüten gemein zu machen(!) Manchmal ist die einzige (Kritiker*in) nur die erste.

So abwegig sind die Überlegungen zur möglichen Nutzung der Corona-Warn-App (trotz gegenteiliger Beteuerungen der Bundesregierung) offenbar nicht: Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland streiten Jurist*innen über die Rechtmäßigkeit, die Corona-Warn-App zur Zugangsvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe zu machen: Veranstalter*innen solle erlaubt werden, nur

Besucher*innen mit App zuzulassen. Dies ist zwar umstritten, nach Meinung vieler Jurist*innen aber zulässig - es gehe um eine „sachbezogene Ungleichbehandlung.“ Nun setzt sich der Alltag aus vielen einzelnen Dienstleistungen und auch nicht-kommerziellen Ereignissen zusammen deren Einzelregelung in der Summe nicht nur eine sachbezogene sondern eine generelle Ungleichbehandlung rechtfertigen würde - den täglichen Einzelfall sozusagen.

Die hoch polarisierte (weil angstbesetzte) Corona-Debatte scheint jedoch nur noch wenig Raum für (dringend notwendige) spekulative Überlegungen über das post-pandemische „neue Normal“ zuzulassen. Wir schieben direkt noch eine kritische Überlegung zu den PCR-Tests hinterher:

Polizisten werten vielerorts nach Straftaten die „Corona-Listen“ von Restaurants aus, die eigentlich ausschließlich dem Infektionsschutz dienen sollen. Auch hier hagelt es Kritik, die die polizeiliche Praxis jedoch unbeeindruckt lässt. Wer sagt uns, dass die laut Robert-Koch-Institut aufzubewahrenden Speichelproben [8] der täglich bis zu einer Million Gen-Proben beim PCR-Test nicht ebenso zum nachträglichen DNA-Test genutzt werden könnten. Ein ähnlicher Pragmatismus scheint jetzt noch „unverhältnismäßig“, aber in Zukunft vielleicht völlig nachvollziehbar, wenn zur Aufklärung einer besonders schweren Straftat bundesweit gesucht wird und man doch nur auf bereits vorhandenes Genmaterial zugreifen brauche.

Zum Verständnis: „Die vom Patienten gewonnenen Proben sollten asserviert werden, um im Zweifelsfall weitere Untersuchungen zu ermöglichen.“ Begründet wird diese Annordnung des RKI unter anderem mit falsch negativen Testergebnissen: „Ein negatives PCR-Ergebnis schließt die Möglichkeit einer Infektion mit SARS-CoV-2 nicht aus. Falsch-negative Ergebnisse können z.B. aufgrund schlechter Qualität der Probennahme, unsachgemäßem Transport oder ungünstigem Zeitpunkt (bezogen auf den Krankheitsverlauf) der Probenentnahme nicht ausgeschlossen werden.“ Das heißt: die untersuchenden Labore sollen nicht nur positiv getestete Proben aufbewahren, sondern alle. Aus verschiedenen Laboren ist zu hören, dass diese derzeit nicht genügend Kapazitäten für eine Lagerung von Hunderttausenden DNA-Probenstäbchen haben. Das ist jedoch nur ein schwaches Argument für eine Beschwichtigung, denn von der Charité in Berlin wissen wir, dass sie die Proben tatsächlich asserviert.

Vom Gefährder ...

Das neu geregelte Infektionsschutzgesetz von 2020 sieht weitreichende staatliche Befugnisse beim Umgang mit Infizierten vor. Der Umgang mit „potenziell Infizierten“ ist nicht nur fragwürdig und rechtlich nicht abgedeckt, sondern erinnert an den traditionell repressiven Umgang mit „gefährlichen Klassen“. Wie der Historiker Frank M. Snowden bemerkte, geht dieser Begriff nicht nur auf die politische „Gefährlichkeit“ des Proletariats im 19. Jahrhundert zurück, das sich der staatlichen Ordnung widersetzte oder betrunken randalierte. Die Metapher galt auch den Gefahren, die von den Angehörigen dieser Klassen als potenzielle Überträger gefährlicher Krankheiten ausgingen. Ihre beengten Wohnverhältnisse, fehlende Kanalisation und sauberes Wasser machten sie zur leichten Beute von Cholera- und Tuberkulose-Erregern.

Die Corona-Pandemie hat nun weltumspannend diesen Aspekt der „gefährlichen Klassen“ wiederbelebt: In Indien wurden Hunderttausende Wanderarbeiter*innen rabiat von den Straßen geräumt und in „Quarantäne-Lager“ gesperrt. In der Enge dieser Lager waren sie einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt als vorher. Sie wurden aus den öffentlichen Räumen verbannt, um die indische Mittel- und Oberschicht vor den gefährlichen Körpern derjenigen zu schützen, die normalerweise in Fabriken, auf Baustellen oder in privaten Haushalten für einen kärglichen Lohn arbeiten und in billigen Unterkünften oder Armenvierteln wohnen. In derselben Logik wurden weltweit Teile von Slums abgeriegelt, wenn dort Covid-19-Fälle aufgetaucht waren.

In Katar wurden zehntausende Wanderarbeiter*innen in einem Industriegebiet eingeschlossen, wo sie in beengten Schlafsälen ausharren mussten. In Südafrika holte die Polizei Obdachlose von der Straße und sperrte sie zu Tausenden in Sportplätzen ein. In Bangladesch, im Libanon und in Jordanien wurden Geflüchtete in überfüllten Lagern eingeschlossen.

In Berlin-Neukölln wurden mehrere Wohnblocks im Rahmen einer Zwangs-Quarantäne abgeriegelt und mit einem von der Polizei bewachten Gitterzaun versehen, nachdem dort einige Covid-19-Infektionen aufgetaucht waren. Eigentlich muss in Deutschland nur in Quarantäne, wer infiziert ist oder engen Kontakt zu einem laborbestätigten Infizierten hatte. Die Abriegelung ganzer Wohnblocks wurde in Neukölln damit begründet, die Bewohner seien „sozial schwach“ und „wenig integriert“, was - bei genauerem Hinsehen - noch nicht einmal stimmte. Ähnlich wurde in Wohngebieten von Tönnies-Arbeiter*innen in NRW verfahren. In allen Fällen wurde in Kauf genommen, dass die Eingesperrten noch stärker der gefährlichen Enge und den unhygienischen Bedingungen ihrer Unterkünfte ausgesetzt waren.

Daraus wird ersichtlich, dass in der Pandemie zwar prinzipiell alle zur virologischen Gefahr werden (genau das macht die Ausweitung des virologischen Gefährder-Begriffs gegenüber dem terroristischen Gefährder politisch so universell nutzbar), aber in der Anwendung bleibt eine klassistische und rassistische Interpretation der Gefährdung möglich.

... zum Selbstgefährder

„Bleiben Sie gesund !!!“ Der Grundgedanke, dass der Staat das Individuum zu physischer Gesundheit zwingen darf, ist erschreckend. Es ist absehbar, dass die Sozialtechnokratie nach der Pandemie eine tolle Zeit wittert, um das Verhältnis von Freiheit und Gesundheit zulasten der

Freiheit neu zu definieren. Denn kann nach der gewaltigen Solidarität gegenüber dem Einzelnen und dem Schutz seiner Gesundheit nicht verlangt werden, dass er seine Selbstzerstörungen durch Rauchen, Alkohol, Überernährung oder allerlei unnötige Alltagsrisiken unterlässt? Zu dumm, dass er seine Vorlieben auch noch als Ausdruck seiner Freiheit empfindet und akzeptiert, dass Freiheit als Gegenpol auch immer Risiken einschließt.

Eine gesundheitsoptimierte Gesellschaft wird bei Zwangsquarantänen, Impfnachweisen oder Tabakwerbeverboten nicht Halt machen. Sie wird mit Leidenschaft das menschliche Genom vermessen, um Krankheiten individualisiert (präventiv) zu vermeiden. Sie wird dazu Punktesysteme als Anreiz zur Selbstunterwerfung nutzen und sie wird, in immer „bester Absicht", auch das Problem der Sterblichkeit lösen wollen, eines der letzten großen Ohnmachtsgefühle des Menschen.

[0] Die „freiwillige" Corona-Warn-App in DIVERGE! (Juni 2020)

[1] https://www.scss.tcd.ie/Doug.Leith/pubs/luas.pdf
[2] https://medium.com/personaldata-io/inferring-distance-from-bluetooth-signal-strength-a-deep-dive-fe7badc2bb6d
[3] https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Krummhoern-Campingplatz-macht-Corona-App-zur-Pflicht,coronaapp154.html
[4] https://www.thelancet.com/journals/landig/article/PIIS2589-7500(20)30184-9/
[5] https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/forscher-entdecken-sicherheitsluecke-bei-corona-apps-16812694.html
[6] https://www.heise.de/tp/features/Coronavirusepidemie-Kontroll-und-Ueberwachungstechniken-fuer-Schulen-4779309.html
7] Kofler, Baylis: Ten reasons why immunity passports are a bad idea. 2020, S. 380
[8] https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Vorl_Testung_nCoV.html

Serbien

Die neueste Front der COVID-19 Revolten

Unmittelbar außerhalb der Europäischen Union ist Serbien das Land der COVID-19-Ära, das den jüngsten Aufstand erlebt hat, der die Legitimität und Kontrolle der herrschenden Behörden in Frage stellt. In diesem Umbruch, wie zu Beginn der Gelbwesten-Bewegung in Frankreich, wetteifern Demonstrant*innen aller Couleur, von Faschisten und Fußball-Hooligans bis hin zu Liberalen, Linken und Anarchisten, um die Gestalt der künftigen Protestbewegungen. In der folgenden Darstellung beschreiben Belgrader Anarchist*innen die Woche der Konfrontationen in der Hauptstadt und analysieren, was auf dem Spiel steht und warum es wichtig ist zu verhindern, dass Faschisten die Zusammenstöße mit den Behörden dominieren und Liberale diese Zusammenstöße als »gewalttätig« oder von Natur aus faschistisch delegitimieren.

Während Bilder von Unruhen und Polizeigewalt in Serbien in der ganzen Welt kursierten, erhielten viele von uns hier in Serbien Nachrichten von unseren Kolleg*innen, die uns nach der Art der Unruhen fragten, vor allem wenn man bedenkt, wie verwirrend und oft widersprüchlich die Bilder und Erzählungen waren. Einige von uns, die seit Beginn der Proteste in Belgrad jede Nacht auf der Straße waren, möchten unsere Beobachtungen und Analysen mitteilen. Wir werden nur über Belgrad sprechen, da die Situation in Novi Sad und anderen Städten anders war.

Obwohl die jüngsten Unruhen durch die Entscheidung der Regierung ausgelöst wurden, nach einem Wiederaufflammen der COVID-19-Fälle wieder eine Ausgangssperre und andere restriktive Maßnahmen einzuführen, liegen die wahren Gründe in der früheren Unzufriedenheit mit dem zunehmend repressiven Regime von Aleksandar Vučić und der Serbischen Fortschrittspartei. Zu Beginn der Pandemie führte das Regime einen Möchtegern-Arzt durch Pressekonferenzen, der das Virus buchstäblich auslachte, es zum »lustigsten Virus der Welt« erklärte und sexistische Bemerkungen darüber machte, wie Frauen die Pandemie als Gelegenheit zum Einkaufen in Italien nutzen sollten. Mit dem Fortschreiten des Virus änderte die Regierung schnell ihre Haltung und Serbien führte einige der strengsten Maßnahmen in Europa ein. Vučić und der Premierminister Brnabić dementierten, dass sie das Virus abgetan und die Schuld auf die Schultern der einfachen Leute geschoben hätten, womit sie den Maßnahmen einen Strafcharakter verliehen. Anfang Mai, sobald die Zahlen zurückgingen, gab die Regierung schnell die meisten Präventivmaßnahmen auf und ermöglichte die Rückkehr zur Normalität. Innerhalb einer Woche hörten die Bewohner*innen Serbiens nicht mehr die Anweisung, ihre Wohnungen nicht zu verlassen - stattdessen wurde verkündet, dass wir frei in Bars gehen könnten.

Dieses Ende der Abriegelung erfolgte kurz vor den für Juni geplanten Parlamentswahlen, die bereits vor der

Pandemie von der Opposition boykottiert worden waren. Die Regierung manipulierte die Zahlen der Todesfälle und Infektionen bis zum Zeitpunkt der Wahlen. Die Regierungspartei gewann leicht, fast ohne Opposition. Nach den Wahlen wurde die Ruchlosigkeit der Situation schnell offensichtlich. Die jahrzehntelang vernachlässigte, bröckelnde Infrastruktur des öffentlichen Gesundheitswesens in Serbien wurde in überwältigender Weise deutlich. In schwer betroffenen Städten wie Novi Pazar berichteten Gesundheitsarbeiter*innen, dass sie aufgrund von Platz- und Ressourcenmangel gezwungen waren, COVID-19-Patient*innen in Krankenhauskorridoren zu behandeln. Der Präsident Vučić und der Premierminister Brnabić hielten eine Pressekonferenz ab, auf der sie im Wesentlichen den medizinischen Fachleuten die Schuld gaben und erklärten, dass die serbischen Krankenhäuser genauso gut in der Lage seien, mit der Pandemie fertig zu werden wie die Krankenhäuser in den reicheren westeuropäischen Ländern.

Der Auftakt zu den massiven spontanen Protesten fand in der Nacht zum 2. Juli statt, wenige Tage vor der Ankündigung des Präsidenten Vučić, die den Aufstand entfesseln würde. Als Reaktion auf die Erklärung verstärkter Kontrollmaßnahmen, einschließlich der Vertreibung von Studierenden aus ihren Wohnheimen, marschierten viele Studierende aus ihren Wohnheimen in verschiedenen Teilen Belgrads zum Parlament im Stadtzentrum.

Die Studierenden hatten mehrere Gründe, wütend zu sein. Erst vor kurzem waren sie nach der Wiedereröffnung der Universitäten in ihre Wohnheime zurückgekehrt, nur um festzustellen, dass sie belogen worden waren und Gefahr liefen, nach Hause geschickt zu werden und möglicherweise ihre Familien zu gefährden. Dies ist ein großes Problem in einem Land, in dem Menschen in Mehrgenerationenhäusern leben - insbesondere für Studierende aus kleineren Städten und ländlichen Gebieten, die noch weniger in der Lage sind, mit einem Zustrom neuer Fälle umzugehen.

Diese Proteste fanden ohne größere Eingriffe des Staates statt. Als jedoch immer mehr Leute ankamen, schloss sich auch ein Kontingent rechter Demonstrant*innen an, was zu einer Auseinandersetzung führte, als einige der Studierenden den Rechten gegenüberstanden und sie aufforderten, ihre nationalistischen Plakate zu entfernen. Nach dem Protest wurden diese Aktivist*innen Opfer von Doxing und Todesdrohungen durch rechte Cyber-Trolls.

7. Juli

Stunden nachdem der Präsident Vučić die neuen Maßnahmen einschließlich einer Ausgangssperre für das Wochenende angekündigt hatte, begannen sich die Demonstrant*innen vor dem Parlamentsgebäude zu versammeln. Die meisten von uns haben durch Mundpropaganda davon gehört, andere haben es im Internet gesehen. Als ich ankam, waren bereits über tausend Menschen versammelt. In der Menge befanden sich viele unparteiische Menschen, Mitglieder verschiedener linker und liberaler Gruppen und Parteien sowie eine Gruppe von Rechtsextremen an der Spitze, die dem Parlament am nächsten standen. Die Rechtsextremen sind vor allem an ihren Fahnen und Gesängen zu erkennen, die sonst bei Fußballspielen und rechten Veranstaltungen zu hören sind. Gegen 22.00 Uhr hatten die Demonstrant*innen die Stufen vor dem Parlament besetzt und begannen, Bengalos und Feuerwerkskörper auf das Gebäude zu werfen; schließlich gelang es einigen Demonstrant*innen, das Gebäude zu betreten.

Viele Menschen waren noch im Anmarsch, als die Polizei begann, Tränengas einzusetzen. Die Polizei reagierte mit eiserner Faust; sie warf willkürlich Tränengas auf Passant*innen, Wohnungen und Menschen, die im Verkehr festsaßen. Die Konflikte dauerten stundenlang an und hörten gegen 3 Uhr morgens auf.

Obwohl viele Menschen an den Zusammenstößen mit der Polizei teilnahmen, kamen die Hauptbeteiligten aus den rechten Reihen. Bilder der Polizeigewalt verbreiteten sich schnell in sozialen Netzwerken und im Live-Fernsehen, darunter insbesondere ein Video einer Person, die im Live-Fernsehen behauptete, dies sei für ihren Vater gewesen, der gestorben war, als im Krankenhaus nicht genügend Beatmungsgeräte zur Verfügung standen, und ein Video, das zeigt, wie die Polizei Kinder, die auf einer Parkbank sitzen, brutal zusammenschlägt.

8. Juli

Empört über die Polizeigewalt der vergangenen Nacht trafen in der folgenden Nacht Tausende von Menschen am Parlamentsgebäude ein. Dieses Mal hatte die Polizei ihre Präsenz in der Stadt erheblich verstärkt und spezielle Bereitschaftspolizei und Gendarmerie aus anderen Städten hinzugezogen. Die Zusammenstöße begannen früh; die polizeiliche Repression war vorhersehbar stärker. Sie setzten im gesamten Stadtzentrum Tränengas ein, welches sogar eine der Entbindungsstationen der Stadt erreichte.

Über mehrere Stunden hinweg drängte die Polizei die Demonstrant*innen in der Innenstadt gewaltsam in die umliegenden Stadtviertel. Am Ende der Nacht gab es fast keine Straßen in der Umgebung des Zentrums, die nicht durch eine Art Barrikade, in der Regel Müllcontainer, blockiert waren.

Obwohl erneut die extreme Rechte an der Spitze der Auseinandersetzungen stand, herrschte diesmal eine Atmosphäre weit verbreiteter Revolte. An diesem Abend trafen viele von uns auf Bekannte, die nichts mit den Zusammenstößen zwischen dem rechten Flügel und der Polizei zu tun hatten, die sich aber an der Zerstörung von Eigentum beteiligten.

9. Juli

Der dritte Protesttag in Folge war vor allem durch das gekennzeichnet, was als eine liberale Reaktion auf die Gewalt der vorangegangenen Tage verstanden werden kann. Diesmal galt der Hauptprotestaufruf einem friedlichen Sitzstreik vor dem Parlament. Die von den Organisator*innen geforderte und von mehreren politischen Bewegungen und Parteien unterstützte Idee war, dass das Sit-in zeigen

würde, dass die meisten Protestierenden friedlich waren und keine Gewalt provozieren wollten.

Wieder einmal war der Protest gut besucht, aber es war den Anwesenden nicht ganz klar, was sie über das Hinsetzen und Anprangern von »Gewalt« hinaus erreichen wollten. Einige von uns hörten Kommentare von verschiedenen Leuten, die sich darüber ärgerten, dass ihnen immer wieder in herablassender Weise gesagt wurde, sie sollten sich hinsetzen.

Ironischerweise streichelten einige der Demonstrant*innen die Polizeipferde und umarmten dieselben Polizist*innen, die in den beiden vorangegangenen Nächten Menschen brutal geschlagen hatten. Während es den Demonstrant*innen gelang, die Rechten an den Rand der Demonstration zu drängen, verließen die meisten der dort sitzenden Menschen schließlich die Demonstration, da sie sich auf nichts Konkretes, wie z.B. die Besetzung des zentralen Platzes, einigen konnten. Später kamen einige der Rechtsextremen zurück und sangen die Nationalhymne, begannen Volkstänze zu tanzen und gingen schließlich nach Hause.

10. Juli

Angesichts der Unwirksamkeit der Proteste der vorangegangenen Nächte war nicht klar, was am Freitagabend geschehen würde. Zum ersten Mal wurde ein linker Block sichtbar, der sich aus einigen wenigen linken Gruppen mit Plakaten zusammensetzte, die meist mit einer Kritik am Gesundheitssystem und der Polizeibrutalität in Verbindung standen.

Wieder einmal wurden die kämpferischsten Elemente an der Spitze von rechtsextremen Gruppen dominiert. Diesmal herrschten jedoch Gesänge vor, die nicht ausdrücklich rechtsgerichtet waren. Im Allgemeinen schien die Stimmung zugunsten der Konfrontation zu sein - als die Leute anfingen, Bengalos und Feuerwerkskörper auf das Parlament zu werfen, gab es eine Mischung aus »Buus« und Feiern, aber insgesamt schien es, dass die Leute zustimmten. Die Demonstrant*innen durchbrachen die Polizeilinie die das Parlament verteidigte, um zu den Stufen des Parlaments zu gelangen, wo die Konfrontation schließlich mit Tränengas und Schlägen durch die Polizei endete. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor und löste schließlich die Menge auf.

Der »linke Block« bei den Demonstrationen in Belgrad am 10. Juli. Auf den Transparenten hieß es: »USA, Frankreich, Montenegro, Serbien - Werktätige stehen auf - Polizei tötet« und »Geld für das Gesundheitswesen, nicht für die Polizei«.

11. Juli

Eine rechte Gruppe, in deren Mittelpunkt ein Priester ohne erkennbares Gewand steht, und der sich gerne in der Welt der Verschwörungstheorien bewegt, brachte ein Podium mit einem Soundsystem mit. Als der Priester vor seinen Anhängern thematisch abschweifte, ließen viele Menschen den Protest einfach hinter sich. Als wir gehen wollten, hörte einer von uns jemanden sagen: »Los, lasst uns das Parlament angreifen«.

Später in der Nacht griffen Bereitschaftspolizei und Zivilpolizist*innen mehrere noch am Tatort befindliche Personen, die nicht mit den oben genannten Rechtsextremen in Verbindung standen, brutal an und verhafteten sie.

Von Anfang an wurde die Berichterstattung des Staates, wie auch der politischen Gruppen aller Couleur, von dem Anprangern der von Faschisten in den Straßen verübten »Gewalt« beherrscht, die zur Diskreditierung der Botschaft der meisten Protestierenden führte. Aber was wollen die meisten Protestierenden? Der falsche Umgang mit COVID-19 ist nur ein Symptom für etwas viel Größeres, und die Zusammensetzung der Proteste spiegelt einen repräsentativen Querschnitt der Opposition gegen Aleksandar Vučićs Regime wider.

Der rechte Flügel war da, weil für sie Vučić seine rechtsextremen Wurzeln verraten und das Kosovo »verkauft« hat, indem er für sie zu einer Marionette der Europäischen Union/George Soros/NATO/Immigrant*innen/Reptiloiden oder was auch immer für ein neuer Verschwörungmythos des Monats gerade passt, geworden ist. Für diejenigen, die mit dem Balkan nicht vertraut sind: Aleksandar Vučić verbrachte den größten Teil seiner politischen Karriere in der rechtsextremen Serbischen Radikalen Partei. Während der Auflösung Jugoslawiens war sie eine der virulentesten und völkermörderischsten politischen Bewegungen der damaligen Zeit und für Tausende von Toten verantwortlich. Später wurde Vučić als »moderner, pro-EU«-Politiker neu erfunden. Auf der anderen Seite ist die liberale Opposition gegen das Regime von Vučić, in all den verschiedenen Formen, die sie annimmt, für die Umsetzung der neoliberalen Reformen, die Vučić überhaupt erst an die Macht gebracht haben, weitgehend in Verruf geraten.

Als Anarchist*innen und Antiautoritäre lehnen wir natürlich alle oben genannten Optionen ab. Es scheint so, als würde eine große Anzahl von Demonstrant*innen auf der Straße genauso empfinden. Am ersten und zweiten Tag wurden mehrere Politiker*innen, die aus der Wut der Bevölkerung Kapital schlagen wollten, angegriffen oder sind geflohen. Dazu gehörten ein rechtsextremer Politiker und mehrere andere Oppositionsführer. Ebenso ist der Angriff auf die Symbole der Macht und des Kapitals aus unserer Sicht keine Gewalt. Die Polizei existiert nur, um Institutionen zu schützen; Widerstand gegen sie kann nicht von Natur aus böse sein. Wir lehnen jede Politik ab, die versucht, einen Angriff auf diese Strukturen als inhärent illegitim oder faschistisch zu bezeichnen. Im Fall der jüngsten Ausschreitungen war es die extreme Rechte, die am meisten zum Angriff bereit war. Wir werden niemals ihre Ziele oder Zielsetzungen teilen, noch sollten wir ihre Handlungen fetischisieren, nur weil sie jetzt bereit und verfügbar sind, den Machtstrukturen für ihre eigenen Zwecke entgegenzutreten.

Es wurde viel darüber geredet, dass der Staat Faschisten und Hooligans benutzt, um Gewalt zu provozieren. Es ist

bekannt, dass die extreme Rechte in Serbien ernsthafte Verbindungen zum Staat, zur Polizei und zu den Geheimdiensten hat. Vučić hat sie während ihres Aufstiegs zur Macht und in den 1990er Jahren stark instrumentalisiert. Gab es Agitator*innen in der Menge, die Polizeigewalt angezettelt haben? Wahrscheinlich. In den letzten Tagen haben wir von zahlreichen Beispielen gehört, dass einige der prominentesten rechtsextremen Gruppen (wie Leviathan) mit der Polizei zusammenarbeiten und sogar Menschen in ihrem Namen verhaften und verprügeln. Umso mehr Grund, sie zu bekämpfen - sie sind nur ein weiterer Zweig der Regierung.

Wenn uns die letzten Tage etwas gelehrt haben, dann, dass wir den Faschisten nicht erlauben dürfen, direkte Aktionen zu kapern. Bei den jüngsten Aufständen von Chile bis in die USA haben wir gesehen, dass eine direkte Konfrontation mit dem Staat viel erreichen kann, und wir haben gesehen, wie viel eine Bewegung verlieren kann, wenn sie sich von der Politik der liberalen Seriosität dominieren lässt. Wir wissen, dass die meisten Anarchist*innen, Antiautoritäre und Radikalen zu Hause blieben, als sie sahen, wer an den Demonstrationen teilnahm. Wir wissen auch von Freund*innen und Genoss*innen, die demonstrierten und trotz des Risikos, das dies für sie bedeutete, aktiv agitierten und konfrontierten.

Die extreme Rechte in Belgrad hat viele Verbindungen zu Staat und der Hauptstadtregierung. Viele Faschisten arbeiten als privater Sicherheitsdienst oder besitzen Bars oder andere Unternehmen. Dies hat für viele Menschen eine ungünstige Situation geschaffen, um sich zu zeigen und deutlich zu demonstrieren. Aber wir haben gesehen, dass es ein Streben nach Konfrontation gibt und dass wir einen Raum schaffen müssen, in dem wir uns auf weitere Aktionen vorbereiten können.

Von Anfang an kamen viele Solidaritätsbotschaften aus verschiedenen Ecken des ehemaligen Jugoslawiens. Trotz erheblicher Unterschiede war dies der erste Massenaufstand in der Region seit dem Aufstand von 2014 in Bosnien und Herzegowina. Und da die Proteste in Slowenien immer noch aktiv sind, können wir nur hoffen, dass sich der Aufstand auf dem gesamten Balkan ausbreitet.

Der offensichtliche Konsens zwischen Liberalen und Rechten, dass Gewalt und direkte Aktionen ausschließlich die Domäne der Faschisten sind, ist der schlimmste Aspekt der jüngsten Ereignisse in Belgrad. Dies ist besonders gefährlich, wenn man bedenkt, dass der Staat unweigerlich jede echte Handlung, die ihn bedroht, als gewalttätig proklamiert, ganz gleich, wie gewalttätig diese Handlung tatsächlich ist - und je mehr dieser Diskurs akzeptiert wird, desto mehr ist es dem Staat möglich, Gewalt gegen diejenigen anzuwenden, die er als »gewalttätig« betrachtet. Dies war offensichtlich, als Vučić einen gescheiterten Versuch friedlicher Demonstrant*innen, eine Straße zu blockieren, als »reinen Terrorismus« proklamierte.

Neben der Art und Weise, in der jeder Akt des Ungehorsams und der Ablehnung der Autorität des Staates befreiend wirken kann, war ein weiterer positiver Aspekt dieser Ereignisse, dass die meisten Protestierenden mit Abscheu auf die patriotischen und sexistischen Gesänge der Faschisten reagierten. Dies war etwas, mit dem viele Demonstrant*innen noch nie zuvor direkt konfrontiert worden waren.

Gleichzeitig wäre es für uns eine Katastrophe, wenn sich diese Abscheu mit der Abscheu vor einer »gewalttätigen« Aktion oder einer direkten Aktion als solcher verbinden würde. Es ist klar, dass dies sowohl das Ziel der Regierungspartei als auch der Opposition ist. Die Mitglieder des Regimes konnten ihre Freude darüber, dass die Proteste harmlos wurden, nicht einmal verbergen. Auch die Opposition durfte am Ende an den Protesten teilnehmen. Wenn beide Fraktionen des Staates - diejenigen, die gegenwärtig ein Gewaltmonopol haben, und diejenigen, die es anstreben - über die Übel der Gewalt sprechen, dann fürchten sie in Wirklichkeit, dass sie die Fähigkeit verlieren, uns zu kontrollieren.

Dies zeigt sich in den Versuchen der Opposition, die Kontrolle über die Proteste zu erlangen, sobald sie zur Teilnahme berechtigt waren. Sie fingen sofort an, den Leuten zu sagen, was sie anziehen sollten (z.B. nur weiß) und diktierten, ob sie aufstehen durften oder nicht.

Wir dürfen uns nicht täuschen lassen.
Das müssen wir tun:

1. Wir dürfen nicht zulassen, dass Liberale und Autoritäre direkte Aktionen und die Zerstörung von Eigentum mit Faschismus gleichsetzen.

2. Wir müssen erkennen, dass diejenigen, die sich gegen »Gewalt« aussprechen, uns nur kontrollieren wollen - die Frage der Autonomie, des Unregierbar-Werdens, ist das, was ihnen wirklich Angst macht, nicht die Gewalt selbst.

3. Immer gegen Faschismus kämpfen.

Schließen wir mit den Worten, die Marianne Ivšić, eine ehemalige surrealistische Dichterin aus Belgrad die an der Revolte in Paris im Mai 1968 teilnahm, damals anonym auf ein Plakat schrieb:

»Zu dieser Zeit macht nur die Poesie der Straße Fortschritte. Das Minimalprogramm ist das der Zerstörung: es ist ein politischer Akt par excellence. In ihr gibt es keine Kontrolle, keine Regeln. Revolution kann nur ein Teil des Alltags sein, wenn wir gegen die Faszination der Macht kämpfen wollen… Der Weg zur Entwurzelung des Faschismus und zum Tod Gottes führt uns durch CHAOS«.

Lasst uns zusammenfinden und zusammenschließen!
Autonomie und Solidarität!

CrimethInc

Belarus

Anarchist:innen im Aufstand gegen die Diktatur -ein Interview

Wir befragten Mitglieder des belarussischen anarchistischen Medienkollektivs Pramen und suchten, um eine abgerundete Perspektive zu erhalten, auch Antworten von einem anderen langjährigen belarussischen Anarchisten, der anonym mit uns sprach. In der folgenden Diskussion erkunden diese den Hintergrund der gegenwärtigen Krise, beschreiben, wie Menschen sich unter einer repressiven Diktatur organisieren können, und reflektieren über die möglichen Folgen des Aufstands. Für den 14. August gab es einen Aufruf zu weltweiten Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Aufstandes.

Interview

Gib uns einen kurzen Überblick über die Geschichte der zeitgenössischen anarchistischen Bewegung in Belarus.

Pramen: Wie einige von euch vielleicht gehört haben, wurde die anarchistische Bewegung in der Sowjetunion komplett zerstört. Die Wiedergeburt der Bewegung fand am Ende der Sowjetära statt. In den 1990er Jahren spielten Anarchistinnen und Anarchisten eine wichtige Rolle in bestimmten Graswurzelbewegungen in Bezug auf Ökologie, Arbeitskämpfe und andere Themen. Seitdem haben sich Anarchist:innen in Belarus mit verschiedenen Höhen und Tiefen organisiert. Es gibt mindestens fünf organisierte anarchistische Kollektive – das Anarchist Black Cross, Pramen, Food not Bombs, die Volnaja Dumka-Bibliothek und die Initiative »Really Free Market«. Sie alle erfüllen unterschiedliche Aufgaben innerhalb der Bewegung – von der Anti-Repressionsarbeit bis zur Organisation von Aktionen auf der Straße. Abgesehen von diesen organisierten Gruppen gibt es mehrere bekannte Blogs, die die anarchistische Bewegung unterstützen. Außerdem organisierte eine kleine Gruppe von Aktivist:innen eine Druckkooperative, die seit drei Jahren besteht.

Seit 2017 hat es viele Enttäuschungen gegeben. Damals waren die Erwartungen hoch, da die Dynamik gegen Lukaschenko zunahm. Doch dann wurde der Aufstand zerschlagen, und alle gingen zur Normalität über. Viele Menschen, die im Gefängnis saßen, kamen gebrochen heraus; für viele Anarchist:innen war Normalität nicht möglich, da Razzien, Verhaftungen und psychologischer Druck weitergingen. Einige Aktive mussten das Land aufgrund von Problemen mit dem Staatsapparat verlassen.

Doch trotz der Enttäuschung und dieser harten Schläge organisierten sich Anarchist:innen weiter. Die Bewegung ist überhaupt nicht groß – im ganzen Land gibt es mehr oder weniger 100 organisierte Anarchist:innen. Rechne noch ein paar Hundert Sympathisant:innen hinzu – das ist alles in einem Land mit 10 Millionen Einwohner:innen. Die Ereignisse des Jahres 2017 haben jedoch auch den organisierten liberalen und nationalistischen Gruppen einen Schlag versetzt; sie waren davor nicht stark, und danach haben die meisten Oppositionsparteien alle Straßenaktivitäten eingestellt. Seit 2017 sind Anarchist:innen höchstwahrscheinlich die einzige aktive Kraft, die noch auf den Straßen agitiert. In unserem Kollektiv haben wir Medien- und Agitationsarbeit geleistet. Einige andere Gruppen organisierten öffentliche Veranstaltungen mit antikapitalistischer und antiautoritärer Ausrichtung.

Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass die belarussische anarchistische Bewegung, was den sozialen Kontext betrifft, nicht viele Student:innen umfasst. Sie setzt sich zumeist aus verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse zusammen.

Wie haben sich Anarchist:innen in Belarus trotz der Repression weiter organisiert? Hast du einen Rat für Anarchist:innen in anderen Teilen der Welt, die noch nicht die gleiche Art von Repression erlebt haben – aber vielleicht in den kommenden Jahren erleben werden?

Pramen: Die Anarchist:innen in Belarus haben in den letzten Jahren viele interessante Taktiken angewandt. Zunächst einmal sind die meisten der radikalen Kollektive völlig in den Untergrund gegangen. Niemand darf zum Beispiel wissen, wer Teil unseres Kollektivs ist. Dieselbe Regel gilt auch für andere Gruppen. Wir organisieren bestimmte Aktionen gemeinsam – zum Beispiel die Proteste im Moment – aber alle beteiligen sich auf der Straße als Einzelpersonen oder Bezugsgruppen, nicht in einer Organisationsstruktur. Das macht die Zusammenarbeit zwischen den Gruppen kompliziert, aber es schützt uns davor, in eine Situation zu geraten, in der ein Spitzel in einer Gruppe die Infrastruktur der gesamten Bewegung kennt.

Anarchistische Straßenaktionen haben ein Zeitlimit – die maximale Zeitspanne, die wir haben, bevor die Polizei kommt, beträgt normalerweise etwa 10 – 15 Minuten.

Die Arbeit im Untergrund macht es schwierig, neue Leute in die Bewegung zu integrieren. Deshalb fungieren einige der Gruppen als Einstiegspunkte für Anarchist:innen – z.B. kann jede:r ein Punkkonzert besuchen und dadurch Schritt für Schritt Wege kennenlernen, an der organisierte anarchistische Bewegung teilzunehmen.

Es ist jedoch auch wichtig zu erwähnen, dass bestimmte Leute aus dem Untergrund herauskamen, um als öffentliche Person zu fungieren. Sie geben Interviews, sprechen mit den Medien und machen Youtube-Videos zu verschiedenen Themen. Sie haben zwar von Zeit zu Zeit Probleme mit der Polizei, aber es scheint, dass es bestimmte Dinge gibt, die Menschen immer noch ausdrücken können. Der Aufruf zur Revolution mag problematisch sein, aber der Aufruf zur direkten Demokratie und Dezentralisierung der Macht scheint in Ordnung zu sein.

Die langjährige Existenz des Anarchist Black Cross in Belarus macht einen wichtigen Punkt deutlich: Du kannst dich auf seine Gefährt:innen nicht nur verlassen, wenn du direkte Aktionen machst oder an Protesten teilnimmst,

sondern auch, wenn du hinter Gittern landest. Dies ist ein wichtiger psychologischer Faktor, der die Bewegung stark macht. Natürlich sind sich diejenigen, die sich den Anarchist:innen anschließen, vom ersten Tag an der Möglichkeit der Repression bewusst. Es sind also nicht nur normale Student:innen, die gerade Zeit haben und sich entschlossen haben, sich in die Politik zu begeben. Die Leute sind sich bewusst, dass sie selbst für kleine Dinge ins Gefängnis kommen können. Und sie organisieren ihr Leben entsprechend:

- Du lernst deine Wohnung sauber zu halten, so dass nichts darin gegen dich verwendet werden kann.
- Du lehrst und lernst Sicherheitskultur – sowohl physisch als auch virtuell.
- Du lernst deine Gefährt:innen in schwierigen Situationen kennen, und das schafft Bindungen, die stärker sind als Stahl.

Wie ist die Zusammensetzung der Bewegung um die Wahlen im August in Belarus? Was sind politischen Ambitionen der Teilnehmer:innen? Wie ist das Kräfteverhältnis zwischen diesen?

Pramen: Dieser Wahlgang ist eine Scheiß-Show. Viele Oppositionspolitiker:innen waren sogar gegen den Plan für die Proteste. Sie forderten die Menschen auf, zu Hause zu bleiben und auf einen besseren Zeitpunkt zu warten, um sich zu erheben. Viele aus der älteren Generation wurden angewiesen, zu Hause zu bleiben und keinen Provokationen zu folgen.

Auf der anderen Seite füllte sich das Vakuum, das durch diese politische Entscheidung entstand, mit Bloggern, kleineren Gruppen und Telegrammkanälen. Infolgedessen verlagerte sich die Zuständigkeit von den politischen Parteien auf die Bevölkerung. In diesem Sommer wurde die Bewegung gegen Lukaschenko so massiv, dass die Anarchist:innen nur noch einen winzigen Teil all dessen darstellten, was vor sich ging.

Und was vor sich ging, war nicht mit klaren politischen Forderungen verbunden. Es gab keine politischen oder wirtschaftlichen Plattformen, die um die Wahlen herum aufgebaut wurden und die Privatisierung oder Verstaatlichung oder irgendetwas anderes in der Art forderten. Stattdessen organisierten sich die Menschen gegen die Diktatur, um sie zu stürzen. So einfach ist das. Und dieser einfache Vorstoß hat viele Menschen angezogen. Heute ist die Frustration über Lukaschenko größer denn je. Gegenwärtig ist es keiner politischen Gruppe, Organisation oder Partei gelungen, mit diesem Protest zu Popularität zu gelangen.

Deshalb kann der Aufstand gegen Lukaschenko vorerst noch in jede Richtung gehen, je nachdem, wer auf den Straßen präsent ist.



Gleichzeitig ist es erwähnenswert, dass es auf einigen großen Medienplattformen Forderungen nach direkter Demokratie gibt. Zumindest einige Menschen in Belarus verstehen zwar, dass Lukaschenko ein Diktator ist, aber die Diktatur ist eine komplizierte Maschine. Wenn wir diese Maschine einfach in die Hände eines anderen Präsidenten geben, könnte sich das Szenario einfach wiederholen.

Anonym: Das politische Leben in Belarus ist durch die Jahre der autoritären Herrschaft zerstört worden. Die bestehenden Parteien existieren nur um der Existenz willen – die Menschen kennen sie kaum und vertrauen ihnen nicht. Daher der klassische Witz: Wenn du dich jemals nutzlos fühlst, denk einfach daran, dass es in Belarus einen Ministerpräsidenten gibt. Politische Parteien spielen hier keine Rolle. Reguläre politische Modelle der Entscheidungsfindung funktionieren nicht.

Wahrscheinlich ist eines der Dinge, die die Menschen vereinten und ihnen halfen, eine mächtige Bewegung zu schaffen, der fast unpolitische Charakter dieses Kampfes während der Wahlen. Die Menschen sahen etwas anderes als die üblichen Possen. Tichonowskaja, die Hauptrivalin Lukaschenkos bei dieser Wahl, erschien aus dem Nichts als Hausfrau, die die Nachfolge ihres inhaftierten Mannes antrat und deren einziges politisches Programm darin bestand, ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt als Präsidentin faire Wahlen zu organisieren. Nachdem die Menschen 26 Jahre lang in einem »Sozialstaat« überlebt haben, glauben die Menschen nicht an den Sozialismus. Nach der langen sowjetischen Geschichte und der anhaltenden prokommunistischen Rhetorik im Fernsehen und im täglichen Leben stehen die Menschen dem Kommunismus skeptisch gegenüber. Was die Menschen wollen, ist ein Ende der Jahre der Unterdrückung – sowohl der ideologischen und wirtschaftlichen, aber vor allem der wirtschaftlichen. Politisch engagieren sie sich überhaupt nicht. Es gibt einige politische Akteur:innen im Hintergrund dieser Ereignisse, aber sie sind fast unsichtbar.

Leider können wir fast dasselbe über Anarchist:innen sagen – aufgrund der geringen Zahl von ihnen und der Konzentration auf das Innere der Bewegung können Anarchist:innen diesen Protest nicht wirklich übernehmen und

anführen. Obwohl ich den Beitrag der Anarchist:innen keineswegs unterschätzen möchte – trotz der geringen Zahl haben sie es geschafft, die Proteste durch neue Ansätze und Techniken zu beeinflussen.

Wir haben gehört, dass Anarchist:innen, zumindest einem Reporter von Belsat TV zufolge, bei den Protesten vom 9. August in Minsk eine wichtige Rolle gespielt haben. Stimmt das?

Pramen: Anarchist:innen spielen bei diesen Protesten eine ziemlich wichtige Rolle. Wir sehen organisierte Gruppen, die Barrikaden errichten und versuchen, größere Gruppen von Menschen dazu zu bewegen, sich in der Stadt zu bewegen und gegen die Polizei zu kämpfen, wo es notwendig ist.

Aber selbst das wird überschattet von der Kreativität, die die Bevölkerung auf den Straßen zeigt. Was wir in der anarchistischen Bewegung Affinitätsgruppen nennen, ist etwas, das in der Gesellschaft ganz natürlich existiert – Freund:innen gehen gemeinsam zum Protest, und ziemlich oft sprechen sie vorher darüber, was sie tun sollen. So sieht man auf den Barrikaden, die gegen die Bullen kämpfen, viele junge Leute, die keiner politischen Strömung angehören.



Was die Strategie betrifft… Das Hauptziel ist sehr einfach – den Diktator zu stürzen. Durch die Teilnahme an den Protesten sollen die Ideen der horizontalen Organisation und der Dezentralisierung verbreitet werden. Sogar während der Zusammenstöße verteilen die Menschen immer noch die Flugblätter an die Demonstrant:innen im hinteren Teil der Menge. Es wird geglaubt, dass, wenn es den Menschen gelingt, Lukaschenko ohne Politiker:innen und große Führer zu stürzen, dies den autoritären Tendenzen im Land einen mächtigen Schlag versetzen wird. Es wird auch der Selbstorganisation und Solidarität in dieser Gesellschaft einen enormen Auftrieb geben.

Jede:r versteht, dass diese Revolution keine libertäre sein wird. Wir werden nicht in der Lage sein, den Staat zu Fall zu bringen. Als Anarchist:innen können wir jedoch versuchen, unsere Ideen so stark wie möglich durchzusetzen, um auf der anderen Seite mit mehr Schwung in Richtung Freiheit herauszukommen.

Was sind die verschiedenen Szenarien, wie dieser Showdown zwischen Lukaschenko und den Protestierenden verlaufen könnte?

Pramen: Wir hoffen nur auf ein Szenario – dass Lukaschenko erledigt ist. Je nach dem Grad der Gewalt könnte er getötet werden, oder man könnte ihm einfach den Schnurrbart abrasieren. Oder er könnte fliehen – das ist den meisten seiner Freunde aus dem Ostblock passiert, die gestürzt wurden. Das ist das Szenario, für das wir alle kämpfen.

Es gibt noch ein anderes Szenario: Lukaschenko bleibt. In diesem Fall wird es massive Repressionen geben, nachdem die Proteste nachgelassen haben. Hunderte von Menschen werden strafrechtlich verfolgt und zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt werden. Die Liste der politischen Gefangenen wird sehr schnell anwachsen. Anarchist:innen werden mit Sicherheit darauf stehen.

Die Repression wird jedes politische Leben im Land zerstören. Alles, was eine Bedrohung für die Regierung darstellen kann, wird zerstört werden. Es ist nicht klar, ob die anarchistische Bewegung diese Repression überleben wird, da die meisten Gruppen tatsächlich vollständig betroffen sein werden.

Der Zusammenbruch der Bewegung wird die belarussische Gesellschaft in den Niedergang stürzen. Viele Menschen werden mit Sicherheit aus dem Land fliehen. Wenn es keinen politischen und sozialen Druck gibt, wird die Wirtschaftskrise das Einkommen der Menschen sinken lassen und die arbeitende Bevölkerung vor neue Herausforderungen stellen.

Aber wir wollen nicht über das Worst-Case-Szenario nachdenken, denn wir kämpfen für das Best-Case-Szenario – und wir alle wissen, dass es keinen Weg zurück gibt.

Wie wird sich der Weggang von Tichanouskaya auf die Bewegung auswirken?

Anonym: Die Menschen kämpfen meist für sich selbst, für ihre Freiheit und ihr Leben. Manche betrachten Tichanouskaya immer noch als eine Präsidentin im Exil. Manche haben sich nie wirklich darum gekümmert. Was allen im Moment am meisten am Herzen liegt, ist das Schicksal der Gefangenen und die Verantwortung, den Kampf für diejenigen weiterzuführen, die ihr Leben oder ihre Gesundheit geopfert haben. Alles hängt also vom Geist der Menschen ab, glaube ich – davon, ob sie bereit sind, den Kampf trotz aller Gewalt und Grausamkeit, die sie jetzt erleben, weiterzuführen.

Wir haben gesehen, dass Russland Lukaschenko in dieser Situation nicht vorbehaltlos unterstützt hat. Wie seht ihr Putins Strategie hier? Welche Folgen hätte es für Russland

und andere Länder der Region, wenn die Demonstrant:innen Lukaschenko von der Macht verdrängen würden?

Pramen: Es ist nicht klar, was in Putins Kopf vor sich geht. Es könnte sein, dass er nur darauf wartet, dass Lukaschenko schwächer wird, um eine Vereinbarung zu treffen, die Belarus zu einer Art Vasallenstaat machen würde. Gleichzeitig ist Putin sehr enttäuscht über die Geschehnisse in der Ukraine und in Syrien – die Pläne seiner politischen Analysten funktionieren nicht so, wie er es erwartet hat. Letzten Endes hindert ihn nichts daran, die russische Armee in Belarus einmarschieren zu lassen und zu verkünden, dass es zu Russland gehört.

Putin spielt seit langem mit Lukaschenko mit dem Ziel, Belarus wieder in den russischen Staat zu integrieren. Das hat nie geklappt, also könnte es sein, dass es eine politische Entscheidung gibt, Lukaschenko nicht zu unterstützen, sondern zu versuchen, die Ereignisse geschickt zu steuern. Wenn Putin Lukaschenko mit allem, was er hat, unterstützt und Lukaschenko trotzdem verliert, wird sich die belarussische Gesellschaft im Augenblick völlig gegen Moskau wenden. Daher könnte es für Putin eine gute Taktik sein, Distanz zu wahren, bis die Dinge klarer sind.

Anonym: Putin war einer der ersten, der Lukaschenko zu seinem Sieg gratulierte und die Ergebnisse der Wahlen bestätigte. In seiner Botschaft rief er dazu auf, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu verstärken. Lukaschenkos Position ist im Moment sehr schwach. Mit der Brutalität, mit der er bei den Wahlen vorgegangen ist, hat er jegliche Unterstützung und diplomatischen Druckmittel gegenüber der Europäischen Union verloren. Jetzt braucht er die Unterstützung seines großen östlichen Bruders. Dies ist eine sehr günstige Situation für Russland. Ohne weitere Kosten kann Russland seinen Einfluss auf Belarus ausdehnen. Es scheint möglich, dass Putin alles tun wird, um Lukaschenko an der Macht zu halten, einschließlich der Entsendung von Streitkräften zur Niederschlagung der Proteste.

Wenn Lukaschenko durch die Proteste von der Macht gedrängt wird, gibt es gleichzeitig zu viele Faktoren, als dass man sie für Prognosen in Betracht ziehen könnte. Das Szenario variiert von militärischer Intervention und Invasion bis hin zu Russland, das die neue Situation in Belarus anerkennt, ohne einzugreifen.

Gibt es etwas, was ihr den selbsternannten »Antiimperialisten« im Westen, die Lukaschenko unterstützen, sagen möchtet?

Pramen: Nun… es könnte eine lange Antwort geben. Wir könnten zum Beispiel erklären, dass Lukaschenko Teil des imperialistischen russischen Projekts in dieser Region ist. Er wird von Moskau wegen seiner Loyalität zum Kreml unterstützt – und es ist nichts »Antiimperialistisches« an einem Präsidenten, der durch den Willen des Imperiums an der Macht ist, das die Macht in der Region innehat. Ich glaube, dass die Art von Kritiker:innen, die du beschreibst, auch die sozialen Leistungen lieben, die der Staat angeblich in Belarus anbietet. Wenn du jedoch Nachforschungen anstellst, wirst du feststellen, dass Lukaschenko in Wirklichkeit derjenige ist, der seit Jahren Sozialprogramme in diesem Land zerstört und gleichzeitig die Menschen daran hindert, sich in irgendeiner Form selbst zu organisieren. Wir könnten die Dinge stundenlang weiter erklären.

Aber weißt du was? Autoritäre Linke hören keine Argumente. Sie sind Gläubige. Sie glauben an ihre »Wahrheit« genauso, wie manche Menschen an eine Religion glauben. Egal, wie viele gute Argumente du einbringen könntest, sie werden ihre ursprüngliche Position beibehalten.

Wir können also zur kurzen Antwort übergehen: »Go fuck yourself!« Aber ihr könnt auch konstruktivere Dinge auf unserer Website lesen :)

Anonym: Wenn Lukaschenko die Chance hätte, würde er sein eigenes Imperium aufbauen. Wenn du seine Reden verstehen könntest, würdest du erkennen, dass er an Größenwahn leidet – oder »leidet« ist wahrscheinlich das falsche Wort, denn er genießt ihn. An dieser politischen Figur ist in keiner Weise etwas Antiimperialistisches.

Wir haben von einigen »Antiimperialist:innen« gehört, die behaupten, die Bewegung in Belarus bestehe aus Faschist:innen. Es gibt Behauptungen, dass zum Beispiel die Fahne, die viele Demonstrant:innen schwenken, mit der Besetzung von Belarus durch die Nazis in Verbindung gebracht wird.

Anonym: Die erste dokumentierte Verwendung der weiß-rot-weißen (WRW) Flagge geht auf das vierzehnte Jahrhundert zurück. Sie wird heute als Symbol der belarussischen Selbstbestimmung im Gegensatz zur modernen Staatsflagge und im Gegensatz zu Lukaschenkos Belarus verwendet, da Lukaschenko derjenige war, der die heutige offizielle Flagge von Belarus angeordnet hatte.

Ich verstehe, woher das Argument kommt, das die Flagge mit Nazis in Verbindung bringt. Es gab eine sehr komplizierte Situation während der Besetzung von Belarus durch deutsche Faschist:innen im Zweiten Weltkrieg. Belarus wurde damals stark von der sowjetischen Regierung unterdrückt, die versuchte, die belarussische nationale Identität zu zerstören. Zum Beispiel führte die Sowjetregierung 1933 eine brutale und ungerechtfertigte Reform der belarussischen Sprache durch, bei der das Alphabet vom Lateinischen (ein Alphabet, das dem Polnischen sehr ähnlich ist) in das Kyrillische umgewandelt wurde. Viele Menschen erlebten Repressionen. Unter diesen Bedingungen, als sich die deutsche Armee näherte und die sowjetische Regierung in Panik evakuiert wurde, versuchten einige Menschen, einen so genannten belarussischen Zentralrat zu schaffen. Sie waren Kollaborateur:innen, obwohl ihre Motive nicht darin bestanden, die deutschen Nazis zu unterstützen und willkommen zu heißen, sondern die Chance zu ergreifen, eine national souveräne Einheit zu schaffen. Der Rat existierte weniger als zwei Jahre lang. Menschen, die heute die WRW-Flagge führen, sind sich dieser historischen Ereignisse oft gar nicht bewusst. Die WRW-Flagge ist eine Nationalflagge, die im Laufe der Geschichte

zu verschiedenen Zeiten der Unterdrückung durch viele Revolutionär:innen verwendet wurde und im Bewusstsein der belarussischen Bevölkerung nichts mit deutschen Nazis zu tun hat.

Ich würde eine Parallele zu Kurdistan ziehen. Es gibt die Staatsflagge Syriens und das syrische Regime – und es gibt die Flagge Kurdistans. Genauso haben wir die Staatsflagge von Lukaschenko – die nur während seiner Präsidentschaft verwendet wurde, so dass die Menschen es vermeiden, sie zu benutzen, besonders in diesem Kampf, in dem sich alles darum dreht, ihn abzusetzen – und die nationale und historische Flagge, die weiß-rot-weiß ist.

Sicherlich gibt es bei den Demonstrationen Menschen mit einer Vielzahl unterschiedlicher politischer Ansichten. Die meisten von ihnen definieren sich überhaupt nicht politisch. Wenn Bergarbeiter:innen in den Streik treten, weil sie mit der korrupten Staatsregierung und der Ausbeutung, in die ihre Chefs verwickelt sind, nicht einverstanden sind, versuchen wir dann, ihre genaue politische Identität als Kommunist:innen, Anarchist:innen oder Liberale zu bestimmen? Der Versuch, diese riesige Menschenmenge von Hunderttausenden von Menschen zu definieren, die im letzten Vierteljahrhundert unter Erniedrigung, Ausbeutung und Unterdrückung gelitten haben, erscheint mir lächerlich. Für mich gibt es einen offensichtlichen Faschisten: Lukaschenko.

Was können Anarchist:innen in anderen Teilen der Welt tun, um Gefährt:innen in Belarus zu unterstützen? Gibt es konkrete Strukturen, um diejenigen zu unterstützen, die jetzt Repressionen ausgesetzt sind? Gibt es Druckpunkte, auf die sich die internationale Solidarität konzentrieren könnte?

Pramen: Solidaritätsaktionen durchführen. Viele Solidaritätsaktionen. Schickt uns Bilder von euren Solidaritätsaktionen. Die Unterstützung von außen inspiriert nicht nur die Herzen der Anarchist:innen, sondern die Herzen aller Menschen auf der Straße. Die Menschen sehen, dass sie nicht allein sind. Nachdem du diesen Text gelesen hast, mal einfach ein ganz einfaches Transparent, versammel dich mit Freund:innen und mache ein Foto. Das wird höchstens ein paar Stunden dauern.

Wenn ihr mehr Zeit und Energie habt, seid kreativ. Belarus ist ein kapitalistischer Staat. Es gibt eine Menge Botschaften und andere Punkte, die den belarussischen Staat repräsentieren. Im Jahr 2010 besetzten in Russland einige wagemutige Anarchist:innen die belarussische Botschaft. Das kann eine der Ideen sein, die auf dem Tisch liegen. Seid kreativ – und durch eure Kreativität werden wir wissen, dass ihr in eurer Solidarität ehrlich seid!



Und wenn du technisch versiert bist, fang an, uns bei Problemen mit dem Internet zu helfen. In Belarus haben heutzutage Menschen mit Geld leichteren Zugang zum Internet als Basisaktivist:innen. Kostenlose VPN- und andere Lösungen funktionieren nicht, und wir brauchen dabei viel Hilfe, da der Mangel an Internet uns große organisatorischen Möglichkeiten nimmt.

Anonym: Obwohl kaum realistisch, wäre es die beste Unterstützung, zu kommen und durch direkte Teilnahme an den Protesten zu unterstützen. Wir brauchen mutige und entschlossene Menschen an unserer Seite. Ein anderer Weg ist der Austausch von Erfahrungen und Ideen mit den Protestierenden – wir brauchen eure Phantasie und Kreativität!

Wir brauchen auch informationelle Unterstützung – viele Menschen wissen nicht viel über Belarus und die reale Situation hier. Die Realität, die Mentalität und die Denkweise sind im postsowjetischen Kontext, der den Kampf hier prägt, anders. Sehr oft verstehen die Menschen die Unterschiede zwischen dem politischen Leben hier und im Westen nicht.

Nicht zuletzt könntet ihr Massenproteste in euren eigenen Ländern organisieren. Wir sind alle miteinander verbunden. Was wir zu jedem Zeitpunkt vor allem brauchen, ist ein weltweiter Kampf.

Du kannst auch durch das Anarchist Black Cross Belarus. unterstützen. Bitte listet die Websiten und Social Media-Accounts auf, die die Menschen verfolgen sollten, um verlässliche Nachrichten über Ereignisse in Belarus zu erhalten, insbesondere aus antiautoritärer Perspektive.

Pramen: Websites zum folgen:

pramen.io - Anarchistisches Medienkollektiv
abc-belarus.org - Anarchist Black Cross Belarus

In beiden Fällen wird auch auf Englisch geschrieben; andere Kollektive schreiben in sozialen Netzwerken nur auf Russisch. Auf diesen Websites findet ihr Links zur Präsenz in sozialen Netzwerken. Wir tun unser Bestes, um die Leute auf dem Laufenden zu halten!

Was Privatpersonen betrifft, so könnt ihr @bad_immigrant auf Twitter oder chaos.social mastodon instance folgen. Er twittert gerade auf Englisch über die Situation.

Folgt dem Hashtag #belarus in den sozialen Netzwerken.

Übersetzt russische Texte mit https://www.deepl.com/translator – da werdet ihr auch lesbare Ergebnisse erhalten.

Spendet für ABC-Belarus, denn es wurden bereits über 5000 Menschen inhaftiert und keine:r weiß, wie viele es bald noch mehr sein werden.

Und hoffen wir, dass in ein paar Tagen Lukaschenko fällt und es ein riesiges Fest geben wird, auf dem wir unserer Toten gedenken und die Lebenden feiern werden!

Wir sehen uns auf den Barrikaden, Gefährt:innen!

Anonym: Im Moment gibt es auch viele Telegrammkanäle, auf denen Menschen in Echtzeit Videos und Fotos vom Schauplatz der täglichen Proteste einstellen. Das sind keine anarchistischen Räume, aber sie können dazu beitragen, ein allgemeines Bild davon zu vermitteln, was gerade auf den Straßen vor sich geht:

https://t.me/nexta_live
https://t.me/belteanews
https://t.me/belamova

Quelle: crimethinc

Die Wahrheit wird uns nicht davonlaufen!

Jan (Johannes) Pietsch (Solingen, Schützenstr. 60) war 10 Jahre lang V-Mann des Verfassungsschutz NRW in der linken Szene in Wuppertal und Solingen

Wir möchten unsere Genoss*innen und Mitstreiter*innen der neunziger Jahre, die in Hoyerswerda, Mölln, Rostock und Solingen und vor den Wuppertaler Flüchtlingsheimen mit uns gegen alte und neue Nazis auf den Straßen waren, die in vielen Initiativen mit uns z.B. bei der Bundestagsblockade 1993 in Bonn oder im Wanderkirchenasyl für das Bleiberecht aller Flüchtlinge und gegen den staatlichen Rassismus gestritten haben und natürlich die mit uns im Wendland und in Ahaus gegen die Atomtransporte auf der Straße und in den Wäldern aktiv waren, über den V-Mann Jan Pietsch informieren.

Wir müssen euch mitteilen, dass Jan (Johannes) Pietsch als V-Mann des Verfassungsschutzes von Juni 1989 an bis Ende Januar 1999 auf unsere Strukturen in Wuppertal und seit dem Solinger Brandanschlag vom 29. Mai 1993 auch auf die linken Strukturen in Solingen angesetzt war. Er hat für den VS-NRW und den Wuppertaler Staatsschutz spioniert. Er hat sich 10 Jahre lang in zahlreiche politische Strukturen, persönliche Beziehungen und sogar in Familien eingeschlichen und die persönlichsten Lebensgeschichten der politisch engagierten Menschen in unserer Region in zahllosen Einzelfällen an den VS verraten. Mit wechselnden Aufträgen hat er uns als Spitzel im Auftrag des Staates willkürlich ausgekundschaftet und beschlichen, behorcht und belauert, beschattet und beschissen.

Die wirkliche Dimension und die persönlichen und politischen Folgen seiner fast 10-jährigen Infiltration der linken Szene sind natürlich noch nicht wirklich einzuschätzen, da wir mit unseren Recherchen erst ganz am Anfang stehen.

Warum wir Jan Pietsch jetzt öffentlich enttarnen.

Wir haben uns entschieden, seine Geschichte jetzt öffentlich zu machen, weil sich Jan Pietsch am 24. Mai 2020 einer mit ihm fest vereinbarten Befragung entzogen hat. Wir wollten von ihm persönlich die operativen Details seiner 10-jährigen V-Mann-Tätigkeit erfahren: Auf wen war er angesetzt? Wen und welche Aktivitäten hat er verraten? Wer sind seine Führungsoffiziere? (und natürlich viele Fragen mehr)

Stattdessen hat er es vorgezogen am 22. Mai 2020 gemeinsam mit einem Journalisten aus Frankfurt ein Interview zu veröffentlichen, in dem der V-Mann selbst Nebelkerzen auf seine operativen Tätigkeiten in Solingen wirft, wichtige, ihn selbst hoch belastende Details verschweigt, einen

Aktivisten noch in seine schmutzige Tätigkeit hineinziehen will und sich dann auch noch als Kritiker eines „intransparenten“ VS ausgibt.

Wir kennen die V-Mann-Tätigkeit von Jan Pietsch leider erst seit April 2020.

Die Sache selbst ist zwei Journalisten aus Frankfurt und Berlin seit Sommer 2017 bzw. 2018 bekannt. Zu diesem Zeitpunkt hat Jan Pietsch angeblich über seine Therapeutin Kontakt zu dem Journalisten aus Frankfurt hergestellt und seine „Lebensbeichte“ vorgetragen. Dann hat der Journalist Kontakt zu einem ARD-Journalisten aus Berlin aufgenommen, der Jan Pietsch ebenfalls persönlich getroffen und für eine ARD-Dokumentation ausführlich vor der Kamera interviewt und auch in Solingen an vermeintlichen Tatorten gefilmt hat.

Die beiden Journalisten haben es fast drei Jahre nicht für nötig befunden, die von der Bespitzelung und dem Verrat Betroffenen aus Wuppertal und Solingen zu informieren, obwohl beide Journalisten aus der linken Szene stammen und sie leicht Kontakt hätten aufnehmen können. Sie

schienen auch „fachlich“ nicht an einer fundierten Gegenrecherche in Zusammenarbeit mit den Betroffenen interessiert gewesen zu sein. Uns ist völlig schleierhaft, wie sie die Geschichten von Jan Pietsch, dem notorischen Lügner und Verräter überhaupt von außen richtig einordnenund

bewerten können ohne die lokalen Begebenheiten ansatzweise zu kennen.

Erst als die Zeit für eine „journalistische Verwertung“ reif schien, wurden wir als Betroffene interessant.

Der eine Journalist aus Frankfurt hatte den V-Mann Pietsch ausführlich schriftlich interviewt und plante eine Veröffentlichung auf seinem Blog und eine spätere Buchveröffentlichung. Erst Mitte April 2020 wurde uns ein 29 seitiges - stark bearbeitetes - schriftliches Interview zugänglich gemacht. Wie wir heute nach der Veröffentlichung auf den „Nachdenkseiten“ wissen, gibt es weitere Interview-Teile, die uns der Journalist nicht zugänglich gemacht hat.

Der ARD-Journalist bereitet einen Dokumentarfilm über den Fall Pietsch vor. Er kontaktierte nun Leute aus der linken Szene und wollte für seinen TV-Beitrag gerne „Originaltöne“ der Betroffenen einsammeln. Er weigerte sich aber, vorher offenzulegen, was Jan Pietsch denn vor laufender Kamera über unsere politische und persönliche Geschichte erzählt hat.

Wir finden den Umgang der beiden (linken) Journalisten mit uns Betroffenen unterirdisch und übergriffig. Daher warnen wir nochmal ausdrücklich davor, sich auf eine Zusammenarbeit mit ihnen einzulassen. Wir warnen vor allem alle die Leute, die meinen, an der Fernsehproduktion mitwirken zu müssen. Anna und Arthur vertrauen nicht auf angebliche Verjährungsfristen und halten auch im Fernsehen das Maul! Gefährdet nicht euch und auch nicht andere Mitstreiter*innen!

Wer denkt, alle (angeblichen) Straftaten wären längst verjährt, der täuscht sich: Bei bestimmten Straftaten kann die Verjährungsfrist auf 40 Jahre steigen. Die Verjährungsfristen können von Justiz und VS nach Bedarf z.B. durch Verjährungsunterbrechungen verlängert werden.

Jan Pietschs Spitzel-Karriere

Die folgende Zusammenfassung basiert auf unseren eigenen Erinnerungen und vielen Gesprächen mit damals aktiven Menschen. Wir haben in den letzten Wochen möglichst viele Betroffene aufgesucht und informiert, damit sie nicht von einem Fernsehfilm über Jan Pietsch überrascht werden. Wir haben zudem Dokumente, Flugblätter, Gerichtsakten und Fotos gesichtet. Darüber hinaus haben wir das 29-seitige Interview mit Pietsch, den Artikel auf den www.nachdenkseiten.de und einen 2 Jahre alten Text von Pietsch zu seinen „Zielen“ ausgewertet. Hinzu kamen Informationsbröckchen, die uns der Spitzel und die beiden Journalisten zugeworfen haben, damit wir uns an ihrer medialen Verwertung unserer Geschichte beteiligen.

Nach eigenen Angaben hat sich Pietsch in den Tagen der besetzten Muno-Fabrik im Juni 1989 zunächst dem Wuppertaler Staatsschutz und später dem VS NRW angedient. Pietsch war als Nachbar des frisch besetzten Autonomen Zentrums wie viele andere Interessierte in den Genuss einer Hausführung gekommen. Er nutzte den Rundgang für ein anschließendes Telefonat mit dem Leiter des Wuppertaler Staatsschutzes und versuchte sich selbst an einer logistischen Beratung für eine polizeiliche Räumung. Der Staatsschutz war begeistert über soviel freiwillige Denunziationsbereitschaft und vermittelte Jan Pietsch an den VS NRW. 1990/1991 wurde Pietsch zum regulären V-Mann des VS NRW ernannt.

Bis zu dreimal wöchentlich traf sich der Spitzel mit seinen Führungsoffizieren. Nach eigenen Angaben bekam der Spitzel ein Gehalt von 3.000 DM monatlich. Zum Vergleich: Der langjährige Solinger NPD-Funktionär und V-Mann des VS NRW Wolfgang Frenz bekam „nur“ 1000 DM. V-Mann Bernd Schmitt musste sich sogar mit 400 DM begnügen.

Pietsch war zunächst auf Personen angesetzt, die der Verfassungsschutz für „Sympathisanten der RAF“ hielt und die z.T. Kontakt zu inhaftierten RAF-Gefangenen hatten. Diese Personen sollten dann Jan Pietsch zu Erddepots der RAF mit Waffen und Geld führen...

Zentral für den Geheimdienst war auch das Ausspionieren des Wuppertaler Infoladens in der Brunnenstraße. Hier erhoffte man sich die Kontrolle über eingehende Bekennerschreiben und Hinweise auf die Vertriebswege der Zeitschrift „Radikal“. Das dritte Operationsziel waren angebliche Rädelsführer der autonomen und antifaschistischen Szene. Für alle drei Zielgruppen wurden Jan Pietsch Namen und Wohnadressen genannt und er wurde beauftragt Kontakt zu diesem Personenkreis herzustellen. Leider mit Erfolg.

Jan Pietsch war ein spezieller Typ. Er war sehr hilfsbereit und war einfach anders als wir. Er sah nicht so aus wie der Szene-Durchschnitt, war sehr auf sein Äußeres bedacht und liebte sogar schnelle Autos. Mit seiner hellbraunen Lederjacke sah er aus wie ein Bilderbuch-Zivi. Auf unzähligen auswärtigen Demos mussten wir ihn vor den misstrauischen Mitdemonstrant*innen „retten“. Dieses „Anderssein“ war seine Eintrittskarte in die linke Szene.

Er „freundete“ sich 1990/1991 auftragsgemäß mit Personen an, die zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen arbeiteten. Es folgten die ersten gemeinsamen Transparent- und Flugblattaktionen zu Hungerstreiks und erkrankten politischen Gefangenen. 1992 fuhr Pietsch gemeinsam mit einem „Zusammenhang“ auf die Demos gegen den (kleinen) Weltwirtschaftsgipfel in Münster.

Pietsch saß ab mindestens 1992 im Infoladen und konnte u.a. interessante Post für die Antifa und die autonome Szene abfangen. Im Autonomen Zentrum saß er seit 1992 hinter der Theke. In dieser Zeit hatte sich Pietsch auch in AZ-Kreisen als Homosexueller geoutet. Später organisierte er den GAYDAY, eine Partyreihe im AZ mit.

Nach seinen eigenen Schilderungen war V-Mann Pietsch bis 1999 an der Durchführung von militanten Aktionen unmittelbar beteiligt. Obwohl die damalige VS-Spitze in NRW Fritz-Achim Baumann am 10. Juni 1994 in der FAZ mit Bezug auf V-Mann Bernd Schmitt beteuerte, „dass die Straftaten eines V-Manns weder gebilligt noch gedeckt würden."

Geplante Aktionen gegen Nazifunktionäre und Nazistrukturen hat Pietsch mitvorbereitet und anschließend seinem Führungsoffizier verraten. Ein Teil der antifaschistischen Aktionen fand dann unter der direkten Kontrolle des VS statt. Der VS hatte z.B. bei einer Aktion in „Tatortnähe" ein Fahrzeug zwecks Dokumentation der Aktion abgeparkt.

Pikant ist auch, dass Pietsch nach eigener Schilderung an einem Anschlag auf den NPD-Funktionär Wolfgang Frenz teilgenommen hat, der wie Pietsch als V-Mann auf der Gehaltsliste des VS NRW stand. Auch am Einbruch beim Nazi-Musik Versandhändler Thorsten Lemmer war Pietsch beteiligt. U.a. konnte eine Kundenkartei des Naziversands mitgenommen werden. Als die beschlagnahmte Versandkartei in die Hände von auswärtigen Antifaschist*innen zu fallen drohte, ließ Pietsch das Versteck von der Polizei durchsuchen und die Nazikartei beschlagnahmen.

Einsatz in Solingen

Ende Mai 1993 nahm Jan Pietschs V-Mann-Karriere eine neue und entscheidende Wende. Nach dem Brandanschlag von Solingen am 29. Mai 1993 wurde er von seinen Führungsoffizieren zum Spitzeleinsatz nach Solingen beordert. Sein erster und wichtigster Auftrag: Er sollte die Enttarnung des V-Mann Bernd Schmitt behindern.

Nur wenige Tage nach dem Brandanschlag saß der V-Mann Pietsch schon mit einer Solinger Antifaschistin zusammen im Auto, um Bernd Schmitts Kampfsportschule Hak Pao in Solingen-Gräfrath zu observieren. Das war aber erst der Anfang von Pietschs Tätigkeit in Solingen. Innerhalb kürzester Zeit gelang es Pietsch in interne Gruppenzusammenhänge der Solinger linken Szene vorzudringen.

In dem Interview auf den www.nachdenkseiten.de, veröffentlicht am 22.5.2020, darf der Spitzel unhinterfragt seine Version präsentieren:

[Frage]: „Ist es richtig, dass Sie nach dem Mordanschlag in Solingen Ihren Schwerpunkt verändert haben, also nicht mehr Wuppertal, sondern Solingen? Hat der V-Mann-Führer „Hans" Sie dafür instruiert?

[Pietsch]: Bedingt durch den Kontakt zu der Solinger Szene, die entstandenen Freundschaften und die Widersprüche, die ich verarbeiten (verdrängen) musste, fühlte ich mich bei dem Personenkreis in Solingen wohl. Nach dem Brandanschlag war es das Ziel des Verfassungsschutzes, auch die Gewaltbereitschaft der Solinger Szene im Auge zu behalten. Ich switschte zwischen Solingen und Wuppertal, je nach Veranstaltung, Demo und Anlass.

[Frage]: Sollten Sie sich in die dortige Antifa-Szene einschleusen, um herauszubekommen, was die über die Kampfsportschule weiß, was die Antifa unternehmen will, um die Morde und die Hintergründe aufzuklären?

[Pietsch]: Ein Einschleusen war nicht erforderlich. Ich hatte ja bereits das Vertrauen zu diesen Kreisen. Ja, ich wurde instruiert, kann mich aber im Detail nicht mehr erinnern. In Solingen war es eher der Fall, dass Tatsachen/Gerüchte/Aktionen, die Bernd Schmitt betreffen können, umgehend von mir erfasst wurden, um diese intern im Ministerium zu besprechen. [...]

[Frage]: Sie haben als autonomer Aktivist die Kampfsportschule beobachtet, also observiert. Warum? Und waren Sie dabei alleine?

[Pietsch]: Die Autonomen (insbesondere die Antifa) wusste, nennen wir es aus „ihren" Quellen, dass Bernd Schmitt, „gute" Kontakte zu seinen Vorteilen, zum hiesigen Staatsschutz gehalten hat. Um dieses mit Fakten zu belegen und in der Öffentlichkeit ein Ohr zu bekommen, habe ich zusammen mit einer weiteren Person aus der Szene, die Kampfsportschule observiert.[...]

Diese Observierung habe ich über 20 Jahre verdrängt. Erst im Rahmen des 25. jährigen Gedenktages wurde dieses Thema angesprochen und bei mir kamen die ersten Erinnerungen an diese Aktion wieder hoch. […] Ich und eine Freundin aus der Szene haben die Kampfsportschule unmittelbar nach dem Brandanschlag observiert. […] Dabei beobachteten wir, wie seine Lebensgefährtin und eine weitere Person mehrere Kisten mit Akten aus der Kampfsportschule getragen haben, kurz vor der stattgefundenen Hausdurchsuchung. Wir haben das Fahrzeug bis in ein Parkhaus in der Solinger Innenstadt verfolgt, es aber nach Einfahrt in das Parkhaus verloren."

Das sind offensichtliche Lügen von Pietsch. Sein erster Auftrag war eindeutig. Er sollte aufpassen, dass die V-Mann-Tätigkeit von Bernd Schmitt nicht vorzeitig von der autonomen und antifaschistischen Szene aufgedeckt wird.

Pietsch räumt in seinem ausführlichen Interview selbst ein, dass er über die Tätigkeit von Bernd Schmitt als V-Mann schon vor Schmitts Enttarnung informiert war. Deswegen saß er bei der Antifa-Observierung der Sportschule Hak Pao nicht, wie er im Interview ausführt, als Antifaschist im Auto, sondern als V-Mann des VS. Und er verlor auch nicht zufällig den Wagen mit den 50.000 Blatt-Unterlagen von Bernd Schmitt aus dem Blick, sondern informierte noch während der Autoverfolgung seine Dienstvorgesetzten.

Diese 50.000 Blatt mit Namensdossiers, der Mitgliederkartei des Deutschen Hochleistungskampfkunstverbands DHKKV, einem Grundrissplan vom AZ Wuppertal etc. wurden dann erst am 31. Dezember 1993 von der Polizei im Keller des Vaters von Bernd Schmitts Lebensgefährtin „wiedergefunden". Im Januar 1994 durfte der VS, so der offizielle Neusel-Bericht, die Unterlagen im Wuppertaler Polizeipräsidium exklusiv auswerten.

Während dessen verstärkte sich in Wuppertal die Gefahr für den VS, dass Bernd Schmitt vorzeitig enttarnt wurde. Schmitt hatte noch drei Wochen vor dem Solinger Brandanschlag am 8. Mai 1993 einen Infostand der Republikaner in Wuppertal-Ronsdorf mit seinen Schlägern geschützt. Als Antifaschist*innen gegen den Infostand vorgingen, wurden sie von Hak Pao-Leuten und Zivilpolizisten angriffen und festgehalten. Gegen drei Antifaschist*innen wurden Strafanzeigen wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung gestellt. Bei den Ermittlungen „vergaßen“ die

Wuppertaler Staatsschützer aber die Anwesenheit und aktive Beteiligung von Bernd Schmitts Hak Pao-Schlägern zu erwähnen. Als unmittelbar nach dem Solinger Brandanschlag die Rolle von Bernd Schmitt und von Hak Pao öffentlich hinterfragt wurde, wurde das geplante Strafverfahren gegendie drei Antifaschist*innen zu einer Gefahr für den VS. Das erfuhr auch Jan Pietsch, er war mit einem der Angeklagten enger „befreundet“. Als zu Prozessbeginn am 3. Dezember 1993 die Rechtsanwälte der Antifas die Ladung von Bernd Schmitt beantragten und gleichzeitig noch eine Zeugin vorweisen konnten, die Schmitt am 8. Mai 1993 in Ronsdorf gesehen hatte, brach die Anklage zusammen. Das Gericht „verzichtete“ auf die Befragung von Bernd Schmitt und notgedrungen auch auf die Verurteilung wegen Landfriedensbruchs. Die Angeklagten wurden „wie durch ein Wunder“ nur wegen Widerstand zu geringen Geldstrafen verurteilt.

„Schnüffler-Aktionstag“

Besonders folgenreich war Pietschs Einsatz beim sog. Schnüffler-Aktionstag am 26. Mai 1994. Es wurde Anfang Mai 1994 ein „Schnüffler-Aktionstag“ angekündigt, bei dem im Rahmen der Wahlkampagne „der Unregierbaren - Autonome Liste“ vor den Wohnungen der bekannten Staatsschützer Stürmer und Meinecke demonstriert werden sollte. Wir waren in Wuppertal und Solingen - wie schon dargestellt - damit konfrontiert, dass der polizeiliche Staatsschutz in Wuppertal in vielen Fällen offen mit Nazis kooperierte, Ermittlungsakten säuberte und vor allem die Kampfsportschule Hak Pao unter seinen Schutz stellte.

Zum „Schnüffler-Aktionstag“ hatte die Gruppe „BürgerInnen beobachten die Polizei“ eingeladen. Sie rief dazu auf „an einem noch zu benennenden Tag […] eine Gegenobservation [zu] starten. Namhafte Staatsschutzschnüffler wie der Chef vom K 14 Stürmer oder auch ein gewisser Meinecke werden in ihrer Freizeit von unseren Kräften in Trenchcoats und in schnellen Autos beschnüffelt. Ein buntes Programm erwartet das PB 2: Die Nachbarn werden ausgefragt, die EhegattInnen angeworben, die Haustiere entführt und vieles mehr. Das ganze soll dann für einen Videofilm aufgenommenwerden.“

Die Aktivist*innen der Straßentheatergruppe berichten Folgendes: „Den Tag der Aktion, wenige Tage vor dem 1. Jahrestag des Solinger Brandanschlags, hatten wir schon länger festgelegt, er fiel nun zufällig auf den Tag nach der Enttarnung von Bernd Schmitt als V-Mann. Der Spitzel Pietsch war bei der Vorbereitung der Straßentheateraktion mit dabei. Er war über den harmlosen Charakter der Aktion genau informiert, er hatte sogar das [mit] Batterie betriebene Blaulicht für unsere Performance besorgt. Es war allen Beteiligten klar und über Spitzel Pietsch auch dem Staatsschutz und dem VS, dass mitnichten ein „Mordversuch“ oder ein Überfall geplant war, wie später ein Radiosender verbreitete. Vielmehr hatten wir ein Fernsehteam kontaktiert, dass unseren Auftritt dokumentieren wollte.

Als wir dann unter Begleitung der regulären Polizei vor dem Wohnsitz von Udo Stürmer, einem Mehrfamilienhaus in der Barmer Fußgängerzone, ankamen, klingelten wir und wurden reingelassen und begannen zu viert Flugblätter zu verteilen. Im Treppenhaus überfiel uns ein SEK aus Bielefeld. Zwei Aktivisten wurden gezielt auf den Kopf geschlagen und erlitten schwere Kopfverletzungen. Insgesamt elf Aktivist*innen wurden festgenommen und ins Polizeipräsidium verschleppt. Die Polizeipressestelle verbreitete später, dass „Autonome mit Tötungsabsicht gegen den Staatsschützer vorgegangen“ seien.

Später ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Zersetzung der Polizei nach § 89 StGB. Als später die Schwerverletzten Strafanzeigen wegen Körperverletzung gegen die SEK-Polizisten stellten, zeigte das SEK im Gegenzug die Schwerverletzten an, sie hätten das SEK im Hausflur tätlich angegriffen.

Dieser brutale Angriff auf die Straßentheatergruppe traumatisierte die Verletzten in erheblichen Maße und war, so die Aussage von Pietsch, genauso von der polizeilichen Einsatzleitung geplant gewesen. Sie sollte uns signalisieren, dass wir keinen Schritt weitergehen sollten. Über einen Mittelsmann erhielten wir zusätzlich die Warnung, dass sie Verhaftungen vorbereiten, wenn wir unsere Kampagne weiterführen. Jan Pietsch war übrigens bei der Aktion dabei, telefonierte mit seinen V-Mann-Führer während der Aktion und wusste von dem geplanten Übergriff des SEK im Treppenhaus.

Das Video für die Aktuelle Stunde des WDR

Auch im August 1994, der Solingen-Prozess vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf hatte schon begonnen und Bernd Schmitt war am 3. Juni 1994 als V-Mann offiziell im Gerichtssaal enttarnt worden, war Pietsch weiter in Sachen Vertuschung operativ tätig.

Im Sommer 1994 ging es Innenminister Schnoor und seinem VS vor allem darum, die V-Mann Affäre-Schmitt politisch zu überleben. Da der Verdacht nahe lag, dass sich die Solinger Brandstifter in der geheimdienstlich geförderten Sportschule Hak Pao im Kreis von organisierten Nazis politisiert hatten, war es dem Innenministerium wichtig nachzuweisen, dass Schmitt kein überzeugter Nazi, sondern „nur“ ein leicht zwielichter Geschäftsmann mit Neonazikontakten war. Der damalige Innenminister

Herbert Schnoor (SPD) verteidigte sein V-Mann auf einer Pressekonferenz:

„Herr Schmitt war eine sehr zuverlässige Person. Er war eine wichtige Nachrichtenquelle für uns. Er war nicht politisch und hatte auch keine politische Vorlieben.“

So kam ein anonymer Videofilm mit einem vermummten Solinger Antifaschisten wie gerufen, der berichtete, dass Bernd Schmitt auch der Solinger Antifa gegen Geld Informationen aus der Naziszene verkaufen wollte. Der im August 1994 in der „Aktuellen Stunde“ des WDR gesendete Beitrag war in Wahrheit eine Auftragsarbeit des VS-NRW. Den Videofilm hatte Jan Pietsch selbst gedreht und über seinen V-Mann-Führer vorab dem VS-Chef Baumann geschickt, damit sich dieser auf die kritischen Fragen des WDR vorbereiten konnte. Die interviewte Person aus dem Film wusste natürlich nichts von den VS-Machenschaften.

Die politische Verantwortung

Es ist übrigens politisch vollkommen unerheblich, ob V-Mann Schmitt als Nazi und/oder als geldgieriger Geschäftsmann ein brandgefährliches Nazinetzwerk aufgebaut hat. Seit April 1992, seit Bernd Schmitt auf der Gehaltsliste des VS NRW stand, explodierten die Naziaktivitäten rund ums

Bernd Schmitts Kampfsportschule Hak Pao. Unter Abdeckung des Wuppertaler Staatsschutzes und des VS entwickelt sich ein staatlich geschützter Operationsraum der Naziszene. Bis zu 50 Mitglieder von Hak Pao werden als Ordner bei Naziveranstaltungen eingesetzt.

Schon im Mai 1992 berät Schmitt mit Bernd Koch (Solinger Nazi) und Michael Noack (NF) über die Umwandlung des schon bestehenden Deutschen Hochleistungskampfkunstverband DHKKV zu einer Mitgliederorganisation für organisierte Nazis. Nun geht es Schlag auf Schlag. Am 5. Juni 1992 schützte Schmitt in Bonn eine Veranstaltung der NF mit dem Holocaust-Leugner Ernst Zündel. Am 16. Juni 1992 machte er zusammen mit 50 Hak Pao lern den Saalschutz für eine Veranstaltung der Deutschen Liga (DL). Er und einzelne Gefolgsleute nehmen an weiteren Veranstaltungen der NF u.a. in Hetendorf und in Detmold-Pievitsheide teil.

Schmitt deckte das gesamte Spektrum der damaligen Naziszene ab. Im Juli 1992 organisierte er eine Werbeveranstaltung für seine Ordnerdienste mit Vertretern der Republikaner, der Wiking Jugend und DVU in den Räumen von Hak Pao. Am 9. Juli 1992 schützte er mit seinen Männern in Hennef das Ku-Klux-Klan-Mitglied und gleichzeitigen Anwalt des Revisionisten Fred Leuchter Kirk Lyons. Im August 1992 gründete der Solinger Nazi Wolfgang Schlösser im Auftrag von Schmitt die Deutsche Kampfsportinitiative (DKI), für die Schlösser in diversen Nazipostillen wie dem NPD-Blatt Deutsche Stimme Anzeigen schaltet. Auch diese Kreise werden zu sog. Stammtischen und zum sog. Freitagstraining mit Gleichgesinnten in die Räume von Hak Pao eingeladen.

Auch sollten wir nicht vergessen, dass während Bernd Schmitt im Staatsauftrag (bundesweite) Nazistrukturen wie die Nationalistische Front stärkte, schon vor dem Solinger Brandanschlag auch Menschen starben. So der Wuppertaler Karl-Hans Rohn, der am 13. November 1992 von den NF-Mitgliedern Andreas Wember und Michael Senf in einer Kneipe zusammengetreten und mit Schnaps angezündet wurde. Rohn starb später an den erlittenen Verletzungen und wurde von den Tätern später in Venlo aus dem Auto geworfen.

Am 27. Dezember 1992 machten der Solinger Nazihooligan Klaus Evertz und Lars Schoof von Hak Pao mit ihrem Auto auf der A 57 Jagd auf Ausländer. Sie versuchten ein Auto mit türkischen Menschen zu rammen. Der Fahrer Sahin Calisir sprang in Panik aus dem Auto und wurde von einem nachfolgendem Auto überfahren und getötet. Der Fahrer Evertz, bereits als rechter Hooligan einschlägig vorbestraft, erhielt nur 15 Monate Haft.

Das ist kurz zusammengefasst die staatlich geschützte und teilfinanzierte braune „Spielwiese“ für die Solinger Jungnazis, die den mörderischen Brandanschlag verübt haben. Politisch verantwortlich dafür - auch das sollten wir nicht vergessen - war die SPD geführten Landesregierung, Innenminister Schnoor und sein VS-Chef Baumann.

Wieder in Wuppertal

1996 verlagerte Pietsch den Schwerpunkt seiner Spitzel-Tätigkeit wieder nach Wuppertal. Er hatte sich zunächst in eine Wohngemeinschaft eingeschlichen und anschließend gezielt eine Wohnung in einem von Szeneangehörigen bewohnten Hinterhaus bezogen. Hier wohnten Antiimps, Antifas, Autonome, Castor-Gegner*innen und andere Linke bunt zusammen.

Daher bot es sich aus VS-Perspektive an, umfangreiche Abhöreinrichtungen zu installieren. Neben den üblichen Wanzen in Wohnräumen betrieben die VSler mit Wissen von Pietsch auch eine 24 Stunden-Observation durch eine festinstallierte Videokamera im Vorderhaus. So konnte jede Lebensregung der Hausbewohner*innen aufgezeichnet und für VS-Belange benutzt werden.

01.06.20: Glasbruch und Farbe am Privathaus der Hausverwalter Neumann in Berlin. Eine Nacht vor dem Prozess gegen die Liebig 34 haben die Handlanger von Eigentümer Padovicz wohl Besuch bekommen. 01.06.20: Weiterhin kommt es in den USA bei Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt zu massiven Ausschreitungen, Bullen werden angegriffen und in mehreren Sädten werden ganze Einkaufstraßen entglast und geplündert. C.a. ein dutzend menschen kam bei den Protesten ums leben oder wurde von der Polizei oder Bürgerwehren erschossen. **02.06.20:** Das Auto des

Wie lange sie diese Spezialobservation durchgeführt haben, wissen wir nicht. In seinem Interview räumt er ein, dass er darüber hinaus mit Videokameras persönliche Gespräche und Diskussionsrunden aufgezeichnet und auch fotografiert hat. Auch hatte er Kenntnis von weiteren Überwachungsmaßnahmen in WG und Szene-Wohnungen.

In zwei konkreten Fällen verdächtigen wir Pietsch, dass er Hausdurchsuchungen angeregt hat. Operativ ist auch interessant, dass Pietsch in einer Situation seine Enttarnung fürchtete und der VS zur Ablenkung mit einem plumpen Anwerbungsversuch bei einer anderen Person reagierte.

Ab 1996 hat Pietsch versucht die Anti-Castor-Bewegung im Wendland und Ahaus zu infiltrieren. Er war mindestens zweimal mit Wuppertaler und Solinger Gruppen im Wendland. Pietsch war nach seinen eigenen Angaben zudem an der Installierung eines GPS-Senders an einem Szeneauto beteiligt, dass auf dem Weg zu Widerstandsaktionen ins Wendland unterwegs war. Als das Auto nicht mehr ansprang, weil der falsch installierte GPS-Sender Strom von der Autobatterie abzog, brachte Pietsch das Auto eigenhändig zur Reparatur, damit der Einsatz der Spionagetechnik den Mitbewohner*innen nicht auffiel.

Eine Besonderheit seines Einsatzes war, dass er als V-Mann des VS NRW bei bundesweiten Aktionen wie im Wendland Informationen direkt den polizeilichen Einsatzleitern per Telefon oder per Funk weitergab und z.T. bestimmte polizeiliche Maßnahmen anregte. Jan Pietsch hatte wohl nicht zufällig ab 1993 als erster in der Szene ein mobiles Telefongerät zur Verfügung.

Das Trennungsgebot von Geheimdiensten und Polizei, dass die Alliierten vorsorglich dem Nachfolgestaat des Dritten Reichs ins Grundgesetz geschrieben hatten, galt für den Einsatz des V-Mann Jan Pietsch jedenfalls nicht.

Sein Abgang

Seinen Abgang aus der Wuppertaler Szene initiierte Pietsch am 30. Januar 1999 mit einer Abschiedsparty und einer weiteren Lügengeschichte. Er wolle nach New York auswandern. Der eigentlich gut bezahlte V-Mann schnorrte sich noch Geld von seinen Mitbewohner*innen zusammen, prellte die Zeche für seine große „Abschiedsparty" in einer Szenekneipe und verschwand.

Pietsch entschwand keineswegs nach New York, sondern schaffte es nur nach Solingen und zog dort mit einem Freund zusammen. Ein Wuppertaler entdeckte ihn ein paar Jahre später zufällig in einem Solinger Baumarkt. Pietsch fühlte sich ertappt und duckte sich hinter ein Regal...

Der VS verabschiedete seinen langjährigen Spitzenagenten angeblich mit 10.000 DM Abstandsgeld, das er nach eigenen Angaben in eine Gaststätte in Solingen investierte.

Den Kontakt zur Solinger Szene hielt Pietsch allerdings zum Teil aufrecht. Nach einiger Zeit intensivierte sich der Kontakt wieder und er schlich sich ein weiteres Mal in die persönlichen Beziehungen der Menschen ein, die er zuvor jahrelang ausspioniert und verraten hat.

„Lebensbeichte"

Im Sommer 2017 startet Jan Pietsch mit seiner neuen Rolle. Angeblich will er jetzt reinen Tisch machen. Der mittlerweile erkrankte Polizeispitzel findet zwei Journalisten, die ihn - wie in aktiven V-Mann-Zeiten - wie seine alten V-Mann-Führer hofieren und neue Aufmerksamkeit schenken. Pietsch will jetzt ein Buch schreiben und mit Hilfe des ARD-Journalisten ins Fernsehen. Dann erst möchte er sich den Fragen des „Publikums" stellen.

Pietsch schrieb 2018 selbst zu seinen Beweggründen für sein spätes Outing: Er brauche noch Jahre „seine innere Zerrissenheit aufzuarbeiten".[...] „Meine Perspektive ist es, trotz der Krankheit (Ich bin noch immer sehr wenig belastbar) noch ein paar Jahre zu leben und in dem letzten Lebensabschnitt mit meinen Erfahrungen dazu beitragen, dass sich Fehler in Staat und in der Wirtschaft nicht mehr wiederholen oder zumindest weniger werden." Er wolle durch die Veröffentlichung [seines Interviews] „dazu beitragen, dass der Verfassungsschutz und Staat transparenter werden." Weiter möchte er wieder „gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen", er bereite einen Internetblog vor: „Ich wünsche mir durch [die] Veröffentlichung meiner Erfahrungen auch anderen Menschen Mut zu machen, die Geheimnisträger sind und unter dieser Zerrissenheit leiden, dass sie eine Austauschmöglichkeit suchen […]."

Uns kommen die Tränen...

Dieses Selbstinzenierung machen wir, die Betroffenen von 10 Jahren Spitzelei und Verrat, natürlich nicht mit. Zeitpunkt und Umfang der Aufarbeitungen, der politischen Schlussfolgerungen und Aktionen bestimmen weder der Täter noch die beiden Journalisten, sondern wir Betroffene.

Für weitere Informationen und zur Kontaktaufnahme steht folgende E-Mail-Adresse zur Verfügung:

carolinagross@riseup.net

Neonazis Klaus Armstroff brennt in Weidenthal. 02.06.20: Vier Geldautomaten der Firma Euronet brennen in Berlin in Solidarität mit der Liebig 34. **03.06.20:** Farbe und Graffiti zieren die Fassaden der Wohnhäuser der Redakteure von Compact und Junge Freiheit an diesem Morgen in Berlin. **04.06.20:** Bullenwache in Flensburg kassiert Farbflaschen. In Solidarität mit den antirassistischen Protesten in den USA. 04.06.20: Brennende Barrikade in Berlin um die Bullen aus Friedrichshain zu locken. 04.06.20: Nach mehrfachen Schikaneaktionen um Sperrmüll in Wuppertal vor Anwohner*innen

Wir verbleiben mit der Einladung zu einem neuen „Schnüffler-Aktiontag - Neue Folge“ zu dem wir noch gesondert einladen. Wir bereiten einen Autokorso vor, der uns Betroffene des Verrats von der Haustür von Jan Pietsch zu den Häusern der Staatsschützer Udo Stürmer und Hans-Peter Meinecke, vor das Haus des V-Mann-Führers „Hans“ und zu den Häusern des VS-Leiters Fritz-Achim Baumann und des Innenministers Herbert Schnoor führen wird.

Verfassungsschutz auflösen!
Niemand ist vergessen!

*Autonome Antifaschist*innen aus den Neunzigern*
Wuppertal 19.6.2020

Freispruch!

Halim Dener Graffiti am Bielefelder AJZ nicht strafbar!

Das Landgericht Bielefeld hob am 17.06.2020 in einem Berufungsverfahren ein Urteil des Amtsgerichts Bielefeld auf und sprach den angeklagten Vereinsvorsitzenden des AJZ frei.

Bei dem Verfahren vor dem Amtsgericht am 23. September 2019 gab es eine Verurteilung zu 30 Tagessätzen a 20 EUR wegen Nichtentfernens des Halim-Dener- Wandbildes von der Fassade des AJZ.

Das Landgericht begründete den Freispruch mit zwei zentralen Punkten: 1. Konnte nicht erkannt werden, dass der Vereinsvorsitzende für die Entfernung des Graffitis hätte sorgen müssen. 2. Handelt es sich bei dem Graffiti, das im Jahr 1994 entstanden ist, um ein Kunstwerk und ein Zeugnis der Zeitgeschichte und stellt eine geschützte Meinungsäußerung dar.

Das von einem seit mehr als 25 Jahren existierenden Bild - an dem sich die ganze Zeit nie irgendjemand gestört hat, so das Gericht - eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehe, wie es die Staatsanwaltschaft konstruierte, ist auch nach Ansicht des Landgerichtes nicht nachvollziehbar.

Am 30.06.2020 ist der 26. Jahrestag des Mordes an Halim Dener. Wir möchten deshalb an dieser Stelle nochmals an Halim Dener erinnern:

Der 16-jährige Kurde Halim Dener musste 1994 vor der Verfolgung durch den türkischen Staat aus seiner Heimat Kurdistan fliehen. Damals zerstörte das türkische Militär 4.000 Dörfer - Menschen zu ermorden, verschwinden zu lassen und zu foltern waren gängige Praxis von Polizei, Geheimdienst und Paramilitärs. Halim selbst wurde nach einer Festnahmevon der türkischen Polizei eine Woche lang verhört und gefoltert.

Zu dieser Zeit wurde durch öffentliche Hetze gegen Kurd*innen auch in Deutschland ein Klima von Hass und Angst geschaffen, das von einer simplen Gleichung bestimmt war: Kurd*innen = PKK = Terrorist*innen. Halim Dener war auch nach seiner Ankunft in Niedersachsen politisch aktiv und setzte sich gegen die Verfolgung von Kurd*innen und gegen das im November 1993 erlassene PKK-Verbot ein. Wenige Woche nach seiner Ankunft in Deutschland plakatierte er am 29.06.1994 in Hannover Plakate mit dem Emblem der ERNK, des (damaligen) politischen Arms der PKK. Dabei wurde Halim in der Nacht zum 30.06.1994 von SEK-Polizisten in Zivil überrascht, bei der Festnahme wurde ihm aus kürzester Entfernung in den Rücken geschossen. An dieser Schussverletzung starb Halim wenig später. Gegen den Zivilpolizisten fand zwar ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung statt. Dieser wurde aber wie erwartet 1997 frei gesprochen, weil der Schuss sich aus der Dienstwaffe versehentlich gelöst haben soll.

Halims Tod ist kein Einzelfall: Christy Schwundeck, Oury Jalloh oder Achidi John sind weitere bekannte Opfer von Polizeigewalt in Deutschland. Seit Jahren setzt sich eine Kampagne für einen Ort des Gedenkens an Halim Dener in Hannover ein. Es wurden Gedenkplatten verlegt und Straßenschilder umgewidmet. Alles wurde von der Stadt Hannover wieder entfernt.

Wir freuen uns, dass mit dem Wandbild am AJZ Bielefeld ein solcher Gedenkort nach wie vor besteht! Im Gedenken an Halim Dener und allen anderen Opfer rassistischer

Polizeigewalt weltweit!

zu schützen verlieren zwei Fahrzeuge des Ordnungsamts die Luft aus den Reifen und die O-Amt Schergen müssen die Beine in die Hand nehmen. **05.06.20:** Immobilien Büro in Berlin wird nach dem Räumungsurteil gegen die Liebig 34 von FLINT* Menschen eingescheppert. 05.06.20: Scherbendemo in Berlin Neukölln in Gedenken an Goerge Floyd und all die anderen die rassistischer Gewalt zum Opfer fielen! Barrikaden werden errichtet und reihenweise Geschäfte entglast. 05.06.20: In Pirmasens wird der Motor eines NPD-LKWs sabotiert. **07.06.20:** Farbe auf Bullenwache in Hannover.

Neuigkeiten zur DNA Entnahme Feb 2020 in Berlin

Dokumentation: „Im März hatten wir euch über zwei DNA-Abnahmen in Berlin informiert. In der DNA-Datenbank des BKA gab es DNA-Treffer, die angeblich mit verschiedenen Verfahren in Verbindung stehen sollen. Außerdem gibt es durch die erste Akteneinsicht inzwischen mehr Informationen.

Wie immer haben die Beschuldigten nur einen Teil der Akten bekommen, daher lässt sich nicht abschließend sagen, was alles an Ermittlungen gelaufen ist oder läuft. Allerdings ist der große Umfang der Ermittlungen deutlich geworden. Das Ermittlungsverfahren richtet sich gegen drei Beschuldigte mit dem Vorwurf der Brandstiftung an Deutsche Bahn Autos im Jahr 2010 in Berlin. Die uns bekannten Akten umfassen allerdings Ermittlungen vom Jahr 2005 bis heute und es werden

Verbindungen zu verschiedenen anderen Verfahren konstruiert. Ein wesentlicher Fokus scheint auf antimilitaristischen Aktionen in verschiedenen Bundesländern zu liegen, z.B. auf der WarStartsHere-Kampagne. Außerdem versuchen sie Verknüpfungen zu verschiedenen anderen Aktionen wie der Oury Jalloh Demo in Berlin-Neukölln 2015 herzustellen.

Das BKA führt diese umfangreichen Ermittlungen, die mehrere Bundesländer betreffen. Auch regte das BKA 2019 an, die Ermittlungen nach § 129 („Kriminelle Vereinigung“) zu erweitern. Dies wurde allerdings nach uns bekanntem Aktenstand von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

Wir halten euch auf dem Laufenden. Spekulation und Tratschen helfen nur den Bullen! Passt auf euch und andere auf!

Keine Aussagen oder Kooperation bei Staat und Polizei. Anna und Arthur halten‘s Maul.

Bisheriger Artikel dazu: DNA-Abnahmen in Berlin vom 19.03.2020: de.indymedia.org/node/72546

(B) Fahrzeug der Französischen Botschaft verbrannt

In Kompliz*innenschaft mit den Aufständischen dieser Welt und besonders mit den Revoltierenden in den Zentren der französischen Metropolen, sowie den Unruhen in den Banlieues derselben, haben wir in der Morgendämmerung des 30.06. einen SUV der Französischen Botschaft vor einer der Bonzenbauten am Gleisdreieckspark in Berlin Schöneberg verbrannt.

Dieses Zeichen der Solidarität senden wir all denen, die seit Langem die Bullen der Kolonialmacht Frankreich mit Steinen und Brandsätzen konfrontieren, plündern und den Staat dauerhaft herausfordern. Sei es in den sogenannten heißen Zonen des von Frankreich dominierten Territoriums in Europa oder in Übersee. Gendarmerie, BAC, CRS und andere Autoritäten bekommen regelmäßig die Wut der Unterdrückten zu spüren, an deren Seite wir stehen.

Ebenso erfreuen uns Momente hier, in denen sich die Wut entlädt und Jugendliche in Stuttgart oder Eingesperrte in Göttingen den Bullen mit Steinen, Flaschen und allem, was sie zur Hand haben, entgegentreten.

Unser Angriff ist eine nächtliche Botschaft der Solidarität an Loïc, dessen Prozess in Hamburg zu Ende geht und an die „Drei von der Parkbank“, die nicht dem Druck der hanseatischen Justiz nachgeben.

Der von uns angegangene Botschaftsangehörige wohnt in einem umkämpften Kiez, wo die marginalisierte Bevölkerung von Bonzen verdrängt wird. Nicht nur deshalb sind Gleisdreieckspark und Steinmetzkiez in Berlin Schöneberg Orte, die häufig im Polizeibericht in Verbindung mit Krawallen genannt werden. Der Wut und dem Frust über die Verdrängung und die Ausgrenzung wird in den wenigen noch unbeugsamen Plätzen, Straßenabschnitten und Hinterhöfen auf vielerlei Arten Ausdruck verliehen. Auch diese Form des Widerstands unterstützen wir mit unserem Feuer symbolisch.

Selbst wenn die Situationen in den Metropolen unsere Freiräume kontinuierlich einschränken, wollen wir kurz auf die Frage eingehen, ob die vielfach praktizierte Militanz dazu dient, unsere Ziele zu erreichen. Der Reflexionstext zu den Squatting Days in Freiburg (1) stellt diese Frage. Wir teilen vieles der dortigen Analyse – für Berlin ist Militanz mitunter auch ein Beitrag, um eine Stimmung zu schaffen, in der es leichter fällt, Gewalt gegen den Staat, seine Vertreter*innen und Symbole sowie die Werte der Gesellschaft zu richten. Rauchsäulen und umherrasende

07.06.20: In Wuppertal wird ein Bundeswehrfahrzeug abgefackelt. In Solidarität mit unseren Brüdern und Schwestern in Kurdistan! **08.06.20:** Am weltweiten Aktionstag gegen Polizeigewalt und Rassismus fliegt ein Molotow-Cocktail auf das Polizeirevier in Greifswald. 08.06.20: In Berlin zünden Autonome Gruppen 4 Luxus-Karossen an. Dies will als Antwort auf die Räumungsklage gegen die Liebig 34 verstanden werden und als Kriegserklärung an das Milieu der Wähler*innen der herrschenden Parteien. **10.06.20:** Nach 9 Hausdurchsuchungen in Leipzig fliegen bei einer Sponti

Bullenkarren sind Mosaiksteine eines partiellen und mancherorts schleichenden Kontrollverlustes der Mächtigen und sollen zum Widerstand ermutigen.

Von der Dragi (2) bis nach Stuttgart – Solidarität mit der revoltierenden Jugend“

(1) https://autonomesblaettchen.noblogs.org/ausgaben/ausgabe-nr-41/

(2) Ein von Jugendlichen besetzten Haus, welches einige Stunden vor dem Brand in unmittelbarer Nähe geräumt wurde.

anonym

(G20) Elbchaussee-Verfahren

1. öffentliche Prozesserklärung von Loic

[eigenmächtig gekürzt von der Redaktion]

„Sehr geehrtes Gericht,

Endlich nähern wir uns dem Ende dieses Verfahrens, das im Dezember 2018 begonnen hat. Ich habe nicht gewusst, dass ein Prozess so lange dauern kann.

Ich wurde einige Tage nach meinen 23. Geburtstag im August 2018 verhaftet, die Polizeibeamten schlugen mit Geschrei die Tür des Hauses meiner Eltern ein, meine kleine Schwester musste sich mit den Händen über dem Kopf hinknien. Während ich das Zerbersten der Tür hörte, hatte ich die Bilder polizeilicher Gewalt bei Festnahmen durch die Polizei im Kopf, wie die Polizeibeamten loslegen und Personen schlagen. Ich bekam Angst und bin dann über das Dach in den Garten der Nachbarn gelangt und dann auf die andere Seite der Siedlung. Aber die Polizei hatte das ganze Viertel abgesperrt und eine Person, die in Socken auf der Straße unterwegs ist, macht sich sehr schnell verdächtig. Ein Polizeibeamter in Zivil begann hinter mir herzurennen und rief mir zu: „komm her, du kleiner Scheißkerl“. In seiner Stimme eine gewisse Feindseligkeit spürend, zog ich es vor, seiner Einladung nicht zu folgen, die, wenn ich « Scheißkerl“ zu ihm gesagt hätte, für Empörung gesorgt hätte.

Ich finde mich also im Garten und dann in der Garage eines Nachbarn wieder, in der Falle. Mit dem Rücken zur Wand, gezwungen auf die Ankunft des Polizeibeamten zu warten, springt dieser auf mich und verdreht mir das rechte Handgelenk, wobei ich ihn das tun lasse. Ich mache ihn auf seine unnütze Gewalt aufmerksam und er antwortet mir: „Du kannst dich glücklich schätzen, dass ich nicht auf dich geschossen habe“. Von diesem Standpunkt aus schätze ich mich allerdings in der Tat glücklich, noch am Leben zu sein. Es stimmt, dass zahlreiche Festnahmen durch die Polizei die unerfreuliche Tendenz haben, sich in eine Todesstrafe zu verwandeln. Aber dieser traurige Ausgang ist eher für diejenigen vorgesehen, die rassistischen Zuschreibungen ausgesetzten Einwohner der Arbeiterviertel sind. In Frankreich vergeht nicht ein Monat ohne Todesfälle bei Festnahmen. Die Tür zur Garage geht letztendlich auf, Polizeibeamten, Gendarmen, die Beamten der BAC & vermummte Zivilbeamte tauchen auf, mit Automatikwaffen in der Hand. Vielleicht 30 Mitglieder der « Ordnungskräfte ».

Der Nachbar, dem die Garage gehört, kommt aus seinem Haus und sagt mir spontan bei Erfassen der Situation: « Geht es Loïc ? Möchtest du ein Glas Wasser ? ». Diese Bemerkung war ein Lichtblick in der Ernsthaftigkeit und der Schwere der Festnahme, ich tat mein Bestes, um ein Lachen zu unterdrücken und lehnte das Glas Wasser ab, da meine Hände zusammengebunden waren. Zurück im Haus meiner Eltern, um meine Schuhe anzuziehen, kann ich meine Schnürsenkel nicht zubinden und bitte die Gendarmen, meine Fesseln abzunehmen:“ Nein, das kann man auch so hinkriegen“ antwortet einer. Ich habe Herausforderungen immer gemocht und versuche es also, aber angesichts der hinter meinem Rücken gefesselten Hände und sogar mit sehr viel gutem Willen ist es einfach nicht machbar. Die Gendarmen lachen und machen sich über mich lustig. Meine kleine Schwester hält sich direkt daneben auf mit der Ernsthaftigkeit gemischter Gefühle, wie ich sie noch nie auf ihrem Gesicht gesehen habe, ihr Blick ist kraftvoll. Sie wirft den Gendarmen spontan ein kräftiges: „nehmen Sie ihm doch die Fesseln ab, damit er sich seine Schuhe anziehen kann“ entgegen. Ihre Stimme enthält eine göttliche Kraft, der Spott verwandelt sich in Verlegenheit. Ich habe die Blicke der Gendarmen sich auf dem Boden verlieren sehen und einer war bereit, mir die Fesseln abzunehmen. Hätte meine kleine Schwester gesagt » aber nehmen Sie ihm die Fesseln ab und lassen Sie ihn frei!“, dann wären die Gendarmen vielleicht gegangen und ich hätte meine kleine Schwester kurz umarmen können. Denn danach kamen 1 Jahr und 4 Monate Haft, 1 Jahr und 4 Monate, wo die Wärter selbst im Besucherraum Umarmungen verhindern.

Steine auf Bullen und ihre Fahrzeuge. **11.06.20:** Farbe am Haus von IBler Felix Straubinger in Frankfurt a. M. 11.06.20: Nach den Revolten in den USA werden in Bremen bei der Gewerkschaft der Polizei die Scheiben eingeschlagen. **12.06.20:** Reifen aufgestochen und eine Farbdusche gibts für ein Bosch-Fahrzeug in Wuppertal. 12.06.20: Nach dem bekannt wird das Vonovia den nach ihnen zweit größten Immobilien-Konzern in Deutschland, die Deutsche Wohnen, schlucken will brennen zwei weitere Vonovia Transporter in Berlin. „Solange Wohnraum eine Ware ist, an der sich

Als ich im Gefängnis in Frankreich ankam, sagte mir ein 2 Meter großer Wärter: « Wenn du mein Auto abfackelst, schneide ich dich in zwei Teile.». Zwischen dem Polizeibeamten, der bereit ist, auf mich zu schießen und dem Wärter, der mich entzweischneiden will, ziehe es glaube ich vor, dass man auf mich schießt als in zwei Stücken zu enden. Aber was neben der Bedrohung mit dem Tod beunruhigend ist, ist dass dieser Wärter denkt, ich hätte ein Auto abgefackelt; in diesem Moment wird mir klar, dass der kommende Prozess eine gewaltige Täuschung ist. Indem man jemanden für die ganze Gewalt, die sich bei einer Demonstration ereignen kann, verantwortlich macht, schafft Ihr Unklarheiten in den einfachen Gedankengängen der Wärter und Polizeibeamten. Durch eine unverhältnismäßige Anklage ruft Ihr eine unverhältnismäßige Behandlung hervor.

Dieser Wärter bellt mit zweifelhafter Geschwindigkeit los: « Das nützt gar nichts, was du gemacht hast, sieh jetzt doch wo du dich befindest, wo sind sie, deine Freunde? Du bist jetzt hier… » Ich mache ihm deutlich, dass auch er hier ist, aber er lässt folgendes los: «… du bist allein, du bist in deinem Leben gescheitert. Du hast nichts verändert und du bist zu nichts nütze. Etc. » Ich habe nicht einmal die Gelegenheit, etwas zu sagen, oder Worte auszutauschen, er schneidet mir das Wort ab. Er fühlt allerdings nicht wirklich, was er sagt, ich habe das Gefühl, dass er den Auftrag hat, mich zu demoralisieren. Ich werde anschließend bei Ankunft im Gefängnis nackt durchsucht, und das noch einmal bei Verlassen des Gefängnisses zum Gericht, damit dort über die Rechtmäßigkeit des Haftbefehls entschieden wird. Ich werde von der ERIS verlegt. Die ERIS sind Monstren, vermummt und mit Maschinengewehren ausgestattet, sie sind zu 8 in 2 Geländewagen, abgeschirmt durch abgedunkelte Fenster. Beim Appellationsgericht von Nancy angekommen, versucht sich ein Mitglied der ERIS – nachdem er mich an Händen und Füßen gefesselt hat – im Wartesaal vor der Anhörung auf dem weiten Feld der Ideen einen Sieg einzufahren: „Weißt du, dass du viel Geld kostest?" sagt er. Ich antworte ihm: „Wissen Sie, dass jedes Jahr 40 Millionen Euro nach Meuse gepumpt werden, um die Zustimmung für das Projekt einer Nuklearabfalldeponie in Bure durchzusetzen? Er: «Was willst du, dass ich dagegen tue? ». Ich: « Oh nichts, ich wollte nur klarstellen, was viel Geld kostet » Ende des Dialogs.

Während der Anhörung nähere ich mich der Richterin mit zwei vermummten ERIS – Beamten, einen zu meiner Rechten, einen zu meiner Linken. Die Situation ist völlig surreal, ich bin gefesselt. Meine Familie und Freunde sind da, um mich zu unterstützen. Mein großer Bruder, der Pfarrer, wirft mir ein kleines Stück Papier mit einigen ermutigenden Worten zu, ich fange es trotz der Fesseln auf, werde aber von einem ERIS-Beamten zu Boden gebracht. Die Richter ziehen sich sofort zurück und mein Bruder wird des Saales verwiesen. Obwohl ich noch immer am Boden bin, versuche ich das Papier mit aller Kraft in der hohlen Hand festzuhalten. Der Beamte übt dann Druck auf meinen Hals aus und ich heule vor Schmerzen auf und lasse los. Die Anhörung geht weiter. Die Anklageschrift wird auf eine Art und Weise übersetzt, aus der man heraushören kann, dass ich persönlich 19 Autos abgefackelt und eine Person in einem Gebäude verletzt habe.

In diesem französischen Gefängnis habe ich mich 1 Monat lang im Ankunftstrakt blockiert gefunden, während ich auf den Transfer nach Deutschland wartete. Traumatisiert hat mich die Tatsache, dass alle zwei Stunden, sogar mitten in der Nacht, ein Wärter vorbeikommt, der sicherstellt, dass ich noch am Leben bin, indem er mit ganz viel Lärm den Riegel der Tür zur Seite schiebt, bevor er das Licht anmacht. Ich habe nie mehr als zwei Stunden am Stück schlafen können. Ich hatte die Gelegenheit, einen Schrottsammler mit rumänischen Wurzeln zu treffen. Sein Verbrechen war, nicht angegeben zu haben, wieviel Geld er mit dem Aufsammeln von auf dem Bürgersteig gefundenen Gegenständen verdient hatte. Er hatte 4 Monate Haft für 400 € Steuerausfall des Staates bekommen. Es gibt Steuerhinterziehungen, Steuerparadiese, Geldwäsche, die « Panama-Papiere », die Luxleaks, Milliarden und Milliarden Euro, die zwischen den Händen der Reichen verschwinden. Aber ich habe keine Reichen oder Bankiers im Gefängnis gesehen, es hat nicht jeder die Mittel, um in einem Kontrabass-Koffer zu flüchten. Die 500 reichsten Personen Frankreichs haben ihren Reichtum seit der Finanzkrise von 2008 verdreifacht, und somit 650 Milliarden Euro erlangt.

Gleichheit bedeutet die Möglichkeit, dieselben materiellen Kapazitäten ausschöpfen zu können oder, eine Putzfrau kann nicht in einer Elbchaussee-Villa wohnen. Und die derzeitige fortschreitende Gentrifizierung in Hamburg dürfte die Dinge nicht in die Reihe bringen. Ungleichheiten tun sich auf. Der junge Italiener Fabio, ein vormaliger Gefangener des G20 in Hamburg, hatte vor Gericht erklärt (im Jahr 2017), dass die 85 reichsten Personen der Welt den gleichen Reichtum wie 50 % der ärmsten Bevölkerung besitzen. Die Situation hat sich seitdem verschlimmert. Ein Aufruf der Gelbwesten im Januar 2019 präzisierte, dass es sich künftig um 26 Milliardäre handelte, die so viel wie die Hälfte der Menschheit besitzen. Was man dahingehend von der Gerichtsinstitution lernen kann, ist, dass es unmoralisch ist, seine Steuern nicht zu zahlen, wenn man arm ist, jedoch akzeptabel, wenn die gut situierte Klasse sich das leistet. Das nennt man Klassenjustiz. Und ich habe in Ihren Institutionen nichts erfahren, was die menschliche Seele verschönern könnte, alles verdirbt sie.

[...]

riesige Vermögensverwalter wie Blackrock (größter Aktienteilhaber von Vonovia und Deutsche Wohnen) beteiligen, solange muss es Widerstand auf der Straße geben um klarzumachen, dass sich mit dem Wohn- und Lebensraum von Menschen kein Profit machen lassen darf! Genauso wenig ist der Wohn- und Lebensraum von Menschen dazu da, sich die Rente zu sichern oder sein*ihr ‚Vermögen klug anzulegen'! Es muss sich dann auch niemand wundern, wenn einem die ganze Sache um die Ohren fliegt!" **14.06.20:** Scheiben bei Vonovia Karre in Hannover zerstört. **15.06.20:** In Frankfurt



SMELLS LIKE TEAM SPIRIT

Nach einigen Tagen unter Beobachtung in einer Zelle, in der das Licht ständig angeschaltet blieb, wurde ich mir über das Ritual des Wärters bewusst, der alle zwei Stunden ins Innere blickte. Der Vorteil ist, dass es hier keinen Riegel zum Verschieben gab, da die Tür ein kleines Sichtfenster hatte. In einer kleinen Zelle, in der sich nichts ereignete, sah ich alle 2 Stunden für einige Sekunden das Gesicht eines Wärters. Wenn ich mich für einen Moment in den Wärter hineinversetzte, der jeden Gefangenen ansehen muss, denke ich, dass ich angesichts so viel Elends in Tränen zerfließen würde. Ich glaube, die meisten Wärter lernen, keine Emotionen mehr zu haben. Sie sind fast wie Automaten oder Roboter. Und ich denke auch, dass die Mehrheit nicht von der Ausübung dieses Berufs träumt, aber dass die Wahl zum Beruf des Wärters häufig auf einem Mangel anderer offensichtlicher Alternativen beruht. Ich sage offensichtliche Alternative, da es viele Berufsaussichten im Kollektiv der Bauern oder Gemüseanbauer gibt. Saatgut zu säen, oder Verzweiflung in den Herzen derer, die man einsperrt, zu säen. Solange dieser Planet nicht komplett vor die Hunde gegangen ist haben wir meiner Meinung nach die Wahl. Ich blieb in den ersten vier Monaten in dem kleinen Gebäude A, das sich parallel zum Justizgebäude befindet, in dem wir uns gegenwärtig befinden. Ich spreche in meinem Zeugnis über das Verlassen des Gefängnisses auch über dieses Gebäude in dem Text: « die Mauern des Gefängnisses einreißen, die den Bereich von draußen trennt, und werde einige Passagen aufnehmen:

Dieses Gebäude ist für die Ankömmlinge bestimmt. Dort muss man 23Std./24 in der Zelle bleiben, 7 Tage von 7. Es ist eine düstere Umgebung, in der die Gefangenen zusammenbrechen, schreien oder gegen die Wände schlagen. Ich blieb dort 4 Monate. Im ersten Monat hatte ich nur die Bekleidung, die ich bei meiner Ankunft getragen hatte. Unmöglich meine Sachen, die ja gleichzeitig mit mir angekommen waren, zurückzubekommen.

In diesem Gebäude kann man zwei Mal die Woche um 6.45 Uhr morgens gemeinschaftlich duschen. Ich wusch also meine Unterhose, dann zog ich mich ohne diese wieder an, da man sie zuerst unter dem Ventilator meiner Zelle trocknen musste. In diesem Gebäude schreien die Wärter einen an und schubsen einen, wenn man die unsichtbare Linie zwischen seiner Zelle und dem Flur, auf dem das Essen ausgegeben wird, überschreitet. Der einzige Moment des Aufatmens in einer Zelle von weniger als zwei Metern Breite und 4 Metern Länge: das ist eine Stunde Ausgang pro Tag.

In diesem Gebäude sind hauptsächlich Ausländer, deren Verbrechen es ist, bei einer Kontrolle keine Papiere zu haben, Kleindealer oder des Diebstahls Angeklagte. Ich habe die hasserfüllten Blicke der Wärter gesehen, die

a. M. Fackelt ein Vonovia/DB Carsharing Auto ab. 15.0620: Nach den Hausdurchsuchungen in Leipzig und in Italien bei der Operation Bialystok wird bei dem, von Faschisten der AfD frequentierten, Lokal Don Giovanni die Glasfront demoliert. 15.06.20: Bismarck-Statue in Hamburg wird mit Farbe überkippt. 15.06.20: In Solidarität mit den drei von der Parkbank und Loic brennt in Hamburg eine Vonovia Karre. „Gegen Eigentum und ihre Beschützer_innen! Nehmt euch was ihr braucht, und zerstört, was euch daran hindert! Für die soziale Revolution!“ 15.06.20: AfDler und Bulle Detlef

lange auf den von Rassismus betroffenen Gefangenen lasteten. Die Mehrheit der Ausländer, die ich beim Ausgang in diesem Gebäude getroffen habe, definieren die Wärter als Nazis. Es kommt mir komisch vor, dies heutzutage in dem Bewusstsein zu hören, dass in genau diesem Gefängnis die Nazis vor weniger als einem Jahrhundert mehrere Hundert Personen getötet hatten. Nach einem Monat Wartezeit konnte ich endlich meine Ersatzkleidung bekommen. Mit mehr als einem guten Dutzend Unterhosen und in dem Bewusstsein, dass die anderen Gefangenen nur eine einzige hatten, begann ich mit der Verteilung während der Stunde Ausgang. Meine Familie schickte mir ungefähr 50 Unterhosen. Es gab mir viel Kraft, den anderen Personen im Gefängnis mit dieser Verteilung helfen zu können, es stand dieser Satz mit einem Stift auf der Wand einer Zelle geschrieben „Wenn du anderen hilfst, hilfst du dir selbst." Es war in diesem Gebäude A, dass ich das erste Mal in Isolationshaft gesteckt wurde, da ein Wärter mich dabei überrascht hatte, wie ich den Tauben auf meinem Fenstersims Brot gab. Ich verstand gar nichts davon, was er mir bei Eintreten in meine Zelle sagte, und erst bei Verlassen der Isolationszelle nach 1 Stunde, erhielt ich ein kleines Stück Papier als Erklärung verkleidet, auf dem er in Französisch geschrieben hatte: « Keine Vögel füttern.»

[...]

Was ich nie vergessen werden ist das Öffnen der Tür jeden Morgen um 6.45 Uhr durch den Wärter, der zu mir: „Morgen" sagte. Anfangs antwortete ich und fand es interessant, dass man sich die Mühe machte, mir jeden Morgen Guten Tag zu sagen, das verleiht einem ein wenig Rücksichtnahme, Menschlichkeit. Aber siehe da, eines Morgens hatte ich schlechte Laune und keine Lust, zu antworten und der Wärter begann, zu insistieren „MORGEN! MORGEN ! ». Ich legte meinen Kopf auf mein Ohr und er ging. Ich hatte jedoch nichts gesagt, ich hatte seinen Gruß nicht erwidert. Am nächsten Morgen, als ein anderer Wärter zu mir « Morgen » sagte, machte ich einen Test und hob einfach meinen Fuß, er ging dann auch. Ich begriff also mit Schrecken, dass « Morgen » an jedem Morgen keinen morgendlichen Gruß bedeutete, sondern eine Frage: „Sind Sie noch am Leben?" Und dass egal welche Geste oder Antwort dem Wärter bedeutete » Alles ist gut, ich habe mich noch nicht umgebracht". Dieses Wort lässt mir heute noch das Blut in den Adern gefrieren.

Es gibt andere von mir geschriebene Texte, in denen ich meine Höhepunkte im Gefängnis detaillierter beschreibe. Zum Beispiel, wie ich mich zweimal in Isolationshaft wiederfand, aufgrund von erlogenen Anschuldigungen, dass ich bei zwei Demonstrationen von Unterstützern aus meinem Fenster gerufen hätte. Als dies das zweite Mal passierte, unterzeichneten die anderen Gefangenen eine handschriftliche Petition und bestätigten, dass ich nicht aus meinem Fenster gerufen hätte. Als ich davon hörte, lief es mir kalt den Rücken hinunter. Ich habe sehr starke Momente im Gefängnis erfahren. Oft geben wir uns der Ironie unserer Existenz und unserem Austausch mit anderen hin. Im Gefängnis gab es einen Austausch & Personen, die ich mit einer Intensität treffen durfte, die ich nie vergessen werde. [...]

Ich träume auch weiterhin heute noch zwei oder drei Mal die Woche, dass ich in verschiedenen Situationen oder an verschiedenen Orten von der Polizei verhaftet werde. Einmal pro Monat träume ich, dass ein Polizeibeamter während der Verhaftung auf mich schießt. Es fällt mir schwer, Initiativen zu ergreifen, da man Sie im Gefängnis nichts aus eigenem Willen machen lässt, Sie müssen sich stets dem Willen von außen unterwerfen. Ich bemerke, dass ich mich darüber hinaus leichter von anderen mitziehen lasse, und dass es schwierig ist, mich selbst zu bestätigen oder einfach ich selbst zu sein. Ich weiß nicht mal mehr, wer ich bin. Ich habe keine Identität mehr und alle Leute, die ich treffe, kennen mich über dieses Verfahren: « Ah, das ist der aus dem Verfahren ». Dieser Prozess wird meine neue Identität. Und selbst wenn man mir eine Frage darüber stellt, was ich in Hamburg tue, dann komme ich zwangsläufig dazu, den Prozess zu erwähnen, weil ich sonst nicht hier wäre, sondern bei meinen Angehörigen in Frankreich. Ich sehe keinen Sinn in dieser Stadt und sie kommt mir ziemlich trist vor. Ich habe Städte immer gehasst. Ich glaube, man sollte sie abbauen und gratis und steuerfrei Parzellen an diejenigen, die diese wünschen, verteilen. Städte sind keine heiligen Orte, es gibt keinerlei Autonomie von Nahrung oder Energiequellen. Über kurz oder lang werden sie kollabieren. Meine Familie und meine Freunde fehlen mir. Denn eines der Grundsätze der Inhaftierung ist es, Sie von Ihren Angehörigen und Ihrem Lebensort zu trennen, ich habe den Eindruck, dass ich trotz des Verlassens des Gefängnisses im Dezember immer noch eingeschlossen bin. Ich bin nur ein Mal meine Familie in Frankreich besuchen gewesen, weil ich einen Moment zwischen der Arbeit und den Sitzungstagen gefunden habe. Und seit dem Coronavirus ist es unmöglich, über die Grenze zu kommen. Eine Freundin namens Monique Tatala war im Februar schwer krank, und als ich endlich ein Wochenende freischaufeln konnte, um sie im Krankenhaus zu besuchen, erfuhr ich, dass sie einige Tage vor meiner Abreise verstorben war.

[...]

In Frankreich werden die deutschen Polizeibeamten wie die Könige der Deeskalation angesehen, ich habe zwischenzeitlich in Hamburg gesehen, wie Tausende von Demonstranten eine Mauer hochkletterten, um der Polizei zu entkommen, die mit Schlagstöcken auf Schädel einschlugen. Es war der erste Tag der Demonstrationen in Hamburg gegen den G20, die Wasserwerfer, die fast

Moritz kriegt nächtlichen Besuch und Farbe an seine Fassade. Er hatte sich mit Nazi-Attentätern in Neukölln erwischen lassen. **16.06.20:** Kanzlei des Nazis Björn Clemens wird in Düsseldorf mit Farbe eingesaut. **18.06.20:** Farbbomben auf Luxusneubau in Frankfurt a. M. **19.06.20:** nach einer Polizeikontrolle in der Stuttgarter Innenstadt kommt es die restliche Nacht zu massiven Ausschreitungen, Angriffen auf Bullen und Geschäfte sowie Plünderungen der anliegenden Einkaufstraße. **21.06.20:** An der Eingangstür einer Polizeiwache in Kiel detoniert eine Sprengvorrichtung und beschädigt die

von Anfang an bei den Begleitfahrzeugen waren, wurden in Stellung gebracht, und die aus allen Richtungen eingesetzten Polizeibeamten ließen nicht einem nicht einmal die Möglichkeit zur Flucht. Es gab mehrere Dutzend schwer am Kopf Verletzter. Warum wird seitens der Gerichte Stille gegenüber der Polizeigewalt bewahrt? Wo sind die Fotos in den Medien der Polizeibeamten, die mit Schlagstöcken auf die Schädel einschlagen und die Spalten über Aufrufe zur Denunzierung im Zeitraum nach dem G20?

Ich beschuldige die Gerichte im Allgemeinen, an einer geschlossenen Gruppe von Personen teilzunehmen, die auf Basis von Arbeitsteilung zwischen der die Taten ausübenden Polizei und den Gerichten, diese Delikte durch ihre laxe Haltung verursachen und ermutigen. Die dieser Gruppe angehörigen Gerichte sind Komplizen sämtlicher von der Polizei ausgeübten Gewalt beim G20, da sich niemand von dieser Gewalt distanziert hat. Es gibt seit dem G20 keinerlei Verurteilung von Polizeibeamten trotz zahlreicher Videos und Dokumentation seitens der Bürger. Aber das ist auch ein strukturelles Problem der polizeilichen Institution, die Polizei erhebt keine Ermittlungen gegen sich selbst. Ich beschuldige die Judikative im Allgemeinen.

Bertold Brecht hat gesagt: *„Der reißende Fluss wird gewalttätig genannt. Warum nicht das Flussbett, das ihn einengt.“*

« Muss man den G20 ausrichten oder ihn durch Proteste verhindern? »

Wir finden in diesem Gipfel die fünf größten Waffenhändler der Welt, nämlich die Vereinigten Staaten, Russland, China, Frankreich und Großbritannien, sämtlich auch ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der UNO. „Wenn man für den Frieden ist, verkauft man keine Waffen“, das sind die Worte eines Mannes aus Guinea ohne Papiere, geäußert im Verlauf des Ausgangs im Gebäude A. Er hat mir viel über Guinea und Afrika im Allgemeinen erzählt, ein an Ressourcen sehr reicher Kontinent, der jedoch aufgrund der Ausbeutung durch das kapitalistische System arm ist. Wenn Thomas Sankara oder Patrice Lumumba nicht beide von in der nördlichen Hemisphäre des Landes gebauten Waffen ermordet worden wären, dann hätte Afrika heute ein anderes Gesicht.

Während des G20 von Hamburg verkauften Frankreich und Deutschland Waffen in die Türkei. Die Waffen wurden wahrscheinlich bei der türkischen Offensive gegen die Kurden in Rojava im Norden Syriens verwendet. Türkische Journalisten befinden sich immer noch in Haft, weil sie aufgedeckt hatten, dass Erdogan Waffen nach Daesh geliefert hatte. Wenn eine Person einem Demonstranten einen Stein gibt, kann sie der Komplizenschaft an einer Tat extremer Gewalt angeklagt werden und riskiert, im Gefängnis zu landen. Aber Waffen zu verkaufen ist eine rechtmäßige Tat. Das Problem ergibt sich vielleicht aus der Tatsache, dass es ein Geschenk ist, und dass es in Euren Augen richtiger ist, Steinhändler zu werden. Oder vielleicht hat das nichts mit finanziellen Interessen zu tun und es würde sich um eine moralische Frage handeln: es ist gut, Waffen zu verkaufen, da sie dem Krieg dienen, um Frieden zu schaffen, ein bereits von George Orwell in seinem Werk 1984 beschriebener Widerspruch. Anarchisten wurden kürzlich in Russland gefoltert. Die Folter, auf die man in der Türkei oder in Saudi- Arabien trifft. Habt Ihr einfach nur die Vorstellung extremer Gewalt, die Euer Gipfel verkörpert, diese Versammlung der 20 reichsten Staaten des Planeten?

Es gibt einen besonders schwerwiegenden Aspekt in dieser Angelegenheit, 5 Personen müssen für sämtliche Schäden einer Demonstration gradestehen. 99 % der vorgeworfenen Taten zielen nicht persönlich auf die Angeklagten ab. Die Anklage erstreckt sich auf über eine Million Euro Schäden. Der Staatsanwalt versucht eine weitreichende Sicht der Komplizenschaft zu konstruieren und aufzuerlegen, bis zu dem Punkt, wo er sogar über die angenommene Präsenz der Angeklagten hinausgeht. Konkret gesagt, stellen Sie sich vor, dass bei einer Demonstration jemand 50 Meter vor Ihnen ein Auto abfackelt : Sie werden als verantwortlich für die Schäden angesehen. Aber das ist nichts! Stellen Sie sich jetzt vor, Sie verlassen die Demonstration, 10 Minuten später wird ein Molotow – Cocktail geworfen: obwohl Sie nicht mehr vor Ort sind, werden Sie auch dafür verantwortlich gemacht.

[...]

Ich werde nicht erklären, was ich nicht getan habe, und wenn Sie mich fragen, was ich denke, dann könnte dies diesem weiteren Zitat gerecht werden :

«Wie auch immer mein Urteil über diese oder jene Handlung oder diese oder jene einzelne Person ausfällt, ich werde meine Stimme nie gemeinsam mit den Schreien des Hasses erheben, die Bewaffnete, Polizei, Gerichtsbarkeit, Priester und Gesetze in Bewegung setzen, um ihre Privilegien aufrechtzuerhalten.. » - Elisée Reclus

Es bleibt Ihnen noch ein wenig Zeit vor Ende dieses Verfahrens, um die Anklageschrift auf nur das zu begrenzen, was ich machen konnte, solange das nicht der Fall ist, weigere ich mich, mich hinsichtlich der mich betreffenden Anklage in Bezug auf die Demonstration in der Elbchaussee zu äußern. Man muss sicher sein können : ob ich tatsächlich anwesend war, ob Sie mich mit einer anderen Person verwechselt haben oder ob ich einfach nicht da war, mit Beweisen.

Glasfassade. **22.06.20:** Großflächiger Neuanstrich für Bullenwache in Frankfurt a. M. Nach mehreren Razzien undd anquatschversuh durch den VS. „Egal ob Hanau, NSU 2.0, die Anschlagsserie von Joachim Scholz oder die alltägliche rassistische Gewalt durch Bullen und andere Feinde der Emanzipation, wir lassen uns nicht spalten und schlagen zurück. Deshalb haben letzte Nacht die Schweine zur Abwechslung Besuch von uns bekommen.“ 22.06.20: Im Hambacher Forst werden zwei Secu-Streifen mit Steinen eingedeckt. 22.06.20. Vier Vonovia Karren werden in Berlin abgestochen oder

In Frankreich wurde ich anklagt, einen Zaun um ein Projekt einer Deponie nuklearen Abfalls zerschnitten zu haben, ich habe diese Handlung vor Gericht auf mich genommen, um sie zu erklären. Die Rückverschriftlichung dieses Verfahrens ist in einer Broschüre mit dem Titel: « Sie müssen wissen, dass ich von Ihrer Institution nichts erwarte“, die auch ins Deutsche übersetzt wurde. Weitere Verfahren gegen Anarchisten wie das von Alexandre Marius Jacob enthalten ebenfalls eine Anerkennung und Erklärung vor Gericht über die durchgeführten Taten. Es handelt sich um eine Strategie der Unterbrechung. Ich verstehe die Haltung, sich nicht erklären zu wollen und zu schweigen, und ich möchte den Personen gegenüber Solidarität zeigen, die das Schweigen bei den Verfahren gewählt haben. Gleichwohl verabscheue ich die lügnerischen Berichte der Staatsanwälte oder der Polizei. Und es findet in Ihren Gerichten statt, in denen Ihre Versionen sich manifestieren und von den Richtern und dann den Medien aufgenommen werden. Wenn ich mich heute erkläre, dann zu dem Zweck, Ihnen eine von mir in den Straßen von Hamburg erlebte Realität zu übermitteln.

Am Nachmittag des 7. Juli 2017 gab die deutsche Polizei eine weitere Demonstration ihrer Deeskalationsstrategie. In einem nicht enden wollenden Ballett der Polizeibeamten, die wiederholt im Vorbeikommen alles um die Rote Flora herum beschuldigten. Ich sah mehrfach, wie die Polizei grundlos mit Schlagstöcken auf Personen auf dem Bürgersteig einschlug, sowie auf Personen, die auf den Terrassen der Bars saßen und ein Getränk zu sich nahmen. Vielleicht war es im Geiste der Polizei so, dass die Tatsache einer einfachen Präsenz um die Rote Flora herum schon eine ausreichende Schuld bedeutete. In dem kleinen Park direkt dahinter liefen 4 Polizeibeamten auf eine Person zu, die sich in einer Ecke neben einem Busch befand, diese Person wurde abseits der Blicke & Kameras geschlagen. Ich sah einen Journalisten, der von der Polizei geschlagen wurde. Und dann die xte Person, die vor der Roten Flora schwer mit Schlagstöcken geschlagen wurde, ich näherte mich spontan mit weiteren Personen, schreiend vor Empörung. Ein Polizeibeamter starrte mir ins Gesicht. Alle meine Freunde in Frankreich wissen, dass ich eine ruhige Natur habe, aber das Gefühl der Ungerechtigkeit empört mich. Ich stellte also meinen Rucksack auf den Boden und warf 2 vor mir befindliche Flaschen Bier in Richtung der Polizei. Es gab gewalttätige Aktionen seitens der Polizei als Ursprung dieser Geste, ich möchte mich damit nicht entschuldigen. Umso mehr als dass es mir nicht gelang, die Polizeibeamten zu treffen und die Flaschen daneben zu Boden fielen (wie auf dem Video zu sehen ist). Sicherlich sieht es in Ihren Augen so aus, dass es illegal bleibt, ob das Wurfgeschoß einen Polizeibeamten trifft oder nicht, genauso wie ihre Gesetze es verbieten, auf Höhe des Kopfes den Schlagstock zu benutzen oder Tränengas ins Gesicht zu sprühen. Hat es dahingehend bereits ein Verfahren gegen einen Polizeibeamten gegeben, der Schläge mit dem Schlagstock in die Luft in die Nähe des Kopfes ausführte, ohne diesen zu treffen? Nein. Es hat nicht einmal einen einzigen Prozess gegen einen Polizeibeamten gegeben, der beim G20 mit dem Schlagstock auf einen Schädel eingeschlagen hat. Muss man von nun an mit einem Helm zu einer Demonstration gehen?

Ein wenig später sieht man mich auf einem Polizeivideo auf eine Dame eines gewissen Alters zulaufen, die ihr Fahrrad schiebt. Sie war mitten auf der Straße stehengeblieben, während sich ein Wasserwerfer auf sie zubewegte. Ich habe ihr zurück auf den Bürgersteig geholfen und dort angekommen, waren wir einem Wasserstrahl aus dem Wasserwerfer ausgesetzt, der sich klar gegen uns beide richtete. Sie beweisen damit immer eine überschießende Fantasie und eine extreme Feinfühligkeit, wenn Sie in Ihren Anklageschriften schreiben, dass dieses Wurfgeschoß gegen die Polizei gerichtet war und dabei hinzufügen « dabei in Kauf nehmend, dass er die Polizeibeamten hätte schwer verletzen können.» Denn bevor man sich das vorstellt, sollte man vielleicht klarstellen, dass das Wurfgeschoß tatsächlich einen Polizeibeamten trifft. Wenn diese Sache einmal vorbei ist, muss man anerkennen, dass es schwierig ist, einen Polizeibeamten schwer zu verletzen, wenn dieser im Gegensatz zu den Demonstranten, die diese nicht tragen, eine Schutzkleidung trägt. Beim Warten traf der kraftvolle Wasserstrahl uns ganz offensichtlich und niemand wirft der Polizei vor, die ihn abgeschossen hat, dass sie dabei eine schwere Verletzung der älteren Dame in Kauf genommen hat. Nachdem ich mich vergewissert hatte, dass es Letzterer gut ging, hob ich einige Augenblicke später 2 Steine auf und warf sie in Richtung des Wasserwerfers. Die Polizeibeamten waren hinter dem Wasserwerfer aufgestellt.

Finden Sie mich nicht in Ihrer Definition des guten oder bösen Demonstranten wieder, Sie sollten nur wissen, dass ich jeder Person gegenüber solidarisch bleibe, die sich nach Demonstrationen vor der Justiz befindet : ob es die des G20 oder der Gelbwesten sind, die von Minneapolis oder der Arbeiterviertel in Chile oder der von Hong-Kong. Denn noch einmal, wie auch immer mein Urteil über diese oder jene Handlung oder diese oder jene einzelne Person ausfällt, ich werde meine Stimme nie gemeinsam mit den Schreien des Hasses erheben, die Bewaffnete, Polizei, Gerichtsbarkeit, Priester und Gesetze in Bewegung setzen, um ihre Privilegien aufrechtzuerhalten.

Es gab zahlreiche Versuche zur Blockierung des G20 mit nicht gewalttätigen Sit-ins; ich habe auch an dieser Strategie teilgenommen und eine neben mir befindliche Person fand sich mit einem Veilchen wieder, während ein weiterer Polizeibeamter mir Fußtritte versetzte, während wir saßen. Ich stellte fest, dass die Verwendung dieser

eingeschlagen. **23.06.20:** In Stuttgart kriegt ein IB-Nazi bei der Vorbereitung eines Bannerdrops auf die Nase. 23.06.20: Am und im Arbeitsamt in Frankfurt A. m. Wird Feuer gelegt. **24.06.20:** In Köln wird das Reiterdenkmal an der Hohenzollernbrücke eingefärbt und Banner gegen die Kolonialgeschichte Deutschlands aufgehängt. 24.06.20: In München wird eine Targo Bank eingeschlagen. In Solidarität mit der Rebellion in den USA. Juni: „Keine Denkmäler für Kolonialverbrecher!“ Farbe für Bismarck Denkmal in Gießen. **25.06.20:** In Berlin brennt ein Transporter des Sicherheits-

Taktik weniger gefährlich im Beisein von Kameras ist, die die Szene festhalten. Die Polizei scheint sehr auf ihr Image bedacht zu sein, und hält sich mit der Demonstration ihrer Gewalt unter Objektiven zurück, zögert jedoch nicht mit dem Einsatz ihrer dunklen Seiten, sobald sich ein wenig Schatten zeigt.

« Der passive nicht gewalttätige Widerstand ist insoweit wirksam, als dass Ihr Widersacher den gleichen Regeln folgt wie Sie. Aber wenn eine friedliche Demonstration auf nichts als Gewalt trifft, endet die Wirksamkeit. Für mich ist die Nichtausübung von Gewalt kein moralisches Prinzip, sondern eine Strategie. Es gibt keine moralische Güte bei der Verwendung einer wirkungslosen Waffe. » Nelson Mandela

Es gibt eine Studie aus Februar 1989 über die Auswirkungen der von dem Strafvollzugsbeamten getragenen Uniformen in Kanada. Die Studie hatte ergeben, dass eine Person eher gewaltbereit ist, wenn sie eine Uniform trägt. Das ist der Grund, warum ich nicht unbedingt die Einzelperson beschuldige, sondern die Situation, die sich aus dem Beruf des Polizeibeamten ergibt. Es ist möglich, dass es bald so wie in Minneapolis für mehr und mehr Menschen notwendig wird, die Polizei abzubauen.

Als letzten Punkt : die deutsche Presse stellt häufig den wirtschaftlichen Einfluss von Demonstrationen als wichtigsten Punkt heraus. Ich denke, dass ich für den gesamten G20 in Hamburg gehört habe, dass es sich um 10 Millionen Euro Schäden handelt. Ich werde Ihnen beweisen, dass eine sich gesund ernährende Person, die ein paar Schäden bei einer Demonstration anrichtet weniger Geld kostet, als eine am McDo gewöhnte Gesellschaft. Ein Artikel in der Zeitschrift „Libération“ aus dem Jahr 2019 schätzt, dass die Kosten schlechter Ernährung für die Gesundheit in Frankreich bei 55 Milliarden Euro im Jahr liegen. Es bräuchte jedes Jahr 5.500 Demonstrationen mit 10 Millionen Euro Schäden, um den wirtschaftlichen Einfluss schlechter Ernährung auszugleichen. In dem Wissen, dass die Mobilisierungen sich über 4 Tage hinzogen, ist es nicht möglich, mehr als 92 davon im Jahr durchzuführen. Es sei denn, man erlaubt sich die Vorstellung mehrerer Demonstrationen gleichzeitig. Dann müsste man gleichzeitig 59 Demonstrationen wie die in Hamburg durchführen und dies in einem Jahr kontinuierlich wiederholen, um die wirtschaftlichen Schäden der schlechten Ernährung in Frankreich in gleicher Höhe zu erreichen. Ich habe keine Zahlen in Bezug auf Deutschland gefunden, glaube aber, dass diese ziemlich identisch sein dürften. Aufgerundet kann man sagen, dass schlechte Ernährung in Deutschland und Frankreich 100 Milliarden Euro kostet. Also 300 Milliarden Euro seit dem G20 in Hamburg, ist es nicht weiser, Prozesse gegen die Großen der Nahrungsmittelindustrie zu führen, die unsere Nahrung und unsere Leben vergiften?

[...]

Meine nächste Erklärung wird einen Text enthalten, der von einem G20 ohne Polizei ausgeht, was ich als Alternative zu Ihrem Gipfel ansehe, sowie eine Kritik an der industriellen Zivilisation und den erneuerbaren Energien des grünen Kapitalismus. Ich werde ihrem Gericht außerdem einen Comic mit Kartoffelmännchen präsentieren, die ich im Gefängnis gezeichnet habe und in der ich erkläre, wie sich alle Staaten der Welt ihrer Atombomben entledigen könnten.“

Amazon-Baustelle sabotiert!

Dokumentation: „Ende letzten Jahres hat Amazon den Kaufvertrag für eine Gewerbefläche an der A27 in Achim abgeschlossen. Wer sich jetzt dorthin begibt, sieht riesige Kräne und anderes schweres Gerät in die Luft ragen, die eine gigantische Halle aus Stahl und Beton aus dem Boden stampfen. Dort, wo vor kurzem noch eine Brachfläche war, werden zukünftig 2.000 Menschen unter stetiger Überwachung in einer fensterlosen Halle einer schlecht bezahlten Arbeit nachgehen – nur, um dann bald ganz von Robotern ersetzt zu werden. Arbeitsämter reiben sich die Hände, dass sie massenweise Menschen in die Arbeit bei Amazon zwingen können.

Das neue Logistikzentrum ist wichtig für Amazon, um zusammen mit dem deutlich kleineren Verteilerzentrum in Bremerhaven, den Großraum Bremen/Oldenburg/Bremerhaven schneller beliefern zu können. Das Land Niedersachsen trägt dabei die Kosten der Verkehrsanbindung und anderer Infrastruktur und reiht sich damit in die entwürdigende Praxis ein, mit der sich Städte und Kommunen auf der ganzen Welt mit ihren Geschenken an den Konzern übertrumpfen.

Wir haben uns entschieden, den Bau nicht ganz reibungslos vonstatten gehen zu lassen. In den frühen Morgenstunden des 30.Juli 2020 haben wir mit 20 Liter eines Gemischs aus Benzin und Diesel und mehreren Brandsätzen auf der Baustelle Feuer gelegt und einen 40 Meter hohen Kran angezündet. Anstatt uns dem scheinbar Unvermeidlichen hinzugeben, haben wir uns entschlossen, in den toten Winkeln der Bau-Watch Kameras mit ihrem durchdringenden grünen Lichtschein und außerhalb der Blicke der

dienstleisters WISAG. „In Solidarität mit Gefangenen Obdachlosen und geflüchteten Menschen.“ 25.06.20: RWE Pumpstation in Manheim abgefackelt. **26.06.20:** In Köthen wird ein AfD-Büro demoliert und mit Buttersäure unbrauchbar gemacht. **27.06.20:** In Duisburg werden die Autos des Nazi-Ehepaars Ralf Panek und Andrea Streyer mit Farbe beschädigt. Außerdem wird eine Fahrschule mit Nazisymbolik im Schaufenster eingedengelt. 27.06.20: Bei einer Kontrollaktion des Wuppertaler O-Amtes lassen diese ihr Auto unbeaufsichtigt und kriegen die Reifen zerstochen. 27.06.20:

Securities, die diese Baustelle Tag und Nacht bewachen müssen, zum unkalkulierbaren Risiko für das kybernetische Kapital zu werden.

Überwachung und technologischer Zugriff

Herrschaft, Überwachung und die Ausbeutung von Menschen organisieren sich zunehmend durch Zugriffe großer Konzerne. Ihre digitalen Netze, Algorithmen und Technologien sind kaum mehr wegzudenken und durchdringen all unsere Lebensbereiche. Sie beeinflussen unser Leben, unseren Alltag, unsere Gefühle, unser Denken, unsere Kommunikation und unsere sozialen Beziehungen. Der technologische Angriff zielt damit auch auf alles, was sich bisher der kapitalistischen Verwertung widersetzt hat. Eine Dystopie, die ihrer Vollendung entgegenstrebt: Unendliche Datenmengen werden gesammelt, selektiert, ausgewertet und analysiert, sodass ein lückenloser Einblick in die gesellschaftlichen und sozialen Prozesse in Echtzeit garantiert ist. Diese sollen gesteuert werden, um Entwicklungen und (Un-)Regelmäßigkeiten vorhersagen zu können. Kleine Veränderungen und Erschütterungen auf dem fragilen Wirtschaftsmarkt können sich auf die eigene Vormachtstellung im Rennen um den größten Profit auswirken.

Die gegenwärtige technologische Entwicklung ebnet den Weg für eine Smartifizierung des gesamten Lebens. Dabei beinhaltet der Wirtschaftserfolg von IT-Riesen wie Amazon, Apple, Google, Facebook & Co. selbstverständlich auch, dass Lohnausbeutung optimiert wird. Gleichzeitig verspricht eine auf Algorithmen basierende Kriminalitätsprävention reibungsloses Regieren und ein Herrschen und Verwalten, was sich meist in gänzlich unsichtbarem, dezentralen und sogar umweltbewusstem Outfit geriert. Hier einige Beispiele.

Gesundheitsmarkt und humane Technologie

Amazon breitet sich auf allen Märkten und in alle Lebensbereiche aus. Investitionen in die sogenannte Share-Economy laufen zeitgleich mit der Gründung einer Krankenversicherung. Der Einstieg in den Gesundheitsmarkt war und ist vielversprechend.

Günstigere Tarife oder Boni für Versicherte dienen hier als Anreiz möglichst viel (zum Beispiel über eine Smart Watch) über sich und sein Verhalten Preis zu geben. Informationen über Blutzuckerwerte, die Anzahl der Schritte pro Tag bis hin zum Alkoholpegel werden über digital devices direkt an die Krankenkasse weitergegeben. Wer zum Beispiel raucht, wird einen höheren Krankenkassenbeitrag zahlen müssen. Jeder Mensch ist für seine Gesundheit selbst verantwortlich. Das Solidarprinzip der Krankenkassen wird damit vollends ausgehöhlt. Das Geschäft im Gesundheitssektor ist mittlerweile die zweitgrößte Einnahmequelle für Amazon.

Kriminalitäts"prävention"

Die Gesichtserkennungssoftware „Rekognition" von Amazon ist eine rassistische und unzuverlässige Überwachungstechnologie, die insbesondere von der US-amerikanischen Polizei eingesetzt wird. In der Praxis kommt es immer wieder besonders bei BPOC (Black People of Color) zur Verfälschung der Ergebnisse, mit der Folge, dass sie viel öfter kriminalisiert, also kontrolliert, festgenommen oder inhaftiert werden. In den USA haben mehr als eintausend Polizeireviere eine Partnerschaft mit dem Amazon-Konzern und verwenden seine Überwachungstechnologien. In Deutschland wurde der Einsatz von Gesichtserkennungssystemen aufgrund technischer Probleme und datenschutzrechtlicher Hürden zunächst ausgesetzt und die Nutzung bei der Polizei auf ein weiteres Jahr verschoben. In den USA gehen wöchentlich weitere Polizeireviere Partnerschaften mit Amazon ein.

Wenn wir den technologischen Angriff bekämpfen wollen, müssen wir uns selbst sabotieren!

Eine Entmachtung oder gar Vergesellschaftung der großen Tech-Unternehmen und Global Player wie Amazon, Apple, Facebook oder Google scheint kaum möglich. Eine Reformierung oder eine „sozial verträglichere" Gestaltung dieser Unternehmen halten wir für falsch, da ihre Macht zu groß und die ihr inne wohnenden Ideen und Menschenbilder unserem Freiheitsbegriff diametral entgegenstehen. Wir halten den Wunsch jeden Gedanken des Menschen, jede soziale Beziehung und auch den kleinsten Schritt in Arbeitsabläufen ausleuchten und kontrollieren zu wollen für gefährlich. Wenn diese kleinsten Teilchen dann auch noch gesteuert und an ein vorgegebenes Äußeres angepasst werden sollen, ist das gewalttätige Herrschaft in Reinform!

Trotzdem ist uns natürlich klar, dass auch wir und unser Alltag durch Technologien strukturiert und vielfach durchdigitalisiert sind.

Ein großer Teil linksradikaler Zusammenhänge organisiert sich über Messenger. Wenn Dinge, die man kaufen will, im Laden doppelt so teuer sind, dann bestellt man sie bei Amazon und nutzt damit die ausbeuterische Struktur dahinter. Picker*innen, Packer*innen, Lieferant*innen arbeiten auch für oder wegen uns unter miserabelsten Bedingungen. Ganz zu schweigen von den Orten der Produktion…

Farbe für CDU-Büro in Dortmund. **28.06.20:** In Hamburg brennt ein Transporter der Immobilienfirma Nordelbe zum ersten Jahrestag der Festnahme der drei von der Parkbank. **29.06.20:** In Berlin brennt ein Tesla als Zeichen des Widerstandes gegen den sogenannten Grünen Kapitalismus. 29.06.20: Dem Auto der Ehefrau Catherine, von Hamburgs Innensenator Grote, werden die Reifen zerstochen. **30.06.20:** Ein Stromausfall in der Rigaerstraße in Berlin wurde genutzt um eine Barrikade in Brand zu setzen und zahlreiche Graffiti an Wänden und Firmenwagen anzubringen.

Die eigene Rolle und Verantwortung in der Kritik nicht zu verkennen und die eigene Verwobenheit und Abhängigkeit nicht zu leugnen, finden wir wichtig. Wir sind Teil dieser Gesellschaft und damit auch Teil des Problems. Das ist nichts Neues.

Aber gerade deshalb ist es sinnvoll zu handeln und selbst zu gestalten. Innehalten, off-sein und mal Sand ins eigene Getriebe schütten, gehört genauso dazu wie die Zerstörung und Abwehr des technologischen Angriffs. Reden wir von der Zerstörung des Technologischen Angriffs, müssen wir uns auch selbst sabotieren!

„TECHNOLOGIEKRITIK IST HERRSCHAFTS- UND ZIVILISATIONSKRITIK – KEIN PRIMITIVISMUS!

Wir fällen nicht das lächerliche Urteil, dass die Technologie „schlecht" ist. Aus welcher – ohnehin historisch bedingten – Ethik heraus denn auch? Wir sagen, sie ist Gewalt und sozialer Krieg." (aus „digitale selbstbestimmung" vom redaktionskollektiv capulcu)

Unser Angriff von außen

Wir wissen, dass unser Angriff nur eine (kleine) Sabotage ist, die den Bau des Logistikzentrums von Amazon etwas verzögert und die Kosten um wenige hunderttausend Euro in die Höhe treibt. Doch wissen wir auch, dass sich viele in einem solchen Akt des Widerstands gegen den technologischen Angriff auf unsere Körper, unsere Arbeitskraft, unsere Freizeit und unsere Beziehungen wiedererkennen werden. In diesem sich Wiedererkennen, in der Wut, in der Entschlossenheit und dem Tatendrang liegt ernstzunehmendes Potential.

Und weil auch wir uns in den Angriffen anderer wiedererkennen, möchten wir zum Schluss an unser Kommunikee einen Teil eines Schreibens übernehmen, mit dem sich am 1. Februar 2019 zu einem koordinierten Angriff auf Amazon Fahrzeuge, das Amazon Development Center Germany in Berlin-Mitte und dessen Chef, Ralf Herberich, bekannt wurde:

Arbeit im disruptiven Kapitalismus

„Die miserablen Arbeitsbedingungen und Amazons „Innovationen" auf dem Gebiet der prekären Arbeitsverhältnisse sind bekannt. In den Logistikzentren, vom Konzern Fullfillment-Center genannt, gibt es permanente Kontrolle und „Optimierung" der Abläufe. Von der Überwachung der Handscanner bis zur gegenseitigen Bewertung und dem bewussten Ignorieren von Sicherheitsstandards lastet auf den Arbeiter*innen ein enormer Druck. So lohnt es sich oft nicht mal in den Pausenzeiten den Weg zum Pausenraum zurückzulegen und Pausen zu verlängern kommt für Picker*innen und Packer*innen meist auch nicht in Frage. Jeder Handgriff und jeder Schritt im Lager wird haargenau überwacht.

Auch die meisten der 200.000 Paketzusteller*innen in Deutschland arbeiten unter miesen Bedingungen für diverse (Sub-)Unternehmen mehr oder weniger indirekt, aber auf jeden Fall sehr flexibel, für Amazon. Amazon Flex, heißt die App, mit der man sich als Scheinselbstständige*r den hoffentlich nächsten Lieferauftrag ans Land zieht. Die Route zur Zieladresse wird dann vorgegeben.

Bei Amazon Mechanical Turk, der ersten Klickworking Plattform, wurden sämtliche Arbeitsrechte umgangen. Auf der Plattform werden sogenannte Mikroaufgaben à z.B. 10 Cent vergeben. Beim stupiden Aussortieren unangemessener Inhalte oder beim Produktbewertungen schreiben werden dann Screenshots und Arbeitstempo aufgenommen.

(Arbeits-)kampf gegen die vierte Industrielle Revolution

Die Gewerkschaft ver.di führt derweil für die 14 000 Arbeiter*innen aus 12 Logistikzentren einen bisher erfolglosen Tarifstreit. Trotz „Union-Busting", immensen Organisierungshindernissen und hoher Fluktuation der Belegschaft in den Lagern haben am Schnäppchentag „Black Friday" 2017, nach ver.di Angaben, ca. 10% der Arbeiter*innen an sieben deutschen Lagerstandorten und jeweils an einem in Italien und Polen einen Streik organisiert. Dazu haben solidarische Leute und Gruppe versucht das Amazon-Prime-Logistikzentrum am Kurfürstendamm in der Berliner Innenstadt zeitgleich zu blockieren, leider ohne nennenswerte Verzögerungen zu verursachen.

Ralf Kleber, Amazon-Deutschland Chef, behauptete mal: „Wenn Glatteis ist, juckt uns das weit mehr, als wenn ver.di zum Arbeitskampf aufruft".

Er hatte Recht, doch wieso können (lokale) Streiks nicht mehr den gewünschten Druck ausüben? Die Automatisierung der Lastenverteilung zwischen den Warenlagern über Landesgrenzen hinaus ermöglicht es Unterbrechungen, wie z.B. durch Streiks, so weit aufzufangen, dass die Lieferzeiten wie gewünscht sehr kurz gehalten werden und in der Öffentlichkeit jede Auswirkung des Streiks fast unsichtbar bleibt. Das Stören des reibungslosen Betriebs wird hier durch „intelligente" Algorithmen erschwert bis unmöglich gemacht. Amazon ist Vorreiter auf dem Feld dieser Automatisierung, welche hier einen direkten Angriff auf die Arbeiter*innen und ihre Möglichkeiten des regulierten Arbeitskampfes darstellt. Doch trotz und gerade wegen dieser besorgniserregenden Entwicklungen ist es

30.06.20: In Berlin wird ein SUV der französischen Botschaft in Brand gesetzt. In Solidarität mit den Aufständischen in den Banlieus. **03.07.20:** Nach dem ein Kioskbetreiber in Köln den Hitlergruß und rassistische Sprüche zum besten gab wurde sein Laden angegriffen. 03.07.20: Farbe auf Niederlassung von Dr. House in Berlin. **04.07.20:** Fünf Brandsätze an Baggern auf der Baustelle für die neu A49 bei Treysa zünden nicht und werden von den Bullen entdeckt. 04.07.20: Farbe auf SPD-Bude in Leipzig. **05.07.20:** Farbe für Burschenschaft in Dresden. **06.07.20:** Trafo-Station auf einer

wichtig die Initiative zu ergreifen. Dass bisherige Streiks solchen Konzernen keinen ernstzunehmenden Schaden zugefügt haben, macht sie nicht überflüssig. Es zeigt eher, dass es notwendig ist mit größerer Vehemenz und „radikaleren“ Mitteln zu kämpfen, das könnte beispielsweise mehr direkte Aktionen heißen, wilde internationale Streiks und dafür eine internationale Vernetzung weiter voranzubringen. Sabotage und militante Interventionen (von außen) oder die Idee eines europäischen Generalstreiks wie es die Spanischen Genoss*innen vorschlagen (https://makeamazonpay.org/2018/05/17/675/) könnten da genauso andocken, wie Ideen für die Sabotage an den Algorithmen bzw. an dem Internet of Things durch falsch einsortierte Pakete oder ähnliches. Eine Kombination aus traditionellen und neuen Mitteln gegen die neue digitalisierte Arbeitswelt ist wahrscheinlich am vielversprechendsten im (Arbeits-)Kampf gegen ein disruptives Technologie-Unternehmen wie Amazon.“

Das ganze Schreiben findet ihr hier: https://chronik.blackblogs.org/?p=9514

In diesem Sinne Grüße wir all diejenigen, die in Berlin gegen den Amazon-Tower kämpfen, die in Queens die Ansiedlung eines Headquarters verhindert haben, in Staffordshire gleich dreimal in Folge am Black Friday das lokale Verteilerzentrum angezündet haben, die in Tübingen das Cyber Valley-Projekt bekämpfen…Wir grüßen alle, die nachts losziehen, um Amazon-Locker, Lieferautos, Baustellen, Büros, Drohnen und Datencenter zu sabotieren. Genauso grüßen wir alle wütenden Arbeiter*innen, die sich unhaltbare Arbeitsbedingungen nicht gefallen und sich schon gar nicht in den gigantischen kybernetischen Apparat des globalen, digitalisierten Kapitalismus eingliedern lassen.

Und eins wollen wir noch sagen: Wer sich entscheidet, zur Tat zu schreiten, kommt in den Genuss festzustellen, dass manches, was uns im Alltag unbezwingbar erscheint, von Nahem betrachtet, etliche wunde Punkte offenbart unserer Courage schutzlos ausgeliefert sind. Es gilt wie immer die alte Regel der Einbrecher*innen: Immer zuerst nachschauen ob die Türe unverschlossen ist…

Eine Umarmung an alle Gefangenen und an alle, die von Repression, Überwachung und Hausdurchsuchungen betroffen sind.“

*Einige Saboteur*innen*

Die Klingelknöpfe

Der Mensch als Anhängsel der Smartphone-Maschine

Die Zeit ist knapp, sie vergeht so schnell, allgemeine Ausdrücke für allgemeine Verhältnisse. Alle tragen ihren Klingelknopf mit sich herum, manchmal surrt es, manche werden von einem Lied gerufen. Beachte mich, tu etwas, sei alarmiert, mir zu Diensten, beuge und beeile Dich, gib mir Geld, zeig mir deine Welt, fütter mich, schau mich an! Bin ich nicht hübsch, aufregend, neu? Ich vermittle Dir die Welt, wie sie mir gefällt.

Das hat unser aller Verständnis von Zeit, Raum und Verfügbarkeit (vor allem über Menschen oder Dienste, welche sich in Zeit und Raum befinden) verändert. Mach dies, mach jenes, schnell noch das holen, kannst Du kurz? Die materielle Dialektik des internetfähigen Mobilfunks macht alles und jeden verfügbar, immer überall. Verfügbar sein im Kapitalismus heisst, ausbeutbar zu sein. Eine Erweiterung der Verfügbarkeit geht tendenziell mit einer Erweiterung der Ausbeutung und ihrer Intensivierung einher. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Fantasie, Selbstbild, Wünsche, Träume, alles auswertbar und kapitalisierbar. Es füttert die Kapitalmaschine!

Das, was der Klingelknopf einst war, ein Instrument um Einlass zu einem verschlossenen, abgesperrten Ort zu erbitten, hat einen befehlenden Ton angenommen. Die Welt bricht von außen herein, ich habe ihm durch die Maschine einen Weg in meinen Körper und Kopf gebaut. Öffne Dich! Gewähre mir Einlass! Rechtfertige Dich! Die Moderne mit ihrem eigentlich zu begrüßenden Imperativ der Begründung und Legitimierung von Macht schlägt auch hier in ihr Gegenteil um, in eine permanente Anpassung und Unterwerfung an das Gesellschaftliche. Es wird immer weniger angeboten und nachgefragt, sonder von oben geplant und und durch das Gerät in der Hand manipuliert. Je länger man sowas anwendet, desto leiser kann der Klingelton sein, bis die Tür einfach immer offen steht oder automatisch alle 5 Minuten geöffnet wird.

Solange das Private noch etwas geschützt war, war allen klar, dass man sich ankündigen musste, sich auf seine Rolle als Gast besinnen und das Private achten sollte. Auch diese Umgangsformen mussten erlernt werden, selbstverständlich war das nicht. Die Dame des Hauses musste sich und es repräsentieren, es repräsentabel halten, zumindest ein Zimmer, in dem man Gäste empfangen konnte. Wie

Baustelle der Pandion AG geht in Flammen auf. **08.07.20:** Nachdem Obdachlose im Göttinger Karree Zuflucht gesucht hatten räumte die Stadt ihre Schlafplätze und ließ einen Zaun errichten. In dieser Nacht schnitten Unbekannte ein großes Loch in den Zaun. 08.07.20: In München steht ein Sendemast in Flammen. **09.07.20:** Glasbruch bei SPD-Büro in Berlin. 10.07.20: Die Scheiben einer Sparkasse in Berlin müssen dran glauben außerdem brennt ein weiterer Vonovia Transporter nach der Teilräumung der Rigaer 94. **10.07.20:** Nach dem die Bullen ein unangemeldetes in Würzburg

die andern Zimmer oder gar der Keller des bürgerliches Hauses aussah, dass war egal, bis man sich darauf besann, dass man durchaus aufgeräumt und Leichen im Keller haben konnte.

So auch das Digitale Ich, es muss aufgeräumt und präsentabel sein, statt die Privatheit und Andersartigkeit zu achten. Der Zwang zur Anpassung wird erhöht, statt die Anpassung der Gesellschaft an die Individuen zu fordern. Eben durch das befehlende Klingeln (im Kopf), welches die Gegenseitigkeit, die Grundlage von allen menschlichen Gruppierungen großer und kleiner Art vergessen macht. Gegenseitig sein heißt, sich zu sehen, auf der Gegenseite eines Aktes jemanden vorzufinden. Dies ist im Digitalen verschwunden. Das Gerät in unserer Tasche ist unverschämt geworden, es hat die Rücksichtslosigkeit kultiviert, weil bei der Rück-Sicht nichts zu sehen ist. Kein Groll, keine Abwehr, kein Schaden mehr sichtbar. Keine unmittelbare Reaktion, deren Erwartung das Soziale reguliert. Alle anderen sind manipulierbar, nur ich nicht. Ich bin individuell, einzigartig und bambucha.

Ständige Erreichbarkeit bedeutet ständige Nutzbarkeit und über ein Gerät vermittelte Nutzung einer Person als Mittel statt unmittelbar „ausgehandelter“ Gegenseitigkeit zwischen Mensch. Es ist kein Wunder, dass Menschen sich aufregen, wenn ihnen jemand digital nicht antwortet. Sie sind noch gefangen in alter Gegenseitigkeit. Schnelligkeit der Antwort (ob Wort oder Tat) ist oberstes Gebot der neuen vermittelten Nutzbarkeit des digitalen Menschen. Stets, immer, alle sozialen Forderungen zu erfüllen zerstört das fragile Individuum und vermasst es, drängt es zur Anpassung und Unterwerfung und sei es an/unter das eigene Milieu. Alte Gegenseitigkeit konnte die Verfügbarkeit regulieren, es einen Kampf aufführen lassen und sich im Andern als Bedingung der Möglichkeit für Eigenständigkeit erkennen lassen.

Diese Möglichkeit hat uns der digitale Klingelknopf genommen, sein Motto ist schnell, jetzt, sofort, ungeplant, ungeprüft, unbedacht, im Befehlston, ohne unmittelbare Antwort. Kein Wunder, dass das enthemmt. Es enthemmt den Hass auf das Andere im Menschen, den Teil, den wir von Anderen zu kontrollieren achten, um zu uns selbst zu kommen. Es enthemmt die gefühlte Verfügungsgewalt über unsere Umwelt, an die wir uns stets richten können, die sich aber dem eigenen Willen nicht beugt. Es enthemmt das Unverständnis, das gehörte Worte keine Magie sind, noch nicht von sich aus Dinge und Menschen in Bewegung versetzen, auch wenn alle stets erreichbar sind. Es bedarf eines postmodernen Erziehungsprogramms, um den digitalen Menschen zu erschaffen. Der Einsatz der Technik trainiert alle auf die Bedingungen des gesellschaftlichen Verkehrs. Wer glaubt sich dem entziehen zu können und trotzdem solch Geräte zu nutzen, irrt. Der Umgang mit dieser Technik verändert unseren sozialen Umgang miteinander und unsere Körper.

So beginnt der Rüstungswettlauf der Manipulation durch Worte, ihre Anordnung und Darstellung eine neue Qualität anzunehmen. Alles muss skandalös oder wundervoll, noch nie dagewesen sein, sonst schließt man die soeben vom Klingelknopfträger geöffnete Tür sofort wieder. Die Geschichtslosigkeit und damit das Vergessen halten Einzug durch das digitale Dauerbombardement. Abschottung, Rückzug, Depression sind die Folgen dessen. Durch Terror des Gewissens treibt man niemanden mehr zu gutem Verhalten. Die allerorts proklamierten Skandale brauchen eine enorme Maschinerie im Hintergrund, um überhaupt irgendwen noch in Bewegung zu setzen. Der digitale Gott aber ist in unserer Tasche, der beständig zwischen uns der der fernseitigen, auf der anderen unbekannten Seite der Verbindung angeblich existierenden Gesellschaft vermittelt, seine Kanäle, seine Sprache, seine Symbole. Er erlaubt erst die Grausamkeit, das Vergessen, die Verfügung. Die Gewöhnung an die Gräuel und die Ablenkung von den Ursachen sind sein Geschäft, wie es seit jeher das Geschäft der Kirche war.

Die Ideologie des internetfähigen Mobilfunks

Der Klingelknopf in meiner Tasche verführt mich dazu, stets anklingelbar zu sein, immer ranzugehen und dem Knopf als Störung Vorrang zu geben. Der Inhalt könnte ja wichtig sein. Es wird ihm Vorrang gewährt, weil soziale Teilhabe darüber organisiert wird. Wer das Gerät nicht besitzt, bringt sich in soziale Bedrängnis. Auch unsere Beziehungen werden unterbochen durch das Zwischenschalten eines Gerätes. Der Ton, der mich ruft, unterbricht andere soziale Prozesse, da ich ihm Vorrang einräume und es auch tun muss, um an anderen sozialen Prozessen teilnehmen zu können. Je öfter ich dies tue und je nerviger der Klingelknopf, desto eher unterbreche ich etwas. Dem Gerät wird Vorrang vor dem Menschen im konkreten Moment gewährt. Die Maschine wird zunehmend wichtiger, denn sie erscheint als Zugang zum Menschen. Erreichbarkeit wird damit unendlich wichtig, nicht mehr reale Teilhabe.

Die digitalen Erscheinungen der realen Welt im Internet und seiner Gerätschaften verführen zur Verdrängung von Informationen. Zu viel zu wissen bei gleichzeitiger Ohnmacht im realen Leben führt zur Vertiefung der Ohnmacht, Verdrängung und Zynismus als neurotischen Verarbeitungsweisen. Es scheint allerdings, dass ja alles möglich sei, weil die so stark gesteigerte Produktivkräfte des Digitalen auch uns angeblich zu Nutzen gereichen können. Dies ist eine Illusion, ein falscher Schein, welcher sich aus der Ideo-

verhinderten fackelt ihnen ein Streifenwagen ab. 10.07.20: Porsche brennt in Leipzig. **11.07.20:** Nach den Angriffen auf die Rigaer 94 prangt Graffiti auf einem SPD Büro in Wuppertal. 11.07.20: Zwei Streifen in Berlin-Friedrichshain fressen Steine. 11.07.20: Hausbesuch mit Hammer bei Nazi Felix Friebel in Dresden. **12.07.20:** Bei einer Sponti gegen den Angriff auf die Rigaer und die Räumungsklage gegen Liebig 34, Potse und Drugstore gehen zehn Luxuskarren und mehrere Geschäfte zu Bruch. 12.07.20: In Jena kriegt ein Burschi aufs Maul. **13.07.20:** In Berlin kassiert ein Restaurant

logie des Digitalen ableitet. Auch das, was sich linke Szene nennt, wird nurmehr durch das Digitale vermittelt, weil es pragmatisch und produktiv erscheint. Die neoliberalen Veränderungen der Gesellschaft, welche dem Digitalen erst zum Durchbruch verhalfen, haben Einzug gehalten in die linken Arbeitsweisen. Auch wir forcieren die Aktivierung der Individuen durch ein Dauerbombardement mit Informationen und Möglichkeiten. Auch wir versuchen unsere Schwäche mithilfe digitaler Hilfsmittel zu kompensieren, analog zur sinkenden Profitrate, welche durch Technologisierung erhöht werden soll. Die Folgen sind ähnlich wie bei den kapitalistischen Prozessen: Erhöhung der Ausbeutung, Erhöhung der Intensität der Arbeit, Aktivierung und Nutzbarmachung auch der emotionalen Seiten des Selbst, geringere Nachhaltigkeit der Arbeit bei gleichzeitiger digitaler Aufrechterhaltung eines Bildes. Erzählungen über das zu Tuende und das Getane und nicht die Tat an sich werden wichtig, denn die Demo ist erst effektiv, wenn sie auch in Zeitung und Internet landet. Es ist eine linke Szene entstanden, die sich an angeblicher Reichweite misst, statt an den Taten an sich, die sich mithilfe digitaler Mittel überausbeutet und dann nach überstandenem Burn-Out über Nachhaltigkeit der politischen Arbeit zu diskutieren. Falsch gemessene Quantität des Sichtbaren statt schwer bestimmbare Qualität des Wesens der Tat.

All dies findet seine Repräsentation im Smartphone, welches nicht nur Hilfsmittel und Arbeitsgerät, sondern auch Klingelknopf und Megaphon, nicht nur Überwachungsgerät und Spitzel, sondern auch Zugangsberechtigung und Mitgliedschaftsbedingung ist. Machen wir uns dabei nichts vor: dasselbe gilt für den Computer und das alte Handy; nur nicht in so hohem Maße. Die Techniken und Technologien, die wir einsetzen, haben starken Einfluss auf uns. Zu glauben, dass man ja die Technik beherrsche anstatt die Technik einen selbst ist ein Irrtum. Es ist an Marx zu erinnern, der bereits wusste, dass die Maschine den Arbeiter anwendet, nicht umgekehrt. Dasselbe gilt auch für die digitalen Technologien. Wir können uns nicht per Willensakt davon befreien, denn sie sind kein neutrales Mittel.
Es gilt die je spezifischen Folgen eingesetzter Techniken und Technologien kritisch zu hinterfragen auf ihre sozialen Wirkungen, nicht nur auf die erhoffte politische Wirkung. Zu einer Kritik und zu einer Analyse gehört es, die Vor-und Nachteile zu benennnen. Es kann durchaus sein, dass auf Smartphones organisierte Politgruppen zu einer besseren Vernetzung führen. Gleichzeitig treffen sich die Menschen weniger auf der Straße oder im AZ um zu diskutieren, was wiederum das Reflektionsniveau bzw. die Diskutierfähigkeit senkt. Gleichzeitig ist damit das Smartphone ein enormes Sicherheitsrisiko und ein immer wichtigerer Fang für die Repressionsorgane. Auch diejenigen, welche sich den digitalen Technologien aus guten Gründen verweigern und sie nur insoweit als unbedingt nötig integrieren, werden ausgeschlossen. Man mag die Verweigerungshaltung kritisieren, allerdings ist dies keine inhaltliche Kritik, sondern nur eine Pseudokritik, die überzeugen soll mitzumachen. Der Ausschluss, obwohl absichtlich vorgenommen, wird nicht mitbedacht.

Die linken Verfechter*innen und Anwender*innen der digitalen Vernetzung sind sich dessen nicht bewusst. Sie wollen es auch nicht wissen, denn sie wollen sich der digitalen Selbstrückkopplung, die längst zum psychischen Alltag der Stabilisierung dazugehört, nicht entziehen. Es ist allerdings ein klassischer ideologischer Fehlschluss, dass nur die Dinge, auf die es (in diesem Falle: digitale) Resonanz gibt, einen politischen Effekt haben. Es gehört zu den unangenehmen Gewissheiten politischen Handelns, dass wir nicht genau wissen können, was genau was bewirkt, je sozialer die Maßnahmen sind, desto mehr entziehen sich die Effekte und auch deren Widersprüche unserer Wahrnehmung. An ihre Stelle muss Ideologie treten, um diese Lücke zu füllen.

Je direkter das Handeln auf die materielle Umwelt einwirkt, statt auf die zwischenmenschliche Verhältnisse (wie bei den sozialen Maßnahmen), desto mehr erkennen wir eine Wirkung, denn ein ausgeschalteter Stromkasten kann durchaus einen Flughafen für einige Stunden lahmlegen. Kaputte Bahnstrecken verhindern die Anreise einer gewissen Anzahl an Neonazis. Hier greift der ideologische Fehlschluss, dass nur dies etwas verändere, denn man hat ja direkt Resonanz darauf, welche meist medial vermittelt ist. Aber gleichzeitig ist das Wissen darum, woher eigentlich die Menschenverachtung und Gewalttätigkeit der Neonazis kommen oder die Unterwürfigkeit der Untertanen der direkten Aktion enthoben.

In beiden Fällen haben wir es mit Mustern von politischer Unbewusstheit und Ideologie zu tun, welche das eigene Handeln in direkte Beziehung zum Handeln setzen soll und doch meist nur verschleiert, was passiert, weil sich die Wirkung auf etwas nicht aus den Absichten und Intentionen des*r Handelnden ableiten, sondern sich aus und in einem komplexen gesellschaftlich-materiellen Geflecht entfalten. Die Widersprüche des eigenen Handelns zu kennen und der Unauflösbarkeit nicht durch einseitige Auflösung zu entkommen, muss das Programm einer kritischen Linken sein. Wer glaubt, in der digitalen Vernetzung durch Smartphones etc. läge politische Hoffnung hat bereits einen Teil qualitativer Veränderungen aufgegeben, denn die neuen Beziehungen und ihrer Macht, die es zu knüpfen gilt statt die Hierarchien der Gesellschaft zu erklimmen, ist bereits in der Hand verkümmert und durch ein Gerät vermittelt, nicht durch gemeinsame Beziehungen solidarischer Art im Alltag, die den Andern als Bedingung des Eigenen begreift. Es mag schön sein, wenn ein Aufruf Millionen erreicht, wenn aber die Handlungsfähigkeit der Aufgerufenen wegen ihrer schlechten sozialen Beziehungen, die

von Atilla Hildmann Buttersäure und Farbe. 13.07.20: Neuanstrich für das Büro von SPD-Wicht Tom Schreiber in Berlin. **14.07.20:** In Berlin brennt ein Auto der Secus von Securitas. **15.07.20:** In Leipzig brennt ein Bagger auf der Baustelle zur Aufwertung des Jahrtausendfelds. **16.07.20:** In Frankfurt a. M. Fällt ein weiterer Vonovia Transporter mutwilligem Vandalismus zum Opfer. 16.07.20: In Leipzig wird ein Auto der CG-Gruppe abgefackelt. 16.07.20: In Marburg fliegen wieder Farbbeutel auf die Burschenschaft Rheinfranken. 16.07.20: Die Niederlassung von Immobilienscout24 wird in

durch den Einsatz digitaler Technologien und ihrer gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse stets verschlimmert werden, kaum existent ist, verpufft die digitale Reichweite in realer Bedeutungslosigkeit gerade weil sie so weitreichend ist, dass ihre Umstände das Soziale zersetzen.

Pragmatismus in der Anwendung von Maschinen kann nur zur Erreichung eines gewissen Grades an Macht gereichen, aber keine qualitativen Veränderungen herbeiführen. In dem Moment, wo die Anwendung der Technologien uns unweigerlich immer enger an die gesellschaftliche Maschine bindet und sie stärkt, wird sie auch unsere durch höheren Organisierungsgrad errungene Macht verschlingen oder sie im Verhältnis weit überflügeln. Das, was wir früher einmal Dialektik der Aufklärung nannten, hat uns enger umschlungen denn je. Ein einfaches Austreten aus ihr ist ebensowenig möglich, wie pragmatisches, ungestörtes Weitermachen. Die Debatten um Technologiekritik und ihre Anwendung zur revolutionären Organisierung sind zu vertiefen.

Anleitung zur Feststellung von Stillen SMS

Vorbemerkung

*Diese Anleitung wurde nicht von technisch versierten Mobilfunkexpertinnen geschrieben. D.h., dass wir nicht zu 100% wissen, ob das genau so funktioniert, wie wir es beschreiben. Wir haben allerdings unser gesammeltes Wissen, eine gehörige Portion Nachdenken, viel Zeit und Geduld aufgewandt, um uns das als Laien anzueignen und uns dann entschieden, das Wissen auch anderen Laien*innen zugänglich zu machen. Wir halten unser Laien*innentum hier sogar für vorteilhaft, weil wir nicht der Ideologie des (schlechten) Experten*innentums verfallen, welches behauptet: „Das dauert doch nur 5 Minuten.“ oder „Du musst einfach nur dieses spezielle Programm installieren.“. Es dauert und ganz einfach ist es auch nicht, aber es ist auch für Menschen ohne großes technisches Wissen machbar.*

Bitte lest diese Anleitung vollständig bevor ihr irgendwas davon anwendet! Es ist von großer Wichtigkeit, dass man die Prinzipien der Feststellung von Stillen SMS versteht. Es besteht sonst die Gefahr, dass Angst und Paranoia ausgelöst wird, weil „normales“ Telefonverhalten als Anzeichen für eine TKÜ verstanden wird! Diese Methode kann leider nur starke Hinweise auf die Anwendung von Stillen SMS liefern. Wir arbeiten weiter an einer Methode die Beweise liefert.

Vorbemerkung 2

Fast alle von uns haben Mobiltelefone, welche auf unterschiedliche Weise genutzt werden. Es gibt keine sichere Verwendung solcher Geräte (egal ob Handy oder Smartphone). Alle anfallenden Daten werden verwendet und es fallen immer Daten an. Egal ob verschlüsselt, anonymisiert, die angeblich tollste Software… Mobiltelefone der alten und der neuen Art stellen ein Problem dar. Auch keins zu besitzen wird durchaus als konspiratives Verhalten gewertet und löst im schlechtesten Falle weitergehende Ermittlungen aus. Um eine Diskussion soll es uns hier nicht gehen. Hier geht es um aktive Aufklärung, ob euer Mobiltelefon Stille SMS empfängt. Was ihr dann mit dieser Erkenntnis macht, dass solltet ihr in euren Bezugsgruppen diskutieren.

Leider nutzen auch private Schnüffler*innen und Stalker in seltenem Falle solche Stillen SMS. Nichtsdestotrotz sind wir uns sicher, dass es besser ist, zu wissen, ob man überwacht wird. Da es sich bei Stillen SMS nur um eine Methode der Überwachung handelt, bedeutet ihre Abwesenheit nicht, dass sie nicht an euch dran sind. Es gilt sich dennoch nach euren jeweiligen Absprachen vorsichtig zu verhalten. Vorsorge ist wesentlich besser und weniger aufwendig als Nachsorge.

Was ist eine Stille SMS?

Stille SMS gehören zum grundlegenden Repertoire der Repressionsbehörden. Sie werden jedes Jahr hunderttausendfach eingesetzt, denn sie sind ein billiges und einfaches Mittel zur Feststellung des Aufenthaltsortes eines Mobiltelefons und damit der Besitzerin bzw. zur Überprüfung, ob sich das Handy bei der Person befindet oder nicht (bzgl. konspirativen Verhaltens).

Eine Stille SMS ist eine besondere SMS, die auf dem Mobiltelefon weder angezeigt wird noch ein akustisches Empfangssignal auslöst. Vereinfacht ausgedrückt wird Euer Telefon angestubbst, um ein Lebenszeichen von sich zu geben, damit es sich im nächsten Funkturm einwählt und damit den Standort verrät. Stille SMS teilen den Repressionsbehörden nicht unbedingt euren genauen Standort mit, allerdings teilen sie mindestens mit, in welcher Funkzelle ihr Euch befindet.

Stille SMS gehören zum Standard-Repertoire und sind TEIL einer Telekommunikationsüberwachung. Diese ist meist gepaart mit anderen Überwachungsmaßnahmen. Wir wissen, dass Stille SMS eher unregelmäßig als regelmäßig auftreten, da sie in aller Regel von Menschen ausgelöst werden. Sie treten eher häufiger als einmal pro Stunde auf und eher gehäuft. Um ein Bewegungsprofil zu erstellen könnten automatisierte Stille SMS eingesetzt werden.

Berlin mit Steinen und Farbe angegangen. 16.07.20: Brandanschlag auf eine Filliale der National Bank in Athen. 16.07.20: Im Hambacher Forst werden Nagelbretter ausgelegt und Bullen mit Steinen eingedeckt. **17.07.20:** In Leipzig wird ein Außenposten der Cops mit23 Farbgläsern beworfen. **19.07.20:** Nach einer Party in Frankfurt kommt es zu Ausschreitungen gegen die eingesetzte Polizei. Über Stunden wurden die Bullen attackiert und mit Flaschen beworfen bevor sie den platz endgültig räumen konnten. Es kam zu 39 Festnahmen. **20.07.20:** In Leipzig wird eine Nazi-Kneipe

Anleitung

1. Diese Anleitung kann nur mit alten Mobiltelefonen (im Folgenden: Handys) genutzt werden, d.h. das Smartphone ist dafür nicht geeignet. Dies liegt daran, dass Handys den 2G/3G-Standard des Mobilfunks nutzen. Nur dieser funkt auf einer für uns mit „Alltagsmitteln" feststellbaren Wellenlänge. Smartphones, welche im Normalfall 4G nutzen, bedürfen einer speziellen Software, um Stille SMS sichtbar zu machen. Es soll auch den Fall geben, dass Smartphones 2G/3G nutzen (müssen). Ihr könnt ausprobieren, ob diese Anleitung auch fürs Smartphone funktioniert. Falls nicht, braucht ihr für euer Smartphone eine spezielle Software (Snoopsnitch oder AIMSICD). Eine Anleitung dafür erhaltet ihr hoffentlich in der nächsten Ausgabe.

2. Was wir brauchen: Ein von euch genutztes Handy. Lautsprecher. Digitales Ton-Aufnahmegerät (Diktiergerät o.ä., viele MP3-Player gehen auch). Musikbearbeitungssoftware Audacity (auf Tails vorinstalliert). Zeit, Muße und Fähigkeit zur Interpretation der erhobenen Daten bzw. die Fähigkeit Ruhe zu bewahren und Unsicherheit durch Überprüfung zu bekämpfen. Die Muße diese Anleitung vollständig vorher zu lesen.

3. Wie das ganze funktioniert: Ihr legt das Handy auf die eingeschalteten Lautsprecher und legt in die unmittelbare Nähe das Diktiergerät. Stellt sicher, dass nicht weitere funkfähige Geräte in der Nähe sind. Bei jeder Verbindung, welches das Handy zum Funkmasten aufnimmt (SMS, Anruf), ertönt aus den Lautsprechern ein den meisten von uns bekanntes Geräusch (dedede dedede dedede oder so ähnlich). Entfernt man das Handy von den Lautsprechern und es kommt ein Anruf, dann hört man nichts, daher müssen die Lautsprecher in unmittelbarer Nähe zum Handy sein. Das ganze passiert, weil die Funkfrequenz des Handys von den Lautsprechern in akustische Signale umgewandelt werden und wir die dann hören können bzw. das Diktiergerät die Töne dann aufnimmt.

4. Die Aufnahmen aus dem Diktiergerät überspielen wir auf einen Computer. Wir importieren die Sounddatei in Audacity. Dort können wir jetzt SEHEN, welche akustischen Signale aufgenommen wurden. Damit wir uns nicht alles anhören müssen, suchen wir visuell nach dem SMS-Muster, denn es gibt ein sehr spezifisches. Dieses spezifische Muster solltet ihr euch selber vor Beginn der ersten längeren Aufnahmen erstellen. Dazu fragt ihr eine Person, die mit euch eh in SMS-Kontakt steht, ob sie Euch nicht eine stinknormale SMS schreiben kann, während das Handy mit Diktiergerät auf den Boxen liegt. Die SMS kommt an und das akustische Signal wird aufgezeichnet. Da ihr ja wahrscheinlich daneben steht, wisst ihr auch gleich, wie sich das anhört bzw. ob euer Aufbau funktioniert (z.B. sind qualitativ hochwertige Boxen gegen externe Störquellen abgeschirmt). Das Soundfile der „echten" SMS von eurem SMS-Kontakt importiert ihr in Audacity und schaut es euch genau an. Ihr müsstet eine fast über die gesamte Vertikale gehende Linie sehen. Dies ist eure Vergleichsdatei.

5. Zunächst müssen wir wissen, was normal ist bzw. was sich normal anhört. Dazu habt ihr zunächst eure Vergleichs-SMS. Normal ist auch, dass sich ein Handy regelmäßig in eine Funkzelle einwählt und auch so das Geräusch entsteht. Diese Regelmäßigkeit ist allerdings je nach Mobilfunkmastdienstleister und/oder Mobilfunkanbieter unterschiedlich. Das bedeutet, dass euer Handy, welches mit einer SIM-Karte von Vodafone läuft, sich häufiger beim Mobilfunkmast meldet (z.B. einmal in der Stunde), als etwa eines mit einer SIM-Karte von Aldi (z.B. alle vier Stunden). Auch dieses grundlegende, ganz normale Muster müssen wir zunächst feststellen.

6. Wie das, wenn das Telefon schon mit Stillen SMS überwacht wird, dann können wir ja auch kein „normales" Geschehen feststellen? Richtig. Dafür brauchen wir ein ganz neues Telefon und eine ganz neue SIM-Karte vom gleichen Anbieter (!!!). Also neues Telefon (20 Euro) und neue Karte (10-20Euro) direkt bei Euch vor Ort kaufen, welche auch ruhig über euren richtigen Namen laufen können. Beides muss vor Ort gekauft werden und sollte nicht im Internet bestellt werden, damit ihr unmittelbar mit dem Test beginnen könnt. In einem Mobilfunkladen könnt ihr gegen Vorlage des Persos auch direkt die SIM-Karte initialisieren (das dauert 5 Minuten und die SIM-Karte ist nutzbar.).

7. Danach gehts direkt nach Hause und die Überprüfung wird gestartet, d.h. ihr legt aktiviertes Handy mit neuer SIM-Karte auf/neben die Lautsprecher und startet die Aufnahme. Dies MUSS unmittelbar geschehen, weil wir davon ausgehen, dass es den Repressionsbehörden nicht sofort (innerhalb der nächsten 8 Stunden) möglich ist, eure neue Nummer vom Mobilfunkanbieter mitgeteilt zu bekommen und auch dieser mit Stillen SMS zu begegnen. Wenn ihr sicher gehen wollt, dann holt eine anonyme SIM-Karte.

8. Nach dem Ende der Aufnahme nehmt ihr das digitale Aufnahmegerät und importiert die Datei in das Programm „Audacity", welches frei im Internet herunterzuladen ist oder bei Tails bereits vorinstalliert ist. Sollte die Datei zu groß sein, was durchaus der Fall sein kann, dann müsst ihr Euch vorher noch ein Programm herunterladen, welches MP3 o.ä. in mehrere Teile zerschneiden kann. Sucht dafür im Internet nach „MP3 Cutter" und eurem Betriebssystem (z.B. MP3 Cutter Linux Mint). Es kann auch sein, dass euer digitales Aufnahmegerät die Dateien nicht im MP3 Format ausspuckt, sondern in einem nicht mit Audacity kompatiblen Format. Auch dafür gibt es Umwandlungsprogramme

angegriffen. 20.07.20: In Hamburg wird ein SPD-Büro mit Farbe verschönert. **21.07.20:** Feuer an Auto einer Wohnungsgesellschaft in Berlin. 21.07.20: Briefkasten und Fassade einer AfD Stadträtin in Karlsruhe mit Altöl verunreinigt. **22.07.20:** Drei Partnerfirmen von Padovicz kriegen in Berlin nächtlichen Besuch samt Glasbruch und Farbe. **23.07.20:** Der Gerichtsvollzieher Frank Bossin, Beauftragt mit der Räumung des Syndikat, bekommt seine Fassade mit Graffiti besudelt. 23.07.20: In Athen wird ein LIDL in Solidarität mit der Rigaer 94 und Liebig 24 gesmasht. 23.07.20: Fahrzeug

im Internet. Auch diese sind frei im Internet erhältlich und müssen auf euer Betriebssystem passen.

9. Es überstieg unsere Fähigkeiten dies auf einem Tails Computer komplett zu machen, da unsere Geräte zu alt und schwach waren für den Import großer Audiodateien. Neuere Computer könnten es schaffen. Wir haben uns einen Rechner ausgeliehen. Schlaue Menschen haben auch gesagt, man könne an manchen digitalen Aufnahmegeräten das Aufnahmeformat (.mp3; .wma; .ogg etc.) voreinstellen oder die Aufnahmesensibilität runterschrauben, damit die Dateien nicht so groß werden. Bedienungsanleitungen, welche es für fast alle Geräte im Internet gibt, zu lesen oder Erfahrenere zu fragen, halten wir für den richtigen Weg.

10. Nun haben wir die Datei in Audacity importiert und wir sehen auf der Programmoberfläche eine visuelle Darstellung der Sounddatei. Achtung, sollte die Sounddatei sehr groß, also zeitlich lang sein, dann kann es sein, dass bestimmte Sounds, welche vor allem so kurz sind, wie die von uns gesuchte Stille SMS, nicht dargestellt werden, weil ein Pixel auf dem Bildschirm bereits 30 Sekunden visuell darstellen. Da die meiste Zeit nichts ist, ist der Pixel weiß, d.h. man kann nichts sehen. Wenn man den Bereich aber vergrößert, was mit der Lupe im oberen rechten Bereich des Programms problemlos funktioniert, dann erscheint, wegen einer anderen Auflösung auf einmal dort, wo alles weiß war, visuell dargestellter Sound. Ihr kommt also nicht drumherum, das Bild zu vergrößern und es nach und nach anzuschauen. Schaut, wie das bei euch an eurem Arbeitscomputer am besten funktioniert und wo ihr am meisten am besten am schnellsten erkennen könnt.

Protokolliert alle Töne, welche von den Lautsprechern verursacht werden (oder sonstige Unregelmäßigkeiten) und zwar mit Uhrzeit. So könnt ihr Regelmäßigkeit entdecken und Unregelmäßigkeiten abgleichen mit zwischendurch ganz normal empfangenen SMS (Uhrzeit in den Sendedetails siehe SMS-Menü).

11. Ihr habt jetzt ein Protokoll eures neuen Handys mit der neuen SIM. Dieses stellt unser Meinung nach den Normalfall, also die nicht überwachte Serie von Aktivitäten des Handys dar (bei uns war das jede Stunde ein Log-In in den Funkturm, was sich so auch bei anderen überprüften Handys gezeigt hat, welche nicht kurz vorher besorgt wurden.). Der gesamte Vorgang sollte wiederholt werden.

12. Danach steht die Überprüfung eures aktuell normal genutzten Handys an. Wir haben das ganze an 10 Tagen pro Handy gemacht, damit wirklich alle Wochentage und alle Zeiten des Tages abgedeckt werden. Wir haben jeweils 10 Stunden aufgenommen. Je mehr sich die Zeiten überschneiden, desto besser. Keine Überschneidung zu haben ist nicht gut, denn dann habt ihr ein nicht vergleichbares Stück Ton.

13. Sollte euch etwas auffallen oder aus den Regelmäßigkeiten, die sich im Protokoll abbilden, herausfallen, dann solltet ihr zu genau der gleichen Zeit erneut eine Überprüfung stattfinden lassen und erneut auswerten. Eine einmalige Überprüfung ist sinnlos! Eine zweimalige auch! Wir halten 5 für das Minimum, besser wären 8-10 Überprüfungen. Die Protokolle sind so zu führen, dass sie übersichtlich und vergleichbar sind.

14. Protokolliert werden muss die Uhrzeit, das Ereignis, das Datum und Zeitraum der Überprüfung und sonstige Ereignisse, welche nicht elektronischer Art sind z.b. wann ihr das Haus verlassen habt, wann ihr zu einem Treffen gefahren seid. Diese Daten könnten relevant sein, um herauszufinden, wann man versucht Stille SMS an Euch zu senden, denn manchmal werden die auch zum Wiederfinden einer verloren gegangenen Observationsperson genutzt. Die Daten daher auch unbedingt verschlüsselt speichern.

15. Die Kontrolle der „Überprüfungsumgebung“ ist wichtig, um etwaige Anomalien auszuschließen. Gleich bleiben muss der Ort, die Empfangsqualität (stark schwankendes Mobilfunksignal könnte problematisch sein), ungefähr die Zeit und das zu überprüfende Handy inklusive SIM-Karte.

16. Wir machen uns all diese Mühen und gehen sorgfältig vor, um der Paranoia vorzubeugen, die sich bei etwaigen „komischen“ Vorkommnissen einstellen. Es kann sein, dass bestimmte Abweichungen sehr einfach erklärt werden können, z.B. kann es durchaus sein, dass „euer“ Funkmast ausgetauscht wurde. Das könntet ihr mitkriegen, wenn ihr wisst, wo der nächste bei euch steht (Tipp: meist auf dem höchsten oder freistehendsten Dach/Mast in der Umgebung).

Die Interpretation der Daten

Sollten Euch jetzt Unregelmäßigkeiten schwarz auf weiß in eurem Protokoll entgegenkommen, dann bewahrt Ruhe, denn diese fallen zwar sofort auf, müssen aber noch interpretiert und überprüft werden. Von alleine sagen die nichts aus! Wir suchen tendenziell nach ungewöhnlichen, komisch gehäuften, nicht regelmäßig auftretenden, über einen gewissen Zeitraum verteilte Signale. Zur Interpretation ist es nötig Vergleiche anzustellen. Ihr könnte euer Protokoll mit euren Bewegungsdaten abgleichen. Mit anderen Uhrzeiten euch bekannter Ereignisse (wir halten es für nicht unwahrscheinlich, dass nach nächtlichen Aktionen vielleicht auch mal Stille SMS von den Repressionsbehörden ausgesendet werden, um zu schauen, ob sich die ihnen bekannten Pappenheimerinnen auch schön zu Hause be-

der armenischen Botschaft brennt in Berlin. **24.07.20:** Bei einem Einsatz in der Schanze in Hamburg werden bei zwei Streifenwagen die Reifen zerstochen und das Blaulicht beschädigt. **26.07.20:** In Athen brennt die Gruppe Kaminrote Nachtblumen drei Wagen eines Ford-Händlers und den ausstellungsraum nieder. Ford stattet den griechischen Staat mit Fahrzeugen aus, außerdem steht der Angreiff im Kontext der Aufstände in den USA: 26.07.20: Schaufenster eines Immobilienbüros in München eingeschmissen. 26.07.20: Ein Wagen der Immobilienfirma Espabau in Bremen wird ange-

finden.). Mit normal empfangenen SMS und Anrufen. Wir hatten einmal den Fall, dass eine normale SMS, den Rhythmus des normalen Meldens des Handys beim Funkmasten verändert hat. Aufgefallen ist uns dies, weil die Meldung des Handys beim Funkmasten GENAU eine Stunde nach Empfang der SMS stattfand und sich der normale Rhythmus der Meldung des Handy beim Funkmasten daraufhin so einstellte.

Bleibt dann noch etwas übrig: Überprüft zur gleichen Uhrzeit am selben Tag der Woche unter ähnlichen, aber leicht abweichenden Verhaltensweisen (aber nicht ganz gleich, geht ne Stunde später aus dem Haus) etc. noch einmal das Handy. Tritt die Anomalie nochmal genauso auf wie zuvor (gleiche Zeit, gleiches Geräusch), dann ist es eher etwas anderes als eine Stille SMS, weil sich nichts geändert hat, aber ihr euch nicht gleich verhalten habt. Bleibt dann noch etwas übrig, etwas was mehr als einmal auftritt (eine einzige Stille SMS wird nicht versandt), aber keine Regelmäßigkeit oder Muster (gleiche Zeit; jeder Tag), etwas was ihr nicht ausschließen könnt als eventuell technisch bedingt etc. dann kann es mit hoher Wahrscheinlichkeit sein, dass Stille SMS gegen Euch eingesetzt werden. Dies ist allerdings nur ein Hinweis, kein eindeutiger Beweis. Diesen finden wir leider erst hinterher, wenn es zu spät ist.

Was genau das Auftreten bedeutet, besprecht ihr unter erhöhten Vorsichtsmaßnahmen (gute, aber unauffällige Anreise!), denn anscheinend ist eine Person im Visier der Repressionsbehörden und wird wahrscheinlich nicht nur durch Stille SMS überwacht, in euren Antirepressionsstrukturen und in euren Bezugsgruppen.

Bis zur nächsten „Anleitung“ !

P.S.: Falls ihr Kritik oder besseres Wissen habt, dann schreibt unbedingt an das Autonome Blättchen/einen Artikel bei Indy, damit das alle erreicht, welche diese Anleitung gelesen haben.

[I] Operation Bialystok

In Italien geht die Repression nie in Urlaub

Am frühen Morgen des 12. Junis 2020, geht der Vorhang auf und die repressive Komödie des italienischen Staats gegen die Anarchisten wird wieder aufgeführt.

Genau einen Monat nach der „Op. Ritrovo“, die sieben Genossen/innen aus Bologna getroffen hat, wurde erneut eine repressive Operation in Italien gestartet, mit dem Ziel sieben weitere Anarchisten/innen zu „entsorgen“. Diese wurde in verschiedener Weise angeklagt :

Bildung terroristischer Vereinigung zur Beseitigung der demokratischen Ordnung (270a), terroristische Handlungen mit Sprengkörpern und weiterentödlichen Vorrichtungen , Besitz und Führen von Sprengstoffen; Anstiftung zur Straftat gegen des Staates sowie Brände und Schäden, die durch ihre „terroristische Zielsetzung“ und den Vorwurf der „Untergrabung der demokratischen Ordnung“ noch verschlimmert werden. Die Anklage gegen die Gruppe ist es, eine subversive anarchistische-aufständische Zelle gegründet zu haben, die das römische Squat „ Bencivenga Occupato“ als Stützpunkt haben würde.

Die Fünf, auf denen die 270a anhängig ist, befinden sich zwischen Italien, Frankreich und Spanien in Haft, während die anderen beiden unter Hausarrest stehen. Der gewählte Name für dieses monatliche Schmierentheater ist diesmal „ Operazione Byalistock“ und das Szenarium ist diesmal nicht Bologna sondern Rom.

Auch die Schauspieler wechseln , sodass wir dieses Mal die Republik-Staatsanwaltschaft von Rom, unter der Leitung von Michele Prestipino vorfinden. Immer vorhanden als Komparserie sind die ROS-Carabinieri (das Spezialeinsatztkommando), die mit ihrem üblichen Kostüm als die echten Terroristen vorkommen: Schlüpfmütze, Uniform und geladenen Waffen. Sie betreten die Szene, durchschlagen Türen, richten Pistolen auf Menschen.

Der Name „Bialystok“ bezieht sich auf das Buch „Anarchisten von Bialystok 1903-1908“ über das Leben und die Erfahrungen der russisch-polnischen Anarchisten/innen und die Ereignisse vor der Revolution 1917.

Was schließlich in der Praxis den Angeklagten vorgehalten wird, ist bei Daniele, der Brand von drei Autos des Car Sharing von Eni S.p.A. (die Enjoy-Autos); Claudio wird den explosiven Angriff vom Dezember 2017 auf die Kaserne der Carabinieri von San Giovanni (Rom) vorgeworfen . Im Falle von Paska, erneut unter Hausarrest, wird gegen 270e vorgehalten.

Die Staatsanwaltschaft von Rom hat sein Verhalten, nachdem er von den Gefängniswärtern hart zusammengeschlagen wurde, als eine Art Anstiftung nach außen interpretiert und damit Druck auf das Gefängnis von La Spezia ausgeübt, was letztendlich zu seiner Überstellung geführt habe (?). Was sie als Anstiftung bezeichnen, ist nur die

zündet. Auch der Firmensitz nimmt dabei Schaden. „Espabau unterhält und vermietet in Bremen mehrere tausend Wohnungen. Espabau vermietete auch an Mohamed Idrissi, welcher in Folge der erzwungenen Besichtigung seiner Wohnung am 22. Juni 2020 von Bullen erschossen wurde. Im Jahr zuvor wurde der Mieter John von Espabau zwangsgeräumt, was durch verschiedene Proteste begleitet wurde.“ 26.07.20: In Hannover werden bei einer Bullenwache die Scheiben eingeschlagen und die fassade mit Bitumen beschmiert. „Wir freuen uns, dass die rebellische Gefangene

spontane und entschlossene Solidarität, die die Genossen von außen erhalten haben.

Zahlreiche Aktionen von Genossen/innen haben das gesamte Geschehen solidarisch begleitet: die Kundgebungen vor den Gefängnissen, die Verfassung von Schriften und solidarische Nachrichten an den Wänden. Also einige der vielen Aktionen, die von Menschen umgesetzt werden, weil sie diesen mörderischen und autoritären Staat nicht schweigend tolerieren wollen.

Dieses Theater ist nur ein weiterer Versuch, uns zu beängstigen, uns zu trennen, uns aufzuhalten und unsere Genossen/innen von den Straßen, besetzten Plätzen und all den Orten zu entfernen; Orten, die in der Tat, eine Brutstätte für Aufstände sein können.

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Noch entschlossener werden wir weiterhin unsere Solidarität in ihren vielfältigen Formen ausüben und unsere Ideen der Freiheit, hier und überall, .

Sorgen wir dafür, dass sich diese Solidarität ausbreitet!

A.K.A.B.

Bundesweite Angriffe auf unsere Strukturen

zur neuen Gefahrenlage in BaWü

In Baden-Württemberg ist gerade ein verstärkter Angriff der Repressionsbehörden auf emanzipatorische Strukturen zu verzeichnen.

Am 2. Juli 2020 mussten Genossinnen quer durch das Bundesland eine spektakuläre Hausduchsuchungswelle miterleben. Der vermeintliche Grund für dieses Spektakel soll laut den Cops der Angriff auf Neonazis in Stuttgart am 16. Mai 2020 gewesen sein. 9 Häuser wurden von vermummten, schwerbewaffneten Cops gestürmt und eine Person, der Antifaschist Jo, sitzt seitdem mit dem Vorwurf des versuchten Todschlags in Untersuchungshaft. Die Durchsuchungswelle scheint eine pressewirksame Inszenierung der Cops zu sein. Dies zeigt vor allem die Durchsuchung der Lu15 in Tübingen, da die betroffene Person am besagten Tag nicht einmal in Stuttgart war.

Über das Vorhaben, das Polizeigesetz erneut massiv zu verschärfen, haben wir bereits letzten Monat berichtet. Passend zu diesem Vorhaben veröffentlichte das Landesamt für Verfassungsschutz Mitte Juni seinen „Bericht“ für 2019: ein Sammelsurium an rechter Propaganda, das insbesondere auf die antiautoritäre Bewegung Freiburgs zielt. Der Geheimdienst löste mit diesem Bericht eine intensive anti-linke Berichterstattung (u.a. der Badischen Zeitung) aus.

Auch für die Verfolgungsbehörden ist der Bericht des Geheimdienstes gefundenes Fressen. Die politische Staatsantwaltschaft aus Karlsruhe ist schon seit Jahren für ihre übereifrige Verfolgung linker Aktivistinnen sowie für ihre rechten und polemischen Plädoyers bekannt. Seit der Veröffentlichung des neuen Verfassungsschutzberichts bezieht sich die Staatsanwaltschaft in jedem von ihr geführten Verfahren auf diesen, wie z.B. Im Gerichtsprozess vom 29. Juni 2020 in dem es eigendlich um die Hausbesetzung des Gilgenmattenweges ging. Zusätzlich prangerte Staastanwalt Graulich die Finanzierung des Autonomen Zentrums KTS an und forderte die Richterin dazu auf, sich vorzustellen wieviele Grillanzünder aus dieser Geldsumme gekauft werden könnten.

Weiterhin versucht der Verfassungsschutz tiefer in unsere Strukturen vorzudringen, um Informationen zu gewinnen. Neben dem üblichen Auswerten von öffentlich zugänglichen Informationen, dem Auswerten von Bewegungsprofilen und Abfangen von Post und e-mails sowie Abhören von Telefonaten, versucht der Verfassungsschutz immerwieder Menschen aus der Szene anzuwerben. So am 4. Juli 2020 in Freiburg geschehen.

Also: trefft Vorkehrungen (Security Culture), um euch und damit mit auch Andere, vor Repression und Überwachung zu schützen:

Eine kurze Einführung zur Security Culture

Um unsere Strukturen zu schützen und Repression und Überwachung durch Staat, Konzerne, Faschist*innen und andere abzuwehren, wurde das Konzept der Security Culture entwickelt. Es geht dabei nicht nur darum Geräte und Emails zu verschlüsseln, sondern Sicherheit als ein ganzheitliches Konzept zu erkennen, dass neben digitaler Sicherheit auch soziale und physische Aspekte betrachtet.

Dabei ist es auch essentiell zu verstehen, dass Sicherheit nie eine individuelle Entscheidung ist. Es geht genauso um die Sicherheit eures Umfeldes und unserer Strukturen bei der Frage, wie unsere Sicherheitsstandards sind. Insofern kann der Versuch uns und unsere Strukturen zu schützen nur kollektiv funktionieren.

Hülya wieder aus dem Knast ist und sind mit unseren Gedanken bei den Gefährt*innen von der Parkbank, von denen zwei seit mittlerweile über einem Jahr in U-Haft sitzen. Den drei wird die Planung militanter Aktionen im Kontext von Gentrifizierung vorgeworfen. Liebste Grüße und eine feste Umarmung. Glück und Freiheit für alle!“ **27.07.20:** In Athen greifen Anarchist*innen eine U-Bahn Station an. Sie zerschlagen Fahrkartenautomaten und automatische Türen. Einige fahrgäste applaudieren. Die Aktion istein Zeichen der Erinnerung an die Toten von Verfolgungsjagden der Polizei nach

Die drei Dimensionen der Security Culture:

1. Soziale Sicherheit

„Don‘t ask, don‘t tell“ Prinzip Beispiel: Es reicht Freund*innen zu sagen ihr geht zu einem Treffen, ihr braucht nicht zu sagen von welcher Gruppe oder wo es stattfindet.

Nur so viel Wissen wie nötig Fragt euch bei jeder Info, die ihr weitergebt, muss die andere Person das wissen. Nicht nur Informationen, wer was genau macht, sondern auch wer eine Aktion organisiert, die Netzwerke dahinter, etc. sind für Repression sehr relevant.

Wichtig: Gilt auch nach Aktionen, Aktionsgemacker gefährdet uns alle! Beispiel: Es gibt bessere Wege Menschen voneinander zu unterscheiden, als sie bei ihrer Polit-Gruppen Zugehörigkeit zu nennen.

Verschiedene Aktionsbereiche und -level trennen Beispiel: Bei einer offenen Plattform können auf Treffen gut neue Leute gewonnen werden, Themen breiter diskutiert werden, etc. - es ist aber der falsche Ort, um Leute für eine Aktion, die starker Kriminalisierung ausgesetzt sein kann, zu mobilisieren.

potentielle Zuhörer*innen beachten Welche Informationen gebe ich an welche Orte weiter? Könnten unbeteiligte Zuhörer*innen dort mitlauschen? Beispiel: Eine Demo ist kein guter Ort, um die letzte Aktion nachzubesprechen.

2. Physische Sicherheit

Wer hat Zugang zu was? Beispiel: Der Raum in dem ihr eure Aktionsmaterialien lagert: ist er abgeschlossen, wer kann dort alles rein? Seid ihr auf Hausdurchsuchungen vorbereitet? Habt ihr ein Plakat „Checkliste Hausdurchsuchung“ an die Tür gehängt? Eine Handynummer einer Anwält*in? Habt ihr in der WG schon mal darüber geredet, wie ihr mit so einer Situation umgehen wollt? Ist bei euch aufgeräumt?

Kalender, unverschlüsselte Sticks /Handys / Laptops sind bei einer Hausdurchsuchung das größte Geschenk für die Bullen.

Welche Spuren hinterlasst ihr? z.B. Fingerabdrücke, bezahlen mit EC-Karte, Video-Aufnahmen, Hausmüll, Flyer, SMS, Metadaten…

Welche Räume haben ein besonders hohes Repressionsrisiko? Sollten dort dann Treffpunkte für Aktionen sein? Repressions-Beispiel: In Tübingen wurden mehrere Hausprojekte im Jahr 2016 videoüberwacht. In Hamburg wurde der Infoladen Schwarzmarkt und das Hausprojekt darüber videoüberwacht. Die KTS wurde 2014 videoüberwacht und 2017 durchsucht.

Welche Kleidung auf Aktionen tragen? Welche Kleidung und Dinge solltet ihr nach Aktionen loswerden? Repressions-Beispiel: Sehr häufig werden Kleidungsstücke als Beweise vor Gericht verwendet und bei Hausdurchsuchungen gezielt danach gesucht.

3. Kommunikation und digitale Sicherheit

Umfasst u.a.: Briefe, Telefone, Email, Chat/Messenger, „Soziale“-Netzwerke, digitale Informationen (Daten auf Computer, Cloud, …), Funk …

Bereiche, die wir schützen wollen:

Inhalt unserer Nachrichten und Daten, Metadaten: z.B. wer redet mit wem, mit welcher Kamera wurde das Bild gemacht, etc. Repressions-Beispiel: In Basel wurden Leute vor Gericht gezerrt für eine Scherben-Sponti, nur weil sie am Tag der Sponti mit anderen Beschuldigten SMS geschrieben haben.

Bedenke, dass unverschlüsselte Kommunikation (Mails, SMS, http statt https) unglaublich einfach zu überwachen ist, verschlüsseln hingegen hat sich immer wieder bewährt.

Mache vor einem Treffen/einer Aktion niemals dein Handy aus! Lege es entweder angelassen beiseite oder lass es zu Hause. Wenn 10 Leute gleichzeitig ihr Handy ausmachen lässt sich daraus schließen, dass sie sich treffen und nicht belauscht werden wollen. Repressionsbehörden lieben solche Metadaten und kommen (sogar im nachhinein) problemfrei an sie heran.

Vergiss auch nicht, dass sich mit Handys einfach Bewegungsprofile erstellen lassen.

Welche Daten verbreitest du im Internet, speziell in sozialen Medien?

Repressions-Beispiel: Immer häufiger werden Bilder aus „Sozialen“-Medien von den Verfolgungsbehörden zur Identifizierung von Beschuldigten genutzt.

Im Allgemeinen gilt: Sicherheitsbewusstsein statt Paranoia! Damit eine Sicherheitsstrategie funktionieren kann, muss Handlungsfähigkeit erhalten bleiben:

Ein Sicherheitsstandard der dich handlungsunfähig macht, ist eine Vorverlagerung der Repression.

So sicher Arbeiten wie möglich und trotzdem praktikabel bleiben In Gruppen darf ein Sicherheitsstandard

Schwarzfahren oder Grafitti-Aktionen. **28.07.20:** Feuerlöscher voll Farbe wird auf Neubau in Hamburg entleert. **29.07.20:** Büro von Innensenator Andy Geisel wird in Berlin eingekracht. **30.07.20:** Auf der Baustelle für ein neues Amazon Logistik Center in Achim brennt ein Baukran lichterloh. **31.07.20:** Glasbruch und Farbe kassiert Die Anwaltskanzlei von Steffen Gros in Berlin. 31.07.20: Nach den Angriffen auf Bullen in Stuttgart wird nun die Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin entglast. **01.08.20:** Feuer an zwei Porsche SUVs in Leipzig. 01.08.20: Drei Wagen

Menschen nicht ausschließen, stattdessen Skillshare und Workshops bis alle es nutzen können. Aber auch ein zu niedriger Sicherheitsstandard schließt Menschen aus.

Nur kollektive Sicherheitsstandards bieten Schutz für uns und unsere Strukturen. Repression trifft uns nicht alle gleich. Aufenthaltsstatus, potenzielle Berufsverbote und Bewährung können zu sehr unterschiedlichen Risiken für Einzelne führen.

Faulheit ist nicht dasselbe wie Unpraktikabel!

Wir haben viel zu sagen – aber nicht dem BKA!

Communiqué der Zeug*innen Gruppe aus Frankfurt/Main

Das BKA verschickte für den 30.7.20 "Zeugenvorladungen" (ja sie schreiben nur von Männern) im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft (GBA). Ermittelt wird gegen mindestens einen Genossen anhand des Paragraphen 129a – Bildung einer terroristischen Vereinigung. Dieser Paragraph wird hauptsächlich dazu genutzt, um mehr Ermittlungsbefugnisse für die Polizei zu ermöglichen. Dadurch können alle möglichen Verhaltensweisen von der Bundesanwaltschaft zu einer herbei phantasierten terroristischen Vereinigung erklärt werden. Mindestens ein Dutzend Personen wurden kurzfristig auf eine Frankfurter Polizeistation geladen. Teilweise kamen die Briefe erst nach dem Vorladungstermin bei den Menschen an.

Wir werten diese Ermittlungen nicht nur als Angriff auf unseren Genossen, sondern auch als einen Angriff auf linke Strukturen, auf unsere Vorstellungen von einem solidarischen Zusammenleben, sowie ein Angriff auf jegliche emanzipatorische Bestrebungen diese Gesellschaft zu verändern. Es ist aber auch ein individueller Angriff auf jede*n von uns Zeug*innen und unserer persönlichen Integrität. Diesen Angriff weisen wir entschieden zurück! Unsere Kollektivität ist unsere Stärke!

Uns eint, durch das BKA als Zeug*innen vorgeladen worden zu sein, doch darüber hinaus sind wir alle radikale, subversive, außerparlamentarische Linke.

Für uns ist die Aussageverweigerung eine Frage der grundsätzlichen Haltung. Wir wollen den Bullen keine Informationen jeglicher Art über unsere Freund*innen, Genoss*innen oder Mitbewohner*innen geben. Gerade bei 129a-Ermittlungsverfahren wird alles, was Beteiligte sagen, jede noch so kleine "unbedeutende" Äußerung dazu genutzt, sie selbst und vor allem die beschuldigte Person zu schikanieren, zu isolieren und letztlich zu verhaften. Wir alle wollen auf keinen Fall Teil dieses repressiven Staatsapparates sein!

Dieser Staat versucht mit Paragrafen, wie dem 129a/b, jeglichen Willen der Veränderung, hin zu einer befreiten Gesellschaft, zu unterdrücken. Gerade die Androhung von Zwangsmitteln gegen uns Zeug*innen bestärkt uns in der Ablehnung dieser Institutionen.

Wir kritisieren und wehren uns weiterhin gegen deutsche Behörden und Gesetzte, die nach wie vor in einer unaufgearbeiteten nationalsozialistischen Kontinuität stehen.

Dies gilt vor allem für einen rassistischen Polizeiapparat, der nicht nur historisch, sondern auch in jüngster Vergangenheit unzählbar oft bewiesen hat, dass er im Zweifel immer auf der Seite der Faschist*innen steht. Genauso gilt dies für eine Bundesanwaltschaft, die es aktuell ablehnt gegen einen NSU 2.0 zu ermitteln. Eine Naziorganisation, die Informationen aus deutschen (hessischen) Polizeidatenbanken verwendet und sich auf den mörderischen NSU bezieht.

Auch in der inneren Logik dieser Behörden gefährdet jegliche Kooperation als Zeug*in auch diese selbst. Durch die phantasierte terroristische Organisation des §129a/b besteht letztlich für alles und alle die Gefahr ebendieser zugerechnet zu werden. Wenn der GBA uns Linken also Terrorismus vorwirft, dann sagen wir: Der Terror geht von den bestehenden Verhältnissen aus. Er ist die Angst vor rassistischen und willkürlichen Kontrollen durch die Bullen; die Benachteiligung und Unterdrückung aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Pass oder Geschlecht; die Repression und die Angst scheinbar nichts dagegen tun zu können. Dem treten wir entschlossen entgegen! Mit diesem Staat und seinen Behörden werden wir nicht reden!

Wenn es in Zukunft auch dich trifft, ist das Wichtigste, dass du weißt: Du bist nicht allein! Ein Angriff auf eine*n ist ein Angriff auf uns alle! Wende dich direkt an die Rote Hilfe Frankfurt. Uns drohen in diesem Verfahren hohe Zwangsgelder und Beugehaft, die wir in Kauf nehmen müssen. Auch im Falle einer Inhaftierung als Zeug*innen müssten wir die laufenden Kosten unseres Lebens, sowie die des Gefängnisses tragen. Selbst ohne diese Zwangsmittel wird dieses Verfahren sich noch Jahre hinziehen und uns, neben ein paar Nerven, eine Menge Geld kosten.

Um uns und andere zu unterstützen, spendet an das unten stehende Konto. Wir freuen uns genauso über Solidaritätsbekundungen, denn gemeinsam sind wir stark!

der Securitx-Fimra Big und zwei Jaguar SUVs brennen in Karlsruhe in Solidarität mit der Liebig 34. **02.08.20:** Wiedereinmal wird die Start-Up-Factory in Berlin mit Steinen und Farbe angegriffen. **03.08.20:** Farbe auf Bullenrevier in Bremen. 03.08.20: Eine Feministische Autonome Zelle macht in Aachen einen Amazon Van und ein Auto der Sicherheitsfirma LivEye mittels Luftentweichung fahruntauglich. **05.08.20:** Farbe gegen Neubauprojekt in Berlin. 05.08.20: Wiedereinmal wird ein SPD-Büro in Berlin mit Farbe verschönert. **07.08.20:** Der Vonovia Standort in Leipzig kriegt einen

Spendenkonto

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Frankfurt
IBAN: DE24 4306 0967 4007 2383 90
BIC: GENODEM1GLS
GLS-Bank
Stichwort: 129a

Gemeint sind wir alle!

Am Mittwoch, den 17. Juni 2020 gab es in Frankfurt am Main in den frühen Morgenstunden eine Hausdurchsuchung durch das Bundeskriminalamt (BKA) wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Die bei dieser Anschuldigung ermittelnde Bundesanwaltschaft wirft Straftaten im Rahmen der Aktionen gegen das Bundesverwaltungsgericht am 1. Januar 2019 in Leipzig vor. Der Durchsuchungsbeschluss des Bundesgerichtshofes wurde bereits am 22. Januar 2020 ausgestellt. Ermittelt wird laut Beschluss gegen einen Beschuldigten und mindestens zwei weitere Unbekannte.

Wir als Solikreis haben uns zusammengeschlossen, um die Betroffenen aktiv und kontinuierlich zu unterstützen. Dabei geht es uns um praktische Solidarität aber auch um die politische Einordnung des Verfahrens und eine öffentliche Auseinandersetzung mit § 129a als Mittel der Repression gegen linke, emanzipatorische Bewegungen.

Der Vorwurf der Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gibt den Repressionsbehörden weitreichende Ermittlungsbefugnisse. Diese reichen vom Abhören der Telekommunikation, über den Einsatz von Trojanern zur Ausspähung von Smartphones und Computern, bis hin zur Beschattung von Beschuldigten und der Überwachung von privaten Räumen mit Wanzen und/oder Videotechnik. Dabei können von den Maßnahmen nicht nur die bereits offen Beschuldigten betroffen sein, sondern alle, bei denen die Ermittlungsbehörden einen Zusammenhang konstruieren oder die sie dem Kreis der Beschuldigten zurechnen. Dabei sind der Willkür kaum Grenzen gesetzt und die Ermittlungen können potentiell alle betreffen. Auch deshalb kann § 129a auch getrost als Schnüffel- oder Bespitzelungsparagraf bezeichnet werden, der von den Behörden all zu gerne zur Überwachung ganzer Zusammenhänge oder gar zur Ausspähung aller Strukturen genutzt wird, die sie der linke Szene zuordnen. Wichtig ist dabei, die Betroffenen nicht im Stich zu lassen und sie aktiv zu unterstützen. Das heißt für uns konkret:

Seid solidarisch: Supportet die Betroffenen durch Veranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen oder Spenden. Lasst euch nicht spalten: Isoliert Beschuldigte nicht aus Angst vor Repression und geht mit ihnen genauso um, wie ihr es vor Bekanntwerden der Ermittlungen getan habt.

Anna und Arthur halten‘s Maul: Szenetratsch hilft nur den Repressionsorganen. Mit Spekulationen bringt ihr die Betroffenen, euch und mögliche andere in Gefahr.

Mittlerweile sind über ein Dutzend Genoss*innen im Zusammenhang mit dem 129a-Verfahren in Frankfurt von BKA und Bundesanwaltschaft als Zeug*innen vorgeladen worden. Auch diese Vorladungen sind nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, da die Betroffenen den Terminen nicht einfach fernbleiben dürfen und bei Nichterscheinen Zwangsvorführungen drohen können. Außerdem können sich im Ermittlungsverfahren als Zeug*innen geführte Personen nicht problemlos auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen.

Alle bisher als Zeug*innen geladenen verweigern trotzdem die Aussage und arbeiten nicht mit dem Ermittlungsbehörden zusammen.

[...]

Für eine Repolitisierung der medizinischen Selbsthilfe

Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Mit diesem Artikel wollen wir uns in Diskussion begeben. Wir möchten uns vorstellen, auf aktuelle Entwicklungen eingehen, Kritik formulieren und einfordern, sowie an Debatten anknüpfen, die scheinbar in Vergessenheit geraten sind. Wir richten uns gezielt nicht nur an andere Demosani-Gruppen, sondern vor allem an die emanzipatorische radikale Linke, als deren Teil wir uns ausdrücklich verstehen.Wir möchten euch alle einladen, zu formulieren, wie ihr den medizinischen Selbstschutz organisiert haben wollt und euch auffordern, daran teilzuhaben. Dieser Artikel möchte dafür ein Ansatzpunkt der Diskussion sein.

Wir sind die Autonome Sani-Koordination. Wir sind eine bundesweite Vernetzung von verschiedenen Demosanitätsgruppen, die sich nach den G20-Protesten 2017 gebildet hat. Angesichts diverser Entwicklungen und dem Auftreten von Demosani-Gruppen in den letzten Jahren hielten wir es für notwendig, ein politisches Selbstverständnis zu formulieren. [Damit haben wir das Rad nicht neu erfunden,

neuen Anstrich. 07.08.20: Während der Räumung des Syndikats in Berlin wird an anderer Stelle eine Barrikade in Brand gesetzt um die Bullen zu behindern. Außerdem wird ein beteiligter Schlüsseldienst und weitere Immobilienbüros eingeworfen. **08.08.20:** Nach der Sponti gegen die Räumung des Syndikats wird das Immobilienbüro Covivo entglast. Außerdem werden Streifen mit Steinen eingedeckt. 08.08.20: In Hamburg wird als Reaktion auf die Räumung des Syndikats der Immobilienkonzern Saga angegriffen. **09.08.20:** In Berlin brennt ein Bagger der Eurovia-Vinci Gruppe.

mussten jedoch feststellen, dass vielen der beteiligten Gruppen die Anfang der 2000er bereits geführte Auseinandersetzung kein Begriff mehr ist. Wer möchte, findet eine Dokumentation dieser Auseinandersetzung unter dem Stichwort „Putz braucht Schutz“ auf Nadir.org Vielmehr ist es eher so, dass einige der schon damals kritisierten Punkte in den letzten Jahren leider schlimmer geworden sind. Mit diesem Text möchten wir an die damals geführte Debatte anschließen, negative Kontinuitäten aufzeigen und positive Kontinuität entwickeln.]

Wir denken, es ist mal wieder höchste Zeit, uns deutlich auf ein politisches Selbstverständnis zu beziehen, anders als es in den letzten Jahren aus welchen Gründen auch immer üblich war. Wir sind nicht neutral. Wir sind Teil der Bewegung, Teil des Protestes, Teil der Demonstration. Wir können mit dem karitativen Ansatz, den viel zu viele Demosani-Gruppen und Einzelpersonen für sich reklamieren, nichts anfangen. Wir gehen nicht auf „Einsätze“, wir behandeln keine „Patient*innen“ und wir brauchen auch keinen besonderen gesetzlichen Status. Wir gehen aus inhaltlicher Überzeugung auf Demonstrationen und Aktionen. Wir wollen eine solidarische, hierarchiefreie Gesellschaft jenseits dieser kapitalistischen Zwangsgemeinschaft. Dafür kämpfen wir mit unseren Genoss*Innen. Unsere „Arbeit“ als Demosanitäter*Innen sehen wir als medizinischen Selbstschutz und als wichtigen Teil der bestehenden Anti-Repressionsstrukturen. Angesichts der immer weiter

fortschreitenden Aufrüstung und Militarisierung der Polizeikräfte, sowie Erstarken sonstiger autoritärer Gewalt, ist es notwendig, diese medizinische Selbsthilfe inhaltlich und praktisch fortschrittlich zu gestalten. Für uns ist es wichtig, in Kontext zu setzen, dass wir uns nicht durch die militärische Stärke oder sonstige Art der Repression unsere Aktionsformen diktieren lassen wollen. Gelebte Solidarität und emanzipatorische Selbstorganisation sehen wir als deutliche Zeichen gegen den Versuch, durch Gewalt und Einschüchterung Menschen zu verängstigen und zu entmutigen. Für uns ist es selbstverständlich, dieses Gefühl der Solidarität und der Zusammengehörigkeit laut und deutlich zu formulieren und uns nicht aus taktischen Gründen hinter einer vermeintlichen Neutralität zu verstecken. Wir wollen keine besonderen Zugeständnisse für Demosanitäter*Innen, sondern, wenn überhaupt, dass Vermummungsverbot und Schutzbewaffnungsparagraph für alle ersatzlos gestrichen werden!

Ein weiterer Aspekt, der diese vermeintliche Besonderheit von Demosanitäter*Innen verstärkt und bestimmt auch von einigen gewollt erzeugt wird, ist die Praxis der zunehmenden Uniformierung mit Rettungsdienstkleidung. Wir akzeptieren, dass es aus taktischen Gründen in manchen Situationen sinnvoll sein kann, nichtsdestotrotz möchten wir einige problematische Aspekte aufzeigen: Die Uniformierung in Signalfarbe differenziert uns von den restlichen Demonstrant*Innen, dies macht also wieder einen Graben zwischen uns auf und erlaubt Einblicke in unsere Struktur. Uniformen reproduzieren die Akzeptanz von Hierarchien und patriarchalen Strukturen. Es verstärkt gefühlte Hierarchien, vermittelt, dass die Menschen in Rot/Orange etwas könnten, was Andere nicht können.

Wir verstehen uns aber als autonome Selbsthilfe: Unser Anspruch ist es, die Fähigkeiten und das Vertrauen zu vermitteln, dass wir uns selbst helfen können. Dafür braucht es ohne Frage Fachwissen und medizinisches Training. Dieses können wir uns gegenseitig beibringen und miteinander üben. Rettungsspezialist*Innen oder Dienstleister*Innen von Außen, die dann mit Sonderrechten oder Titeln „belohnt“ werden, brauchen wir dafür nicht. Ein Mensch in Rettungsdienst-Vollmontur mit dem Aufdruck „Demosani-Praktikant“ bei den G20-Protesten in Hamburg ist da nur ein besonders trauriges Beispiel für vieles, was in den letzten Jahren schief lief. So haben sich viele Demosani-Gruppen nicht nur optisch, sondern auch vom Umgang und Auftreten, dem klassischen Rettungsdienst bis hin zur Unkenntlichkeit möglicher Differenzen angenähert. Die dort herrschenden hierarchischen Strukturen entlang vermeintlicher Kompetenz und Spezialisierung verleiten viel zu oft auch dazu, paternalistisch, mackerhaft und ignorant aufzutreten. Das bekannte Klischee vom „Rettungsrambo“ ist in seinen unterschiedlichen Ausprägungen auch immer öfter auf linken Veranstaltungen zu beobachten.

Wir wollen mit euch zurück zu einer Struktur, die auf selbstorganisierter gegenseitiger Hilfe auf Augenhöhe basiert – respektvoll, achtsam und fachlich kompetent! Wir brauchen keinen Materialfetisch, der uns dazu verleitet, nach dem technisch Machbaren und nicht nach dem medizinisch Nötigen zu handeln. Ein vertretbarer Rahmen für Demosanis ist in der Regel nichts für Intensivbehandlungsplätze, wie sie bei G20 im Hamburger Volkspark aufgebaut wurden, oder geplante ABC -Schutzfahrzeuge. Es geht nicht um eine maximale Ausweitung von medizinischem Material und Qualifikationen als Selbstzweck, sondern um eine adäquate Versorgung mit Hilfe von anderen Strukturen, um alle Aktivist*Innen möglichst vor Repression und körperlichen Schäden zu schützen.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen. Wir freuen uns über die Verbreitung der medizinischen Selbsthilfe aus Bezugsgruppen. Auch die zunehmende Etablierung des „Out-of-Action“-Konzeptes trägt der Einschätzung Rechnung, dass es eben nicht nur um eine rein fachlich-medizinische Versorgung, sondern um eine deutlich umfassendere Art der Unterstützung untereinander geht. Aber es liegt an uns als radikale Linke, sich zu beteiligen und dies gegenseitig einzufordern. Wir denken, dass gegenseitige Trainings und Workshops deutlich wichtigere Aspekte unserer

„Dieser Konzern verdient sein Geld unter anderem mit dem Geschäft der Einsperrung in Form von Knastbauprojekten, der Errichtung von Internierungslagern für Geflüchtete oder Grenzsicherungsanlagen. Aber auch bei Infrastrukturprojekten wie Autobahnen oder Flughäfen gehört Eurovia-Vinci zu den großen Playern und profitiert von der massiven Zerstörung des Planeten und der Umwandlung unserer Umwelt in die Ödnis einer Betonwüste.“ 09.08.20: Farbe gegen Pandion Showroom in Berlin. 09.08.20: In Berlin fällt ein Pickup der Baufirma Strabag dem Feuer zum Opfer. „Nach

Tätigkeit sein sollten, als öffentlichkeitswirksam in Signalfarbe an Seitenrändern von Demos zu patrouillieren. Es geht darum, den Aufbau einer autonomen Gesundheitsversorgung abseits von kapitalistischen Zwängen zu ermöglichen. Besprecht euch in euren Polit- und Bezugsgruppen. Wer von euch ist fit in erster Hilfe, wer hat welches Material auf Demos und Aktionen dabei? Sprecht uns an, macht Trainings mit uns aus, kommt vorbei und macht mit!

Each one teach one – share your knowledge share your skills!

Den Autonomen (medizinischen) Selbstschutz organisieren!
Autonome-Sani-Koordination im Sommer 2020
Kontakt: sani.blackblogs.org

[CH] Widerstand gegen die Bundesasyllager

Liebe Freund*innen

Vor etwas mehr als einem Jahr ist in der Schweiz ein neues Asylgesetz in Kraft getreten. Damit will der Staat geflüchtete Menschen in grossen umzäunten Bundesasyllagern halbgefangen einsperren. Fleissige Blättchenleser*innen wird der Aufruf im Blättchen #37 nicht entgangen sein.

Seither hat sich einiges an Widerstand gegen die Bundesasyllager gebildet und wir würden euch hier gerne zwei spannende Texte mitgeben. Wir haben sie auf der Homepage barrikade.info gefunden. Dort finden sich übrigens auch sehr viel mehr Beiträge zum Kampf gegen die Securitas und das Asylregime.

Der erste Text beschreibt eine Dokumentationsbroschüre über die Gewalt, die Geflüchtete im Bundesasylzentrum Basel erlebt haben. Die Broschüre gibt die Stimme den Betroffenden. Die Aussagen der Betroffenden wurde auch vom Schweizer Fernsehen sowie der Wochenzeitung WoZ aufgenommen und lösten ein grossen Medienecho aus.

Good News zum zweiten Text über die Wasser-Sabotageaktion vom Februar 2020 an einem temporär leerstehenden Bundesasylzentrum. Der Staat hat die Aktion erst lange verschwiegen und erst kürzlich zugeben müssen das der Sachschaden satte 800‘000 Franken beträgt, die anschliessende Bewachung 50‘000 Franken pro Monat kostet, das Gebäude 1 Jahr oder mehr nicht benutzt werden kann und bisher keine Spur zu den Täter*innen führt.

**Dokumentations-Broschüre
Securitas-Gewalt im Lager Basel**

Asylsuchende ergreifen das Wort und machen Aussagen über gewalttätige Übergriffe auf sie durch Mitarbeitende der Securitas AG im Bundesasyllager Basel. Heute veröffentlichen wir eine umfangreiche Dokumentationsbroschüre dazu.

Die in dieser Broschüre zusammengetragenen Informationen sind das Resultat einer vielfältigen aktivistischen und dokumentarischen Arbeit von verschiedenen Personen und Gruppen aus der Region Basel, veröffentlicht durch das Kollektiv 3 Rosen gegen Grenzen. Die Dokumentationsbroschüre versammelt erstmals die Aussagen von elf gewaltbetroffenen Asylsuchenden sowie von Beschwerden, Spitalberichten und Bildmaterial. Sie Securitas-Gewalt wird detailliert dokumentiert und in einem zweiten Teil durch informative und analytische Artikel kontextualisiert.

„Es gibt Sachen, die kann ich mit dem Mund nicht sagen, nur das Herz kann sie fühlen. Und nicht alle Menschen können es fühlen, sondern nur diejenigen, die in der Zelle waren.“
Nadji (Name geändert), Basel 8. April 2020

Die Gewaltbetroffenen legen Zeugnis darüber ab, wie Securitas-Mitarbeitende sie in ein bestimmtes Zimmer – die Zelle genannt – bringen und dort zu dritt, zu viert, zu fünft mit Händen und Füssen auf sie einschlagen. Viele betroffene Asylsuchende mussten nach den Übergriffen ärztlich behandelt, teilweise sogar mit der Ambulanz ins Spital gebracht werden. Für eine derartige Gewaltausübung und einen solchen Machtmissbrauch gibt es keine Entschuldigung. Die Securitas, die ORS (Betreiberin des Lagers) und allen voran das Staatssekretariat für Migration (SEM) müssen dafür verantwortlich gemacht werden.

Sie kursiert auch in gedruckter Form, vorerst auf Deutsch, später hoffentlich auch in Übersetzungen. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass sich in den aufgezeichneten Gesprächen Schilderungen verschiedenster Gewaltformen wiederfinden. Die Berichte können auch für Leser*innen belastend sein. Den einzelnen Aufzeichnungen sind aus diesem Grund jeweils kurze inhaltliche Angaben in einem separaten Kästchen nebenangestellt. Schaut zu euch und sprecht bei Bedarf mit Vertrauten über das Gelesene.

Wie kam es zu dieser Broschüre?

Anfang letzten Jahres wurden von Aktivist*innen erste Gespräche, in denen Asylsuchende über ihre Situation im Lager berichten, dokumentiert. Dieser Dokumentationsprozess wurde im Februar 2020 durch eine zufällige

der Räumung des Syndikats und der Zerschlagung mehrerer unserer Demos durch die Bullen, halten wir an dem Versprechen fest, derlei Angriffe durch Sachschaden zurückzuzahlen.“ 06/09.08.20: Zwei Vonovia Karren werden im Nachgang der Syndikaträumung in Berlin demoliert. **10.08.20:** Steine finden ihren Weg durch die Scheiben eines weiteren SPD-Büros in Berlin. **11.08.20:** Der neue smarte Stadtteil in Berlin auch Euref-Campus genannt wird freudig mit Farbgläsern und Steinen begrüßt. **12.08.20:** In Bremen verliert ein Auto einer Immobilienfirma seine Scheiben.

Begegnung mit einer Gruppe Minderjähriger* aus dem Bundesasyllager neu angestossen. Bei der Begegnung berichteten die Jugendlichen von extremer Gewalt, insbesondere durch Angestellte der Securitas AG. Im Anschluss an die Begegnung folgten zahlreiche weitere Gespräche mit Menschen, die in Asyllagern in und um Basel untergebracht sind_waren und von ähnlichen Gewaltvorfällen berichteten. In den vergangenen Monaten konnte(n) – dank intensiver Übersetzungsarbeit – viele Gespräche dokumentiert und weiteres Material gesammelt werden, das die extremen Gewaltverhältnisse in den vom Staatssekretariat für Migration betriebenen Lagern widerspiegelt.

Grösster Respekt geht an die Direktbetroffenen, die den Mut und die Kraft aufgebracht haben, ihre Gewalterfahrungen mit uns zu teilen und sensibelstes Material für Recherchen zur Verfügung zu stellten. Un monde ou rien!

Hier Gehts zur Broschüre: https://3rgg.ch/wp-content/uploads/2020/05/3RGG_Immer-ein-Grund-uns-zu-schlagen_2020-1.pdf

Mehr infos unter: www.3rgg.ch

Interview zur Sabotage eines Ausschaffungslager

In das momentan leerstehende Bundesasyllager in Kappelen bei Lyss wurde Anfang Februar 2020 eingebrochen und ein Wasserschaden verursacht um das Gebäude unbenutzbar zu machen. Wir konnten mit dem Kollektiv Wassertropf, welches verantwortlich dafür ist, ein Interview führen.

Ihr habt vor Kurzem eine Aktion gemacht, wollt ihr kurz erklären wie ihr das gemacht habt?

Klar. Wir sind in das momentan leerstehende Bundeslager in Kappelen eingebrochen um einen Wasserschaden zu verursachen. Dazu haben wir auf der Rückseite des Gebäudes den Zaun aufgeschnitten und ein Kellerfenster kaputt gemacht. Im Gebäude haben wir auf allen Etagen die Feuerwehrschläuche ausgerollt und aufgedreht et voila. Wir hoffen, dass das Wasser möglichst viele Teile des Gebäudes unbenutzbar macht.

Um was für ein Gebäude handelt es sich?

Das Gebäude wurde bis gegen Ende des Sommers 2019 als Bundesasyllager ohne Verfahrensfunktion, also Ausschaffungslager, betrieben. Es wurde temporär geschlossen, weil die Zahl der Menschen im Asylprozess gerade relativ klein ist, da es viele Menschen momentan nicht über die EU-Aussengrenzen schaffen. Nun steht das Gebäude leer und daneben wird ein dazugehörender Neubau errichtet. In diesem Gebäude wurden Menschen in Halbgefangenschaft auf engem Raum festgehalten weil irgendwer ihr Leben als nicht würdig klassiert hat. Während dieser Zeit wird versucht möglichst viel Druck aufzubauen, so dass sie die Schweiz wieder verlasssen. Wer bleibt wird möglichst rasch ausgeschafft.

Wieso denn gerade ein Bundesasyllager?

Die Gesellschaft und das momentane System ist tief rassistisch und gewalttätig. Auf vielen verschiedenen Ebenen. Versuchen wir mal auf gewisse einzugehen, mit dem Wissen dass wir hier nicht annähernd eine vollständige Liste abliefern.

Der Wohlstand der Schweiz basiert auf der Kolonialgeschichte Europas. Die Schweiz hatte selbst zwar keine Kolonien, war aber wirtschaftlich, sowie kulturell Teil des Kolonialismus und verdankt der Ausbeutung ihren Reichtum. Ohne Rassismus hätte weder Kolonialismus funktioniert, noch würde die heutige neoliberale Wirtschaftsweise funktionieren. Rassismus ist tief verankert in der Gesellschaft, in der Politik und in der Wirtschaft. Die Schweiz profitiert auch weiterhin von der Ausbeutung und Zerstörung der Menschen und Ressourcen auf der ganzen Welt. Während also die Grenzen der Länder für Geld und Güter noch so gerne geöffnet werden und Firmen die prekären Situationen in vielen Teilen dieser Welt durch miserable Arbeitsbedingungen und der Zerstörung der Umwelt in vollen Zügen ausnutzen, währendem immer wieder Kriege für Öl, anderen Ressourcen und Machtspiele geführt werden, werden die Grenzen rund um Europa abgeriegelt und mit den neusten Technologien militärisch überwacht. Diese gewaltvolle Politik ist verantwortlich für den Tod und Traumatisierung tausender Menschen. In dieses System gehört auch die Asyl- und Ausländer*innenpolitik der Länder Europas. Die Schweiz hat eine Maschinerie geschaffen, die die asylsuchenenden Menschen zermalmt, einsperrt, abschreckt und ausbeutet. Sie beansprucht das Recht Leben in würdig oder nicht einzustufen. Es ist eine diskriminierende Politik und durch nichts zu rechtfertigen.

In einem Bundeslager werden Menschen eingesperrt und vom Rest der Gesellschaft isoliert. Sie werden als Billigstarbeitskräfte eingesetzt und es wird Profit aus den Menschen geschlagen. Zum Teil wird für eine Stunde Arbeit 3 Franken bezahlt. Menschen werden nicht als selbstbestimmende, lebende Individuuen angeschaut, sondern als Objekte verwaltet. Normalerweise müssen die Menschen im Lager 16 Stunden am Tag hinter den Zäunen verbringen und dürfen weder kochen, noch sich einrichten. Dazu kommt die tägliche Demütigung und Machtspiele der Wächter*innen der Securitas. Regelmässig werden Menschen verprügelt, die sich für ihre Würde einsetzen. Die Behörden wollen neu auch eine Videoüberwachung

13.08.20: Farbe auf das Haus von AfDler in Berlin. **13.08.20:** Auto von AfDler Ronald Gläser brennt lichterloh in Berlin. **14.08.20:** Ein Wagen des Knastprofiteurs Dussmann fackelt in Berlin ab. Sechs schicke Karren werden in Mitleidenschaft gezogen. **15.08.20:** Durch ein Fenster des Amtsgerichts Hamburg-Barmbek fliegt ein Molotow-Cocktail. **16.08.20:** Beim AfD-Treffpunkt Casino am Zwickauer Damm in Berlin werden die Scheiben eingeschlagen und die Fassade eingefärbt. **17.08.20:** Beim Monopolanbieter für Gefängnistelefonie Telio in Berlin gehen die Scheiben zu Bruch. 17.08.20: Auch

des Aussenbereichs und aller Eingänge aufbauen, um ihre Kontrolle zu perfektionieren.

Die Bundeslager sind eine der neusten Auswüchse dieser Politik. Seit rund einem Jahr befinden sie sich nicht mehr nur in der Testphase, sondern sind offizieller Teil der Asylpolitik. Diese Lager verstärkten die Isolierung und Einsperrung der Menschen noch weiter.

Und wieso wählt ihr gerade diese Aktionsform?

Es gibt viele verschiedene Handlungen die tagtäglich gegen diese Politik, gegen den Rassismus und die Ausbeutung gemacht werden. Sie alle sind wichtig und nur in Verbindung miteinander wirksam.

Für diese Aktion haben wir eine direkte Form gewählt. Wir haben uns dazu entschieden das Gebäude, in dem Menschen eingesperrt werden, zu beschädigen. Es ist ein direkter Angriff auf einen Ort der Diskriminierung. Der reibungslose Ablauf wird unterbrochen, die Durchführung der menschenverachtenden und profitorientierten Politik erschwert. Dabei kam keine unbeteiligte oder sogar eingesperrte Person zu Schaden, was uns sehr wichtig ist. Zum Zeitpunkt der Sabotage war das Gebäude leer und unbenutzt.

Wir haben weder Vertrauen in die Parteien, noch wollen wir die Verantwortung und Handlungsfähigkeit in die Hände dieser geben. Die Parteien sind Teil der rassistischen Politik, sie sind eine zentrale Stütze dieses Systemes. Dabei spielt es kaum eine Rolle ob es sich um eine SP oder SVP handelt, die letzten Verschärfungen des Asylgesetztes wurde massgebend von der SP gefördert und von den grossen NGOs mitgetragen. Wir finden es wichtig, dass wir alle die Verantwortung und die Bestimmung über unsere Leben und unsere Handlungen übernehmen können und wir einen achtsamen und solidarischen Umgang miteinander erlernen können.

Wir wollen die herrschenden Zustände zerstören, es darf sich nicht mehr rentieren Menschen auszunutzen, es darf keinen Profit mehr aus der Einsperrung und Stigmatisierung der Menschen entstehen, es soll nicht mehr möglich sein, dass einige wenige über den Rest der Menschen bestimmen. Somit war diese Sabotagehandlung eine von vielen möglichen Handlungen, die nötig ist um in Richtung einer möglichst gewaltarmen, solidarischen und selbstbestimmten Gesellschaft zu gehen.

Kann diese Handlung auch an anderen Orten durchgeführt werden und was braucht es dazu?

Sicher. Das ganze Asylsystem ist komplex und hat verschiedenste Player. Sie alle können gehindert werden ihr Politik zu betreiben. Das wichtigste ist wahrscheinlich aber nicht die konkrete Planung und Durchführung sondern das Vetrauen in deine Freund*innen. Politisch aktiv zu sein ist anstrengend und bedingt, dass ihr euch vor, während und nach einer Aktion über eure Gedanken und Ängste austauschen könnt und das niemensch allein gelassen wird. Mackerscheiss und Coolness hilft uns hier nicht weiter. Passt aufeinenander auf!

https://barrikade.info/article/3185

Der georgische Wunderarzt

Georgischer Ex-Präsident Michail Saakaschwili nimmt zweiten Anlauf Ukraine von Korruption zu befreien. Sein Rezept -- „Antielitenrevolution“ durch radikale Marktreformen

Michail Saakaschwili ist zurück. Der ukrainischer Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die Ausbürgerung durch seinen Amtsvorgänger Petro Poroschenko rückgängig gemacht und ihn zum „Berater für Reformen“ benannt. Der Vater des „georgischen Wirtschaftswunders“ soll nun in der Ukraine ein zweites Wunder vollbringen. Zum zigsten Mal wird angekündigt die Korruption nun endgültig zu beenden. Saakaschwilis Lösung lautet: „Mehr Konkurrenz, weniger Filz“.

Ein kapitalistischer Revolutionär

Der 52-jährige Saakaschwili schaut auf eine abwechslungsreiche politische Karriere zurück. 2003 kam er in Georgien in der Folge der so genannten „Rosenrevolution“ an die Macht. Die semifriedlichen Proteste gegen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen stürzten den ehemaligen sowjetischen Funktionär Eduard Schewardnadse. Saakaschwili und seine Partei „Vereinte Nationale Bewegung“ (VNB) setzten sich bei den Neuwahlen durch. Zur Überraschung aller Beobachter, gelang der neuen Regierung etwas Einmaliges im postsowjetischen Raum: ausgerechnet im seit der Sowjetzeit wegen Korruption berüchtigten Georgien begann sich die Situation rasant zu ändern. Verkehrspolizisten hörten auf Schmiergeld anzunehmen, Touristen verloren die bis dahin sehr begründete Angst

bei einem weiteren AfD beziehungsweise Nazi Treffpunkt der Kneipe Novi Sad in Berlin hagelt es Farbgläser. **21.08.20:** In hamburg wird ein neues Polizeirevier mit einer Fabrbattacke begrüßt. 22.08.20: In Kenosha (USA) wird Jacob Blake bei einer Kontrolle sieben Mal von weißen Polizisten in den Rücken geschossen. In den folgenden tagen überziehen wieder Proteste die USA. In Kenosha brennen Geschäfte unter anderem ein Auto Händler und eine Möbel Firma und Demonstrierende greifen überall in dere Stadt Polizeikräfte an. Eine Jugendhaftanstalt wird komplett nieder-

vor Straßenkriminalität, das marode Straßennetz wurde erneuert.

Saakaschwilis Rezepte waren einfach, deren Durchsetzung rabiat. Im Gegensatz zur Ukraine, wo es eine starke Protestbewegung gegen Korruption gab, fand in Georgien eine marktliberale „Revolution von oben" statt. Der Großteil des Staatsapparates wurde gefeuert und durch im Westen ausgebildete junge Spezialisten ersetzt. Die neuangestellten Beamten, besonderes bei der Polizei und Staatsanwaltsschaft bekamen mehr Geld als die gefeuerten Vorgänger, galten jedoch als unabhängig von den lokalen Netzwerken. Als oberstes Ziel galt nun das Land attraktiv für ausländisches Kapital zu machen – noch übriggebliebene Staatseigentum wurde privatisiert, Steuern gesenkt und die Formalitäten bei der Unternehmensgründung maximal erleichtert. Gegen die organisierte Kriminalität, die noch zur Sowjetzeit ein Faktor der lokalen Politik bildete, wurden drakonische Strafen verhängt. Da der Ehrenkodex der Oberkaste der kriminellen Welt, der „Diebe im Gesetz", es verbietet den eigenen Status zu verleugnen, reichte ein Geständnis dazu zu gehören um zu sieben Jahren Haft verurteilt zu werden. Im Bildungsbereich vergab der Staat nun „Bildungsgutscheine" die Eltern und Studierende bei den staatlichen oder privaten Bildungseinrichtungen einlösen könnten, was die Konkurrenz befeuerte. Arbeitsschutzgesetze aus der Sowjetzeit wurden abgeschafft, die Arbeitsaufsichtsbehörde aufgelöst, der Arbeitsmarkt dereguliert. Gewerkschaftliche Aktivitäten wurden eingeschränkt.

Vor dem Hintergrund des Rekordwirtschaftswachstums galt Georgien im Westen als ein Musterland der „Transformation", ein Labor der monetaristischen Wirtschaftspolitik. Auch ein verlorener Krieg gegen Russland im August 2008 schien den Ruf Saakaschwilis nicht erschüttert zu haben. Jedoch ließ die auf Forderung der Tourismusbranche ausgerichtete Wirtschaftspolitik nach und nach die Zustimmung der Bevölkerung in Agrarland Georgien schwinden. Dazu kam die Arbeitslosigkeit und die überfüllten Gefängnisse – direktes Ergebnis des Antikorruptionkampfes. Nachdem 2012 die VNB die Wahlen verlor, endete 2013 Saakaschwilis Amtszeit. Nochmal kandidieren dürfte er laut Verfassung nicht und die neue Regierung begann wiederum gegen ihn wegen Korruption zu ermitteln. Einem Haftbefehl entzog sich der "Vater des georgischen Wirtschaftswunders" durch den Flucht in die USA.

Mit „Neoliberalismus"gegen Korruption

2015 wurde Saakaschwili samt einem Team ausgewählter georischer Reformer in die Ukraine eingeladen. Ein anderer „postrevolutionärer" Präsident -- Petro Poroschenko machte ihn zum Gouverneur der Region Odessa. Der Versuch die „Revolution von oben" zu wiederholen scheiterte diesmal schon im Ansatz. Einen Austausch der kompletten Staatsführung könnte das Provinzoberhaupt nicht bewerkstelligen und jeder Versuch in Odessa eine „zero tolerace"-Politik umzusetzen, stieß auf den Widerstand der gut vernetzten Freunde der lokalen Größen aus anderen Regionen. Saakaschwili beschuldigte den Zoll, die Odesser Staatsanwaltschaft, das Innenministerium und sogar den Geheimdienst SBU in Schmuggel und Schutzgelderpressung verwickelt zu sein. Er beschuldigte ebenso die größten Unternehmen vor Ort der Monopolbildung und beklagte die schlechten Bedingungen für ausländische Investoren und einheimische Kleinunternehmer. Allerdings waren nicht nur die Besitzer sondern auch die zahlreichen Mitarbeiter der von der Korruption profitierenden Unternehmen gegen den georgischen „Polittouristen" aufgebracht. Die Prinzipien der fairen Marktkonkurrenz schienen nicht für alle an oberster Stelle zu stehen. Als sich Saakaschwili dann auch noch mit dem Innenminister Arsen Awakow, den Oligarchen Ihor Kolomojskyj und schließlich auch mit dem Präsidenten Poroschenko verscherzte wurde er im November 2016 nicht nur des Amtes enthoben, sondern genau mit denselben Vorwürfen konfrontiert, mit denen er seinerseits nie geizte – korrupt und sogar mit seinem Erzfeind Putin insgeheim in Bunde soll er sein.

Zurück auf die Barrikaden

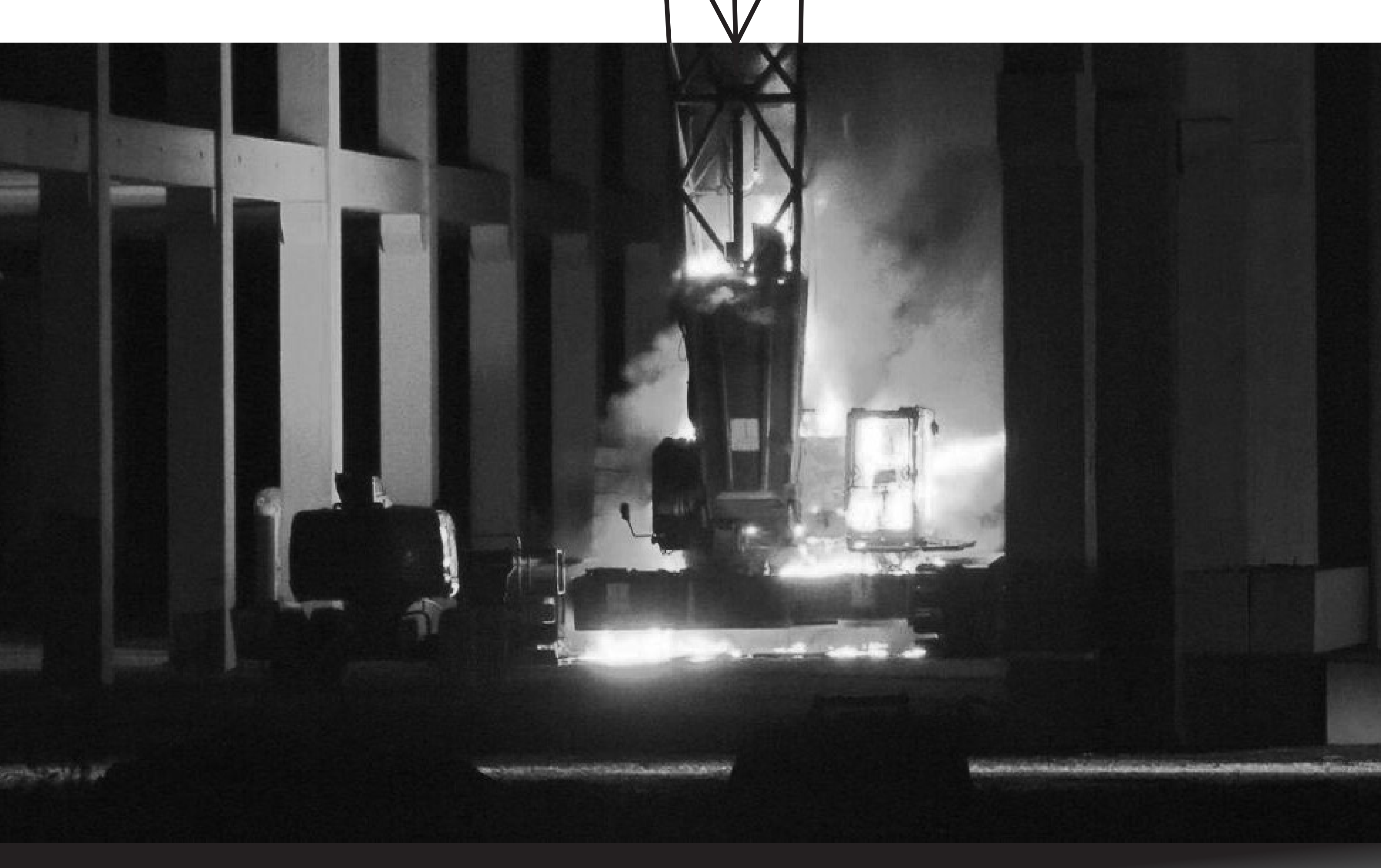
Der von der Auslieferung nach Georgien bedrohte Saakaschwili wollte nicht aufgeben. Diesmal versuchte er es mit der Bewegung von unten. Er ging zu den protestierenden Arbeitern vor dem Kiewer Parlament, kündigte eine neue „antielitäre Revolution" an. Weitere Verzögerung der radikalen Marktreformen seien fatal für die Ukraine und schadeten dem Kampf gegen Moskau, so seine Botschaft. An die enttäuschten Hoffnungen des Maidan-Aufstands appellierend, gründete er seine eigene Partei – „Bewegung der neuen Kräfte " (RNS). Seine Anhänger lieferten sich Schlachten mit der Polizei und schützten den Expräsidenten und Exgouverneur bis zum Schluss vor Festnahme und Abschiebung. Nachdem im Februar 2018 der nun offiziell staatenlose Saakaschwili dennoch nach Polen abgeschoben wurde, versuchte er weiterhin Einfluss auf die ukrainische Politik zu nehmen. Erst unterstützte er die Präsidentschaftskandidatur von Julia Timoschenko, Ex-Regierungschefin die immer wieder im Mittelpunkt von Korruptionsskandalen stand. Danach rief er seine Anhänger auf, die Partei des neuen Präsidenten Selenskyj zu wählen. Scheinbar hat es ihm das Comeback in die ukrainische Politik ermöglicht. Allerdings gilt der politische Neuling Selenskyj als mit dem Oligarchen Kolomojskyj eng affiliiert. Neue Konflikte dürfe also nicht lange auf sich warten lassen.

gebrannt. Ein Angehöriger einer Bürgerwehr shoss auf Protestierende. Zwei Menschen starben einer wurde verletzt.
25.08.20: Die Schweizer Homepage von Securitas wird gehackt und die dabei gewonnen Daten veröffentlicht.

30. Juli 2020

Achim bei Bremen

Amazon Baustelle sabotiert



„Wenn wir den technologischen Angriff bekämpfen wollen, müssen wir uns selbst sabotieren!“